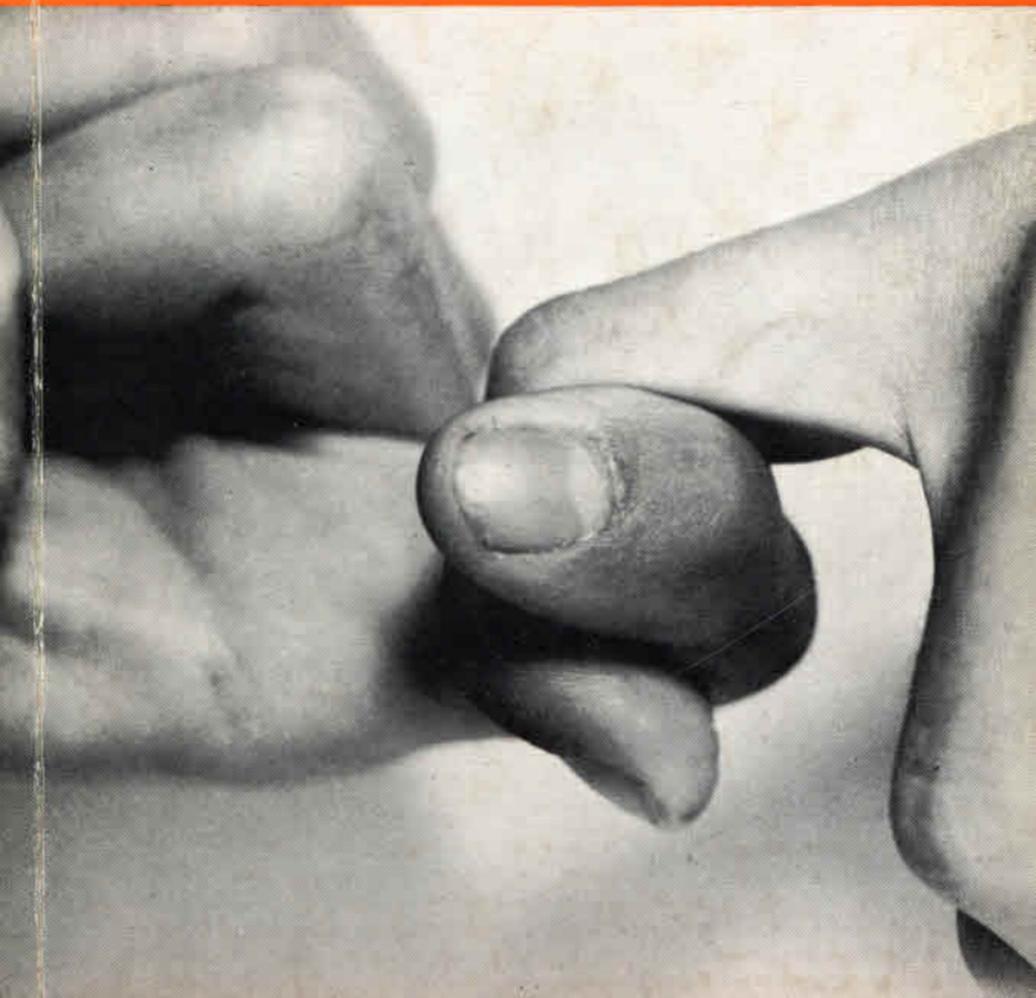


Friedemann Schuster

„Sozialpartnerschaft“ oder Klassenkampf?



MARXISTISCHE TASCHENBÜCHER

Marxistische Taschenbücher

Reihe „Marxismus aktuell“

62

„Marxismus aktuell“ gibt aus marxistischer Sicht Antworten auf die wichtigsten aktuellen Fragen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft. Besonderes Gewicht liegt auf grundsätzlichen, wissenschaftlich fundierten und populär geschriebenen Arbeiten. In ausgewogenem Verhältnis dazu steht die Veröffentlichung wissenschaftlicher Spitzenleistungen. Neben international bekannten stellen sich junge und neue Autoren vor.

Friedemann Schuster

Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf?



**Verlag
Marxistische Blätter
Frankfurt/Main 1974**

© 1974 Verlag Marxistische Blätter GmbH
6 Frankfurt/Main 50, Hedderheimer Landstraße 78a
Alle Rechte vorbehalten

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt GmbH., Fulda
Umschlaggestaltung: Nikolaus Ghesquière

ISBN 3-88012-198-2
Mak 68

Inhalt

Erlebter Klassenkampf 6

Auf Konfrontation programmiert — Sozialpartnerschaft oder geschmierter Betriebsfrieden? — Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf? — Politische Dimensionen — „Kampf um die Köpfe“ — Wahrheiten an den Tag gebracht — Kapitalisten handelten „solidarisch“ als Klasse — „Schleyer will den Klassenkampf“ — Alle Hüllen fallen — Brandt auf der anderen Seite der Barrikade — Klassenkampf für Entspannung — Klassenkampf im Bundestagswahlkampf — Sechs Millionen für „Krampf“? — Schutz und Förderung den Arbeiterfeinden — Wachsende Reife der Arbeiterklasse — Erfahrungen mit der „Menschlichkeit des Partners“ — Da verschlug's ihnen die Klassensprache — Die Beobachtungen der Frau Noelle-Neumann — Der tägliche Kleinkampf der Klassen — Was ist denn vernünftig? — Was Betriebszeitungen berichten — Der Vorstandsvorsitzende ging selbst durch den Betrieb — Das Kapital geht über Leichen — Richtige Antworten von „unten“ — In der Schule des Klassenkampfes — Unterschiedliche Bewußtseinsentwicklung

Aus der Klassenkampf-Geschichte der Bundesrepublik . . . 51

Vergleichspunkt: die größte Not — Die große Forderung: Gemeineigentum — Lebers „Sozialpartnerschafts“plan — Und zehn Jahre später — „Partnerschaft“ als Staatsdoktrin — „Partnerschaft“ mit Defizit — Realitäten gegen Georg Leber — Mit der „Vermögensbildung“ einen „Schnitt“ gemacht — Dank und Vertrauen des Großkapitals — Ein unaufrechter und gefährlicher „Partner“ — Der Schock der September-Streiks 1969 — Reaktion auf das „Verschaukeltwer-

den“ — Im Gleichklang mit den internationalen Arbeiterkämpfen — Der Gegner ist nicht der ausländische Kollege — Französische Erfahrungen — Keine schematische Übertragung — Kombinierte Kampfformen — Große Errungenschaft: Aktionseinheit — Italienische Erfahrungen — Massenstreiks und Solidarität — Englische Erfahrungen — Der Einfluß des Weltsozialismus — DDR, siegreich im Klassenkampf — Erfolge auch für die Arbeiterklasse der BRD — Den Hauptwiderspruch beseitigt

Die Marxisten und der Klassenkampf 97

Der Klassenkampf ist keine marxistische Erfindung — Woraus erwächst kapitalistischer Reichtum? — So entsteht der „geheimnisvolle“ Mehrwert — „Sozialpartnerschaft“ geht nicht — „Der Imker beutet die Bienen aus“ — Die Entscheidung fällt im Kampf — Die Arbeiterklasse wächst — Wer gehört zu welcher Klasse?

Wo stehen die Parteien und Organisationen? 114

CSU will „Gerechtigkeit auch für Unternehmer“ — Die Position der „Arbeitgeber“ — Zugeständnisse und Gewalt — Die Arbeitsgemeinschaftspolitik — Ein kurzer Weg zu Hitlers „Volksgemeinschaft“ — Die CDU propagierte Gemeineigentum — Die Klassenzusammenarbeit von „Arbeiterführern“ — Nicht in den einen Topf des Opportunismus — SPD-Führer wollen den Schutz des Kapitals — In der offiziellen SPD-Politik ist kein Platz für Klassenkampf — Der untaugliche „Mittelweg“ der FDP — Unterschiedliche Vorstellungen im DGB — Die „Sozialpartner“ im DGB — Leber und CDU-Sozialausschüsse Hand in Hand — Reformistisch — aber oft kampfbereit — Konflikte? „Ja — aber steuern“ — ... und Konflikte lokalisieren — „Sozialpartnerschaft“ in Kurzfassung — Nur eine Partei des Klassenkampfes — Von „links“ gegen die Arbeiterklasse — Neue Bedürfnisse - neue Kampffelder — Der Staat ist kein Partner der Arbeiterklasse

Klassenkampf bis zum Sieg der Arbeiterklasse 153

Für die Befreiung der Menschheit

„Klassenkampf ist Krampf.“

Prof. Dr. Ludwig Erhard / Prof. Dr. Karl Schiller¹

„Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben.“

Karl Marx²

„Sozialpartnerschaft gibt es nicht . . . Arbeit verhält sich nicht zum Kapital wie ein Bruder zur Schwester, weil es in sich ein Widerspruch ist, weil Arbeit und Kapital Kontrahenten sind . . . Man kann nicht sagen, wenn man Feuer und Wasser zusammengibt, dann gibt es ein Gemisch.“

Ein Arbeiter³

Sozialpartnerschaft — der Kardinalpunkt des uns Gemeinsamen.“

Prof. Dr. Franz Deus⁴

- 1 Aus einer gemeinsamen Zeitungsanzeige des früheren CDU/CSU-Bundeskanzlers und -Wirtschaftsministers Prof. Dr. Ludwig Erhard und des früheren SPD-Bundeswirtschaftsministers Prof. Dr. Karl Schiller im Bundestagswahlkampf des Jahres 1972, Teil einer Anzeigenserie, die vom 9. 10. 1972 an in allen wichtigen Tageszeitungen der BRD lief.
- 2 Marx/Engels, Werke, Bd. 28, Berlin 1963, S. 507.
- 3 Arbeiter im Hüttenwerk eines westdeutschen Montankonzerns, zitiert in: Mitbestimmung als Kampfaufgabe, Köln 1971, S. 293.
- 4 Aus einem Vortrag vor der Walter-Raymond-Stiftung, einer Gründung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, in: Veröffentlichungen der W.-R.-Stiftung, Band 6, Köln und Opladen, 1966.

Erlebter Klassenkampf

Sein schütteres Haar stand ihm zu Berge, als er durch das halbmannshohe Loch im Maschendrahtzaun kroch. Noch nie hatte Direktor Dr. Hans Joachim Langmann (47), Vorsitzender des Gesellschaftsrates der Firma E. Merck, das große Werksgelände im Norden Darmstadts anders betreten oder verlassen als durch das Hauptportal an der Frankfurter Straße. An diesem Dienstag, dem 22. Juni 1971, stand die Welt für den „Chef“ der mehr als 7000 Arbeiter und Angestellten auf dem Kopf. Das Haupttor war versperrt, und niemand hatte die Macht, es zu öffnen, obwohl es nicht verschlossen war. Wie jeden Tag kam der Direktor vorgefahren. Aber an diesem Tag war etwas mit seinen „lieben Mitarbeitern“ geschehen. Statt im Werk an ihren Arbeitsplätzen zu sein, standen sie vor dem Werk — auf Streikposten! „Und wenn Sie der Kaiser von China wären . . .“, sprach ihn ein Arbeiter durch das Wagenfenster an, „. . . hier kommen Sie nicht rein.“

So kam es, daß Dr. Langmann sich wieder davonmachen mußte, um zu versuchen, auf krummen Wegen und etwas außerhalb der seit Jahren üblichen Route zu seinem Herrschaftsbereich zu gelangen. So kam es zu dem Loch im Maschendrahtzaun an der Bundesstraße 3, das der Direktor in vorbildlich gebückter Haltung durchmaß, erstmals in seinem Leben den Kopf bis über die Gürtellinie vor „seinen“ Arbeitern und Angestellten neigend, nicht freiwillig, sondern unter dem Zwang einer entscheidenden sozialen Tatsache, die ihm bislang vielleicht nur immer als das Phantasieprodukt „marxistischer Hetzer“ erschienen war: dem Klassenkampf, der an diesem Tag auch vor den Toren der Chemischen Fabrik Merck voll entbrannt war.

Was dann in den nächsten Tagen passierte, weckte in der Redaktion der bürgerlichen Tageszeitung „Darmstädter Echo“ Erinne-

rungen „an die Zeiten härtesten Klassenkampfes“⁵, wobei das Blatt geflissentlich verschwieg, was am Dienstag, dem 22. Juni 1971, um die Mittagspause Hunderte von Arbeitern und Angestellten mit eigenen Augen sahen und was in einer späteren Arbeitsgerichtsverhandlung vom Rechtsanwalt der Industriegewerkschaft Chemie wie folgt vorgetragen wurde:

„Am Dienstag, 22. Juni 1971, um 12.30 Uhr fuhr der geschäftsführende Gesellschafter, Dr. Hans-Joachim Langmann, mit seinem blauen Mercedes 300 die sich vor dem Haupttor aufhaltende Margot Jäger vorsätzlich am linken Bein an. Anschließend fuhr er fort, ohne daß er sich bereit erklärt hatte, den Geschehensablauf gegebenenfalls durch die Polizei feststellen zu lassen.“⁶

Selten kommt es vor, daß anständige Menschen im Vollbesitz ihrer körperlichen und geistigen Kräfte vorsätzlich Körperverletzung und Fahrerflucht begehen. Entweder stehen sie im Moment ihrer verbrecherischen Handlung unter dem Einfluß starker Alkohol- oder anderer Rauschmittelmengen oder unter Schockwirkung auf Grund starker seelischer Belastungen.

Im Fall Dr. Langmann wurde nie — auch nicht vor Gericht — geklärt, warum er seinen Chauffeur den Befehl erteilte: „Fahren Sie drauflos“, als sich ihm vor dem Haupttor eine streikende Arbeiterin in den Weg stellte.

Nur eines dürfte sicher sein: An diesem Tage, da zum ersten Male seit Jahrzehnten die Arbeiter und Angestellten der chemischen Industrie den permanenten Klassenkampf „von oben“ mit einer machtvollen Klassenkampfaktion „von unten“ beantworteten, da verrutschte des Dr. Langmann Weltbild, da vergaß er die „gute“ Erziehung, da waren die bürgerlichen Verhaltensnormen des Anstands und der Höflichkeit wie weggeblasen. Statt „Ritterlichkeit gegenüber dem schwachen Geschlecht“ nackte, unverhüllte Aggressivität nach dem Motto: „Denen werde ich's schon zeigen. — Wollen doch mal sehen, wer hier etwas zu sagen hat.“ Und von „Sozialpartnerschaft“ war schon gar keine Rede mehr. Dr. Langmann handelte — mehr unbewußt denn bewußt — getreu der Marx'schen Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf. An jenem 22. Juni 1971 funktionierte seine „Persönlichkeitsstruktur“ nicht

5 Darmstädter Echo vom 22. 6. 1971.

6 Schriftsatz des Rechtsanwalts Kurt Thon vom 19. August 1971 im Rechtsstreit Firma E. Merck gegen IG Chemie, Papier, Keramik.

mehr wie gewohnt — man klettert nicht durch Maschendrahtzäune und zerreißt sich dabei den Hosenboden, und man führt erst recht nicht junge Frauen über den Haufen, ohne sich um die Verletzten zu kümmern —, sondern an diesem Tag des Streikbeginns bei Merck in Darmstadt war Dr. Langmanns Handeln ausschließlich motiviert durch seine Zugehörigkeit zur herrschenden Klasse dieses Landes! Und das wurde unverschleiert sichtbar!

Und so wie Dr. Langmann in Darmstadt handelten alle Herren der chemischen Industrie in der gesamten Bundesrepublik; nicht überall so rabiat und menschlich schofel, aber so, als hätten sie einen Automaten statt des Gehirns unter der Schädeldecke, der befiehlt auszuschlagen, wenn gewerkschaftliche Lohnforderungen gestellt werden.

Auf Konfrontation programmiert

In der Tat: Um die Jahreswende 1970/71 wurden die Unternehmer der chemischen Industrie darauf programmiert, bei künftigen Lohn- und Tarifaueinandersetzungen sich planmäßig und systematisch auf Arbeitskämpfe vorzubereiten. Hatte es in der chemischen Industrie nach 1945 so gut wie keine offen zum Ausbruch gekommenen Klassenaueinandersetzungen gegeben, so signalisierten die September-Streiks des Jahres 1969 den Strategen in den Unternehmensleitungen, in den wirtschafts- und sozialpolitischen Verbänden der Unternehmer, im Verband der chemischen Industrie und im Arbeitsring der Arbeitgeberverbände der Deutschen Chemischen Industrie wichtige Veränderungen im Bewußtsein der Arbeiterklasse. Kurze Zeit nach den spontanen Streikaktionen des Jahres 1969, die unübersehbar deutlich gemacht hatten, daß die Arbeiterschaft nicht mehr immer stillschweigend hinnehmen würde, wenn man sich über ihre berechtigten Forderungen hinwegsetzte, war die neue Taktik der Chemie-Industriellen ausgearbeitet. Ende des Jahres 1970 verschickten ihre Spitzenverbände ein Rundschreiben an alle Chemie-Unternehmer, in welchem festgestellt wurde, „daß bei künftigen Tarifverhandlungen in der chemischen Industrie ernste Auseinandersetzungen, also u. U. auch Arbeitskämpfe, nicht vermieden werden können“.⁷

⁷ Rundschreiben des Verbandes der Chemischen Industrie e. V. und des Arbeitsrings der Arbeitgeberverbände der Deutschen Chemischen Industrie e. V., Dezember 1970, zit. in: Gewerkschafts-Spiegel, Nr. 8/1971.

Mit anderen Worten: Bislang hatten die Unternehmer solche „ernsten Auseinandersetzungen“ vermieden, weil sie ihre Klasseninteressen auf weniger brutale Art durchsetzen konnten. Jetzt sollte damit Schluß sein. Jetzt sollte eindeutig demonstriert werden, wer „Herr im Hause“ ist. Jetzt war man bereit, Streiks nicht nur in Kauf zu nehmen, sondern zu provozieren, sich dessen sicher, daß Regierung, Polizei, Justiz und Presse helfen würden, gestärkt aus dem „Stahlbad“ einer harten Lohnauseinandersetzung hervorzugehen.

Nur so konnte man verstehen, daß in dem ausführlichen Rundschreiben der Chemie-Unternehmerverbände mit keinem Wort von etwa zu erstrebender Partnerschaft zwischen Unternehmern und Belegschaften die Rede war; keine Maßnahme wurde genannt, um auftauchende Differenzen zwischen Unternehmensleitung und Belegschaften etwa auszugleichen oder zu glätten. Im Gegenteil: Die Konfrontation wurde nicht nur vorausgesagt, sondern auch organisatorisch bis in alle Einzelheiten vorbereitet. In einem „Merkblatt für die aktive betriebliche Streikabwehr“⁸ wurde festgelegt, mit wem und mit welchen Mitteln die Unternehmerpropaganda betrieben werden solle (mit einer eigenen Informationsstelle, die den Kontakt zur örtlichen Presse und anderen örtlichen Meinungsträgern wie Lehrer, Pfarrer, Vereine usw. herzustellen habe); welchen Inhalt die Unternehmerpropaganda haben müsse (vor allem das Schüren der Angst um einen sicheren Arbeitsplatz); die Vorbereitungen zum Streikbruch wurden umschrieben mit dem Satz: „Einsatzübungen mit Aushilfspersonal wirken sich psychologisch günstig aus.“ Im Streikfall sollte versucht werden, streikbereite Gewerkschaftsmitglieder und Nichtmitglieder voneinander zu trennen; durch schriftliche Verpflichtung oder durch mündliche Absprachen unter Zeugen sollten „Arbeitswillige“ fest verpflichtet werden; gesonderte Gespräche sollten mit jenen geführt werden, die von vornherein als Streikbrecher angesehen wurden: Abteilungs- und Betriebsleiter, Meister und Angestellte; und nicht einmal diese wurden von den Herren Unternehmern als Partner anerkannt, sondern verächtlich über sie gesagt: „Dieser Kader will Führung spüren.“

8 Merkblatt für aktive betriebliche Streikabwehr, Hrsg. Arbeitsring der Arbeitgeberverbände der Deutschen Chemischen Industrie e. V., veröffentlicht in: Schulungsmappe Streik der IG Chemie, Reprint 1971, S. 88 ff.

Will Führung spüren?

An ihrer Wortwahl sollt ihr sie erkennen! Die Arbeiter und Angestellten „wollen Führung spüren“, also werden sie auch geführt, also haben sie keine eigene Meinung zu äußern, keinen eigenen Willen zu bekunden, also muß ihnen vorgeschrieben werden, was sie als Lohn und Gehalt zu erhalten haben.

Sozialpartnerschaft oder geschmierter Betriebsfrieden?

Von der Proklamierung des Führungsanspruches bis zu seiner Durchsetzung mittels eines brutalen Lohndiktats verlief ein nur kurzer Weg. Das „Klassenkampf-Papier“ der Chemie-Unternehmerverbände wurde Ende 1970 verschickt, drei Monate später — im März 1971 — liefen die Streikvorbereitungen der Chemie-Konzerne auf vollen Touren bis hin zu den Rundschreiben an ihre Kunden, in welchen von „drohenden Streiks“ gesprochen wurde, weshalb man empfehle, „einen Vorrat für etwa acht Wochen her einzunehmen“.⁹

Wieder zwei Monate später mußte die Bezirksleitung Hessen der IG Chemie, Papier, Keramik in einem Brief an die gewerkschaftlichen Vertrauensleute feststellen: „Immer deutlicher zeichnet sich ab, daß die Arbeitgeber streiken wollen . . . Zahlreiche Telefonanrufe, die wir von Krankenhäusern und Apotheken mit der Fragestellung ‚Wann wird in der Chemie gestreikt?‘ erhalten, machen deutlich, daß die Arbeitgeber bereits ihre Kunden bis zu den Apotheken von der Streikmöglichkeit in der chemischen Industrie unterrichtet haben.“

Eine ebensolche „Streik-Agitation“, wie sie die Unternehmer in ihren Kreisen betrieben, war von seiten der IG Chemie zu diesem Zeitpunkt nicht zu hören. Die inhaltende Taktik der Chemie-Konzerne während der beginnenden Tarifverhandlungen z. B. fand nicht etwa als Antwort die Aufforderung der IG Chemie an ihre Mitglieder, sich ebenfalls auf den Streik vorzubereiten, sondern die zwar richtige, aber weniger deutliche Forderung, „die gewerkschaftliche Verhandlungsposition durch mehr Mitglieder und satzungsgemäße Beiträge“ zu stärken.¹⁰ Zwar waren die Gewinn-

⁹ Rundschreiben der Firma Riedel-de-Haen AG, zum Hoechst-Konzern gehörend, veröffentlicht in: Wirtschaft und Wissen (Hrsg. DGB), Köln 1971.

¹⁰ Neues vom Bezirk, Flugblatt der IG Chemie, Bezirk Hessen, Nr. 5/71.

nung neuer Mitglieder für die Gewerkschaften, die Erhöhung der Beitragszahlungen und die damit verbundene Stärkung der gewerkschaftlichen Finanzkraft wichtige Elemente einer wirksamen Vorbereitung auf Kampfmaßnahmen. Aber ebenso wichtig war, eine klare Sprache zu sprechen, die der gegebenen Klassenkampf-situation Rechnung trug.

Sprache konnte mobilisieren, wenn sie enthüllte und entschleierte. Das geschah, nachdem die sogenannte Bundesschlichtung gescheitert war, der Versuch also, auf „friedlichem“ Wege zu einem Ergebnis zu kommen, das in vorausgegangenen Verhandlungen der beiden Tarifparteien nicht erzielt werden konnte.

Die IG Chemie stellte für alle Vertrauensleute ein Flugblatt zur Verfügung, „das sich im einzelnen mit den satzungsgemäßen Rechten unserer Mitglieder bei Streik und Aussperrung befaßt“.

Ganz eindeutig wurde die Sprache, als man dann mit Streikbeginn die harten Tatsachen sprechen ließ. Die lapidare Überschrift des Flugblatts der hessischen IG Chemie vom Dienstag, dem 15. Juni 1971, lautete: „Streik in Hessen.“ Und in dem Text des Flugblattes heißt es: „Seit Montag, dem 14. Juni 1971, 21.30 Uhr, wird in Hessen gestreikt.“¹¹

Hiermit wurde eine Situation in den Beziehungen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern in der chemischen Industrie gekennzeichnet, die insofern neu war, als sie die Beschäftigten dieses Industriezweiges erstmals seit annähernd 50 Jahren erlebten. Vor allem seit dem Ende des zweiten Weltkrieges hatte es in den Tarifaueinandersetzungen der Chemieindustrie keine Streik-kämpfe gegeben. Vor dem Hintergrund einer unwahrscheinlichen Umsatzexplosion — die chemische Industrie der BRD steigerte ihren Umsatz innerhalb von 20 Jahren von 6,9 Milliarden Mark auf 50,9 Milliarden DM, also um 636 Prozent — wurden Lohn-verhandlungen stets mit Kompromissen beendet, die „Störungen“ des rasanten Aufschwungs durch Arbeitskämpfe ausschlossen.

„Geschmiert“ wurde der langjährige Arbeitsfrieden durch zahlreiche und verschiedene Formen und Methoden einer „sozialen Betriebspolitik“, als da sind „Mitarbeiterförderung“, „Gewinnbeteiligung“, Bereitstellung von Werkwohnungen und Einrichtung von Pensionskassen.

11 Ebenda, Nr. 11/71.

So erhalten die Belegschaftsmitglieder der Farbwerke Hoechst seit dem Jahre 1953 eine Jahresprämie, die in ihrer Höhe von dem jeweiligen Dividendensatz ausgeht, und sowohl die Dauer der Betriebszugehörigkeit als auch die Lohn- und Gehaltshöhe zum Maßstab hat.¹² Die „Gewinnbeteiligung“ wird in Form von Belegschaftsaktien vorgenommen.¹³ Während im Jahre 1969 bei den Farbwerken Hoechst 28 Prozent der Arbeiter und 57 Prozent der Angestellten — das sind ca. 38 Prozent der Gesamtbelegschaft — Besitzer solcher „Klein-Aktien“ waren, verzeichneten die Bayer-Werke in Leverkusen 30 Prozent der Belegschaft als „Kleinst-Aktionäre“.¹⁴

Wer diese langjährigen Versuche, den Arbeiter und Angestellten zum „Mitunternehmer“ in der chemischen Industrie zu machen und die „in vollem Gange befindliche Integration des Arbeiters in das Bürgertum“ zu vollenden¹⁵, in ihrer ganzen Tragweite ins Auge faßte, konnte ermessen, was es bedeutete, wenn eben dieser „Mitunternehmer“ oder „Nahezu-Bürger“ dann doch zum schärfsten Mittel im Arbeitskampf, zum Streik, griff.

Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf?

Während des Chemiearbeiter-Streiks des Jahres 1971 offenbarte sich die Gesetzmäßigkeit des Klassenkampfes. Die Großkapitalisten der Chemie-Industrie handelten systematisch und geschlossen als Angehörige ihrer Klasse; die Arbeiter und Angestellten waren für sie nicht mehr die „lieben Mitarbeiter“, sondern der Gegner, der Feind, der mit allen Mitteln geschlagen werden muß.

Und in den Köpfen Tausender Chemie-Arbeiter reifte erstmals die Erkenntnis, daß hier unversöhnliche Gegensätze existieren, die weder durch Belegschaftsaktien noch durch scheinbare Mitbestim-

12 Informationsbericht Nr. 7 des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/M., S. 7.

13 Ebenda. — Zur Funktion der Belegschaftsaktien wird hier — S. 7 — gesagt: „Sie sichern einen scheinbaren Eigentumstitel, erleichtern die Kapitalbildung des Unternehmens und binden Arbeiter und Angestellte direkt an den Konzern.“

14 Vgl. Menschen bei Bayer, Bericht '70 (Werkschrift), Leverkusen 1970, S. 58, zitiert in: Informationsbericht Nr. 7 des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt am Main, o. J., S. 7.

15 K. Hansen, Vors. d. Vorst. der Farbenfabriken Bayer AG, Ein Jahrhundert Bayer-Geschichte, in Bayer-Berichte 12, 1963.

mungsmöglichkeiten aus der Welt zu schaffen sind, Gegensätze, die im Kampf ausgetragen werden müssen und die nur dann zugunsten der Arbeiterklasse aufgelöst werden, wenn die Arbeiterklasse siegreich bleibt.

Es ist hier nicht in Einzelheiten darzulegen, warum diese erste heftige, von vielen Tausenden von Chemiarbeitern getragene Klassenkampfaktion seit Jahrzehnten nicht zur vollen Durchsetzung der Arbeiterforderungen führte. Sicher wirkte bei vielen Tausenden von Chemiarbeitern noch stärker das „Sozialpartnerschafts“-Bewußtsein als das Klassenkampf-Bewußtsein. Sicher wirkte die 50jährige Kampferfahrung, die mangelnde Kampferfahrung negativ. Und sicher hemmte ebenso eine Gewerkschaftsstrategie, die sich an den Äußerungen von Bundeskanzler Brandt (SPD) orientierte, der es sich nicht vorstellen konnte, „daß es Sozialdemokraten in führender gewerkschaftlicher Verantwortung gibt, die angesichts der gesellschaftspolitischen und allgemeinpolitischen Fragen, um die es geht, geneigt sein könnten, uns im Stich zu lassen“¹⁶, eine Gewerkschaftsstrategie, die schließlich zu einer Annahme der Bundesschlichtung durch den Hauptvorstand der IG Chemie führte.

Politische Dimensionen

Nicht nur bei dieser politischen Schlichtung durch das offizielle Bonn zeigte sich die Wahrnehmung der Klasseninteressen des Großkapitals der Chemieindustrie durch die Bundesregierung. Greifbar und auf dem Rücken vieler Arbeiter spürbar zeigte sich die Parteinahme des Staates durch die zahllosen Polizei- und Justizmaßnahmen gegen die Streikenden. Im Verhalten des staatlichen Herrschaftsapparats war überhaupt nichts von „sozialpartnerschaftlichen“ Motiven zu verspüren. So wurde die Polizei in vielen Orten und vor vielen bestreikten Fabriken nicht etwa zum Schutze der Streikenden gegen Streikbrecher eingesetzt, sondern immer und ausschließlich gegen die Streikenden und zum Schutze der Unternehmer und ihrer Streikbrecher.

Vor der Chemischen Fabrik Merck in Darmstadt konnte man Tag für Tag beobachten, wie Hunderte von Polizisten lange Gassen

16 Willy Brandt auf einer gemeinsamen Tagung des SPD-Parteivorstandes und des SPD-Gewerkschaftsrates, dem auch der IG-Chemie-Vorsitzende Hauenschild angehört, im Mai 1971.

bildeten, um Streikbrecher in das Werksgelände zu lotsen. Dabei gingen die Polizisten in den meisten Fällen streng „rechtmäßig“ vor, denn sie handelten — wie bei Merck — auf direkte Anweisung der Justiz:

„Im Wege der einstweiligen Verfügung wird der IG Chemie, Papier, Keramik wegen Dringlichkeit ohne mündliche Verhandlung aufgegeben, bei Meidung einer Geldstrafe in unbeschränkter Höhe, zu gewährleisten, daß arbeitswillige Arbeitnehmer beim Betreten und Verlassen des Werksgeländes der Antragstellerin (E. Merck) von Streikposten und Streikenden weder durch körperliche noch durch psychische Gewalt behindert werden und ihnen an den drei Haupttoren (Haupttor, Süd- und Nordtor), sämtlich an der Frankfurter Straße gelegen, ein mindestens drei Meter breiter Zugang offensteht. Es ist außerdem zu gewährleisten, daß Lieferanten-, Kunden- und Besucherfahrzeuge die vorgenannten Werkstore ungehindert passieren können.“ So der Wortlaut eines Urteils des Arbeitsgerichtes Darmstadt.¹⁷

Die Streikleitung der Chemie-Arbeiter von Merck erklärte dazu: „Die Unternehmer haben wieder einmal gezeigt, daß sie entgegen allen Beteuerungen nicht zögern, alle möglichen politischen Mittel gegen uns einzusetzen . . . Und erinnern wir uns an die Rufe der Geschäftsleitung nach der Polizei, die dann auch prompt erschien. Ihr Chef, der Oberbürgermeister von Darmstadt, Sabais, hat kein Blatt vor den Mund genommen: Er hat zwar gesagt, der Staat und die Polizei seien im Arbeitskampf neutral. Er zögerte aber nicht, drohend hinzuzufügen, daß der Staat für Ordnung sorgen müsse und daß wohl niemand von uns Arbeitern seinen Urlaub im Krankenhaus verbringen wolle. — Die Gewalt geht also klar von den Unternehmern aus, die bereitwillig Unterstützung für ihr Vorgehen bei der angeblich unparteiischen Presse und der angeblich neutralen Staatsgewalt finden . . .“¹⁸

Das Urteil des Darmstädter Arbeitsgerichtes gegen die Streikenden bei Merck war kein Einzelfall. Am 23. Juni 1971 traf das Arbeitsgericht Aachen eine Entscheidung, mit welcher der IG Chemie aufgegeben wurde, die Streikposten zu verpflichten, den Zutritt bzw. die Zufahrt von Streikbrechern nicht zu behindern.

17 Urteil des Arbeitsgerichtes Darmstadt, 2. Kammer, vom 26. Juni 1971.

18 Streiknachrichten der Streikleitung bei Merck, Darmstadt, vom 27. 6. 1971.

Das Arbeitsgericht Krefeld entschied ebenfalls gegen die Streikenden, indem es am 25. Juni 1971 die betriebliche Streikleitung bei der Linde AG verpflichtete, den Zutritt oder die Zufahrt zum Werk nicht durch Postenketten oder Fahrzeuge aller Art zu behindern.

Weitere Arbeitsgerichtsentscheidungen gegen die Streikenden wurden von den Arbeitsgerichten in Hamburg und Köln gefällt.

Aber Polizeikräfte handelten auch ohne Gerichtsurteile. So zum Beispiel gegen die streikenden Arbeiter bei Kalle in Wiesbaden. Auf einer Pressekonferenz der hessischen Bezirksleitung der IG Chemie wurde folgendes mitgeteilt: Am Freitag, dem 18. 6. 71, gegen 19 Uhr, fuhr ein mit Kriminalpolizisten besetzter Personwagen so dicht vor die vor einem Tor der Firma Kalle stehenden Streikposten, daß diese annehmen mußten, es handele sich um bestellte Provokateure. Die Insassen der Wagen gaben sich nicht als Polizisten zu erkennen. Ein griechischer Arbeiter, der Streikposten stand, fiel über die Kühlerhaube eines der Autos. Da stürzten die Kriminalpolizisten, von den Arbeitern immer noch nicht als Polizisten zu erkennen, aus ihren Wagen, ergriffen den Arbeiter, zerrten ihn auf das Werksgelände und schlugen auf ihn ein. Als andere Streikposten versuchten, ihn zu befreien, wurden auch diesen Schläge angedroht. Erst als ein deutscher Arbeiter rief, man werde die Polizei verständigen, sagte einer der Schläger: „Das sind wir selbst.“ — Der griechische Arbeiter wurde in einen Raum hinter der Pförtnerloge geschleppt, dort weiter geschlagen und, nachdem er zu Fall gekommen, mit Fußtritten traktiert. Der ganze Vorfall spielte sich unter wilden Beschimpfungen durch die Polizisten wie: „Kanake — Wir bringen dich in dein Kanakenland zurück“ ab.

Wie die IG Chemie-Bezirksleitung weiter berichtete, wurden die Polizisten durch falsche Beschuldigungen seitens der Werksleitung gegen Streikposten herbeigerufen.

Der DKP-Kreisvorstand Wiesbaden richtete nach diesem Vorfall folgende Fragen an den sozialdemokratischen Oberbürgermeister der Stadt, Rudi Schmitt, dem die Polizei untersteht:

„1. In welchem Geist werden die Polizisten der Landeshauptstadt erzogen, wenn sie sich gegenüber streikenden Arbeitern und Angestellten so verhalten, als praktizierten sie die Notstandsgesetze?“

2. Sind streikende Arbeiter und Angestellte Kriminelle, die man durch Kriminalpolizei beobachten läßt?

3. Ziehen Sie die Polizisten, die geschlagen haben und sich nationalistisch äußerten, wie ‚Kanake‘ und ‚Wir bringen dich in dein Kanakenland zurück‘, zur Rechenschaft?“¹⁹

Eine Antwort auf diese Fragen wurde nie gegeben.

Das Eingreifen der Staatsgewalt in den Chemiearbeiter-Streik des Jahres 1971 öffnete Tausenden Chemiearbeitern erstmals die Augen gegenüber den politischen Dimensionen von Klassenkampfauseinandersetzungen. Viele erkannten: Will man den ökonomischen Kampf erfolgreich führen, will man seine Lohnforderungen voll durchsetzen, dann genügt es nicht, den einzelnen Unternehmer zu besiegen oder die Unternehmer eines Wirtschaftszweiges; sondern ebenso wichtig ist es, gegen jene politischen Kräfte Front zu machen, die mit dem Großkapital verbunden sind; und das sind die etablierten politischen Kräfte, die Regierungen mit ihren staatlichen Machtorganen, ihre Parteien, die kapitalistische Presse usw.

Alle Parteien, mit Ausnahme der Deutschen Kommunistischen Partei, vertuschten und verschleierten diese Zusammenhänge. Als der Bundesvorstand der Jungsozialisten erklärte, die streikenden Chemiearbeiter sollten in ihrem Kampf gegen das unzumutbare Lohnangebot der Unternehmer die aktive Unterstützung der sozialdemokratischen Partei hinter sich wissen, da distanzierte sich der Sprecher des SPD-Parteivorstandes von dieser geforderten Parteinarbeit für die Arbeiter und Angestellten. Zu der Auffassung der Jungsozialisten, politische Schlichtungsversuche — wie sie dann von der SPD-geführten Bundesregierung eingeleitet und durchgeführt wurden — hätten nur die eine Funktion, die Auseinandersetzung von den Betrieben wegzuverlagern und dadurch die Position der Arbeiter und Angestellten zu schwächen, äußerte sich der SPD-Parteivorstand nicht einmal.

Die Deutsche Kommunistische Partei dagegen erklärte unmißverständlich, daß die Unternehmer genau wußten, daß sie die Regierung und die Staatsmacht auf ihrer Seite hatten. Das zeigte nicht nur der Einsatz der Arbeitsgerichte gegen die Gewerkschaft und

¹⁹ Der rote Kalleaner, Extrablatt der DKP-Betriebszeitung für die Belegschaft von Kalle, verantwortlich Fritz Hamm, Zietenring 13.

das Loslassen von Rollkommandos der Polizei gegen die Streikposten. Der politische Schlichter stand und steht in diesem Staat immer auf seiten der Konzerne. Die politische Schlichtung ist ein Mittel der Integration der Gewerkschaften in den Staat der Monopole.

In der Betriebszeitung der DKP für die Arbeiter und Angestellten der Farbwerke Hoechst wurde zu dem Ergebnis der politischen Schlichtung — statt der geforderten mindestens 11 Prozent lediglich 7,8 Prozent — festgestellt, daß damit die Chemiewerker materiell nichts gewannen. Aber gleichzeitig wurde der Chemiewerker-Streik als eine „Lektion im Klassenkampf“ charakterisiert: „Arbeiter und Angestellte haben gelernt, daß man in der kapitalistischen Gesellschaft um sein Recht kämpfen muß. Sie haben aber auch begriffen, daß man sich auf solche Klassenschlachten vorbereiten muß: durch eigene Kampfstärke und durch auf Klassenpositionen stehende Gewerkschaften, in welchen nur ein Gesetz gilt: der Wille und das Interesse der Mitglieder.“²⁰

„Kampf um die Köpfe“

Die Marxisten sagen: Der Klassenkampf wird an drei Fronten geführt; an der ökonomischen, der politischen und der ideologischen. Der Chemiewerker-Streik 1971 bestätigte diese Feststellung vollauf. Nach den massiven politischen Einmischungsversuchen des Staates und seiner Organe, der Gerichte und der Polizei, und ganz besonders nach der dann erfolgten politischen Schlichtung durch Bonner Regierungsstellen, war in vielen Köpfen der Zusammenhang zwischen Ökonomie und Politik klarer geworden. Vielerorts war zu beobachten, daß gerade nach den Gerichts- und Polizeiaktionen gegen die Streikenden neue Kräfte der Arbeiter und Angestellten in den Kampf einbezogen werden konnten, eine Intensivierung der Auseinandersetzungen stattfand, die Kampfbereitschaft der schon Streikenden sich verstärkte.

Der Kampf auf ideologischem Gebiet, der „Kampf um die Köpfe“, widerspiegelte sich vor allem in den Publikationen, wobei alle bürgerlichen Zeitungen und Kommentatoren die Ideologie der „Sozialpartnerschaft“ als Maßstab zur Beurteilung der Ereignisse

20 Der Farbwerker, Extrablatt, DKP-Betriebsgruppe Hoechst, Frankfurt, Cronstettenstraße 18.

anlegten. Tenor dieser Blätter: Die Gewerkschaft und die Streikenden verletzen die Regeln der „Sozialpartnerschaft“.

Schon allein die Wortwahl der bürgerlichen Presse zeigte, welche Stimmung man gegen die Chemiewerker erzeugen wollte: Die Vorstellung von Hinterhältigkeit versuchte man mit Formulierungen wie „Chemie-Guerilla“²¹ hervorzurufen; Rädelsführerschaft wurde in Begriffe wie „sorgfältig gezielte Aktionen“²² und nach „geheimem Plan“²³ abrollend hineingelegt; daß die Arbeiter und Angestellten angeblich nicht an friedlichen Lösungen interessiert seien, wurde mit solchen Behauptungen dargelegt, sie betrieben eine „Politik der Unruhe“, eine „Politik der permanenten Störung“, einen „Kleinkrieg“.²⁴

Das Vorgehen der Polizisten wurde als „sehr höflich“ bewertet, der Einsatz von Gummiknüppeln als „Gerangel“ verniedlicht.²⁵

Eines der wichtigsten ideologischen Kampfmittel der herrschenden Klasse, die nationalistische Aufspaltung der Arbeiterklasse, wurde auch in dieser Auseinandersetzung angewendet.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ berichtete über den Streik bei Glanzstoff (Kelsterbach) und die dort besonders aktiven ausländischen Arbeiter wörtlich:

„Palavernd und gestikulierend halten sie die Werkstore dicht, und ihre Frauen und Kinder, froh, den tristen und viel zu engen Werkswohnungen entronnen zu sein, verfolgen von der anderen Straßenseite aus das Geschehen. In Kelsterbach ist nicht alle Tage was los.“

Deutsche Arbeiter hatte die „Frankfurter Allgemeine“ nicht als Streikposten vor Glanzstoff gesehen. Auch deutsche Frauen wurden nicht gesichtet, die sich das „Streik-Spektakel“ angeschaut hätten. Dafür entdeckte dieses Blatt den berühmten „Mann von der Straße“, dem sie dann das Zitat in den Mund legte: „Wir verlieren an Kredit bei der Bevölkerung durch die Ausländer.“²⁶

Natürlich wurden die Arbeitsgerichtsurlaube gegen die Streikenden

21 Rheinischer Merkur vom 25. 6. 1971.

22 Die Welt, Hamburg, vom 22. 6. 1971.

23 Welt am Sonntag, Hamburg, vom 20. 6. 1971.

24 Wiesbadener Tageblatt, Dill-Zeitung, vom 20. 6. 1971.

25 Darmstädter Echo vom 23. 6. 1971.

26 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. 6. 1971.

und ihre Gewerkschaften als willkommene Munition im ideologischen Kampf verwendet. Hatten zuvor die Reporter der Unternehmerpresse durch eigene Beobachtung am Kampfplatz „Guerillas“ und „Rädelsführer“ ausgemacht und genüßlich die von diesen verursachten „permanenten Störungen“ und den „Kleinkrieg“ geschildert, so lieferten ihnen jetzt die Gerichte Schlagzeilen, mit denen sie — wie Springers „Bild-Zeitung“ — in die Köpfe hämmern konnten: „Arbeitsgericht: Dieser Streik ist ungesetzlich.“

So wurden aus streikenden Arbeitern „Gesetzesbrecher“ gemacht. Der Zweck dieser ideologischen Übung war, die Streikenden selbst verunsichern, die Streikbrecher als die Gesetzestreuen stärken, ideologische Schranken gegen Solidaritätsbestrebungen durch andere Teile der Arbeiterklasse, durch andere Schichten der werktätigen Bevölkerung aufrichten.

Das war die taktische Zielsetzung im ideologischen Kampf der Unternehmerpresse gegen die Chemiewerker. Die strategische Zielsetzung ließ die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ durchblicken, indem sie nicht nur einzelne Streikaktionen illegalisierte, sondern den Streik insgesamt als „rechtswidrig“ bezeichnete. Daß sich das seriöse Großkapitalistenblatt dabei der gleichen üblen Tricks bediente wie die „Bild-Zeitung“ — nämlich Arbeiter zu zitieren, die in der Redaktion erfunden wurden —, nur um eine dreispaltige Schlagzeile zu haben, die da lautete: „Bedenken bei den Arbeitern gegen Streik ohne Urabstimmung“, sei am Rande vermerkt. Im Text unter dieser Überschrift hieß es dann: „Einerlei, ob die Satzung zur Urabstimmung schweigt oder redet: Der über die Köpfe der Arbeiter beschlossene Streik wird bereits deswegen rechtswidrig sein, weil er das Gebot der Verhältnismäßigkeit verletzt.“²⁷ Was „verhältnismäßig“ ist, das wurde natürlich allein von der einen Seite entschieden, von den Redaktionen der Unternehmerpresse, vom Staat der Unternehmer und von Gerichten, die gegen die Streikenden entschieden.

Der Kampf um die Köpfe der Menschen wurde jedoch nicht nur frontal geführt. Die Negativ-Argumentation der Unternehmerpresse fand ihre Ergänzung durch die Positiv-Argumentation. Der generellen Verteufelung der Streikenden wurden sogenannte Ver-

27 Ebenda vom 30. 6. und 2. 7. 1971.

nunft-Argumente angefügt, wobei als „vernünftig“ selbstverständlich nicht das bei einem Streikende wieder ungehindert möglich werdende Profitstreben und Profitmachen bezeichnet wurde, sondern das sogenannte „Stabilitätsbemühen“ der Bundesregierung. Die der CDU nahestehende „Frankfurter Neue Presse“ formulierte das so: „Die Hoffnung auf eine vernünftige Lösung in letzter Stunde bleibt. Wenn es wider Erwarten anders käme, würde das eindeutig gegen die Stabilitätsbemühungen von Regierung und Bundesbank . . . verstoßen.“²⁸

Das Erwarten dieser Kreise wurde nicht enttäuscht. „In letzter Minute“ wurde die politische Schlichtung praktiziert. Als falsch erwies sich allerdings die Analyse eines liberalen Blattes wie der „Frankfurter Rundschau“, die glaubte feststellen zu können, gewonnen habe nach diesem Streikkampf „die große Front der Bundesbürger, die auf die Wiedererringung der Stabilität als Ausgangspunkt für ein solides Wirtschaftswachstum mit vollem Recht allergrößten Wert legt.“²⁹ Die zwei Jahre später im Jahre 1973 streikenden Druckereiarbeiter der „Frankfurter Rundschau“ konnten eine „Wiedererringung der Stabilität“ nur auf einem Sektor feststellen, nämlich dem der Gewinne und Profite. Sie traten in den Streik, weil trotz des „vernünftigen“ Schlichtungsergebnisses in der Chemie-Industrie die Preise, die Mieten, die kommunalen Tarife usw. unaufhörlich weiterkletterten.

Wahrheiten an den Tag gebracht

Der in konzertierter Aktion von Unternehmern, Polizei, Gerichten, Regierung und bürgerlicher Presse durchgesetzte Verzicht der IG Chemie auf die volle Durchsetzung der gestellten Forderungen nutzte einzig und allein den Großkonzernen aller Wirtschaftsbe-
reiche. „Die Giganten der Industrie blieben Sieger“, schrieb der „Kölner Stadtanzeiger“ vom 6. Juli 1971 zum Abschluß der Klassenauseinandersetzung in der Chemie-Industrie, Sieger, so muß man hinzufügen, in einer Schlacht, nicht aber im Krieg der Klassen.

„Die Tatsache“, so kommentierte die Betriebszeitung der DKP für die Farbwerke Hoechst, „daß in vielen Betrieben die Arbeiter

28 Frankfurter Neue Presse vom 16. 6. 1971.

29 Frankfurter Rundschau vom 6. 7. 1971.

und Angestellten die ersten großen Kampffaktionen seit Jahrzehnten organisierten, daß viele Lohnabhängige in der chemischen Industrie betriebliche Streiks durchführten, hat Folgen, die nicht wieder verloren gehen können: Viele Belegschaften haben zum ersten Male ihre Stärke erkannt, haben erkannt, was Solidarität bewirken kann und werden das nicht bis zum nächsten Kampf vergessen.“³⁰

Mit Nachdruck verwies die Zeitung auf die Feststellung des Geschäftsführers der Ortsverwaltung Frankfurt der IG Chemie, Fritz Libuda, die dieser unter großem Beifall auf der Kundgebung der streikenden Hoechst-Arbeiter getroffen hatte:

„Es gibt keine Sozialpartnerschaft, und es hat sie nie gegeben.“ Und die Zeitung schlußfolgerte: „Lohnkämpfe bringen nicht nur höhere Löhne und Gehälter, obwohl dies wichtiges Ziel dieser Kämpfe bleibt. Sie bringen auch Wahrheiten an den Tag, die die herrschenden Kreise jahrzehntelang vergeblich versucht haben, für immer zuzuschütten. Es gibt keine gemeinsamen Interessen zwischen Arbeitern und Angestellten auf der einen und dem Kapitalisten auf der anderen Seite. Jede Mark Wert, die von Arbeitern und Angestellten geschaffen wird, kann nur entweder als Lohn und Gehalt diesen zukommen oder als Profit in die Taschen der Unternehmer fließen. Dazwischen gibt es nichts.“³¹

Kapitalisten handelten „solidarisch“ als Klasse

Schon wenige Monate nach dieser ersten großen Klassenauseinandersetzung in der chemischen Industrie bestätigte sich die Richtigkeit der marxistischen Einschätzung, daß der Kampf der Chemiarbeiter ein „vorzüglicher Lehrmeister“ für die Arbeiter und Angestellten auch anderer Industriezweige war. Ende Oktober entbrannte in der Metallindustrie der Klassenkampf in noch heftigerer Form als in der chemischen Industrie. Deutlicher denn je zeigte sich, daß die Arbeiter eines Industriezweiges nicht nur den Monopolherren ihres Industriezweiges gegenüberstehen, sondern daß die Herren des Großkapitals in einheitlicher Taktik und Strategie handeln, eben in dem Bewußtsein, daß es um sie als Klasse, um ihre Klassenherrschaft geht.

30 Der Farbwerker, Extra-Blatt, Juli 1973.

31 Ebenda.

Wie die Konzernherren der Chemieindustrie, so gingen auch die Monopolisten von Metall sofort auf eine Machtprobe aus: Entweder ihr oder wir. Während der Auseinandersetzungen bei Chemie hatten sie gesehen: Es gibt eine breite „Solidarität“ der Großunternehmer aller Wirtschaftsbereiche; die Regierungspolitik der „Stabilität“ ist auf Unternehmerinteressen abgestimmt; die Polizei wird auch die Kapitalisten notfalls mit Arbeitskräften, sprich Streikbrechern, versorgen; die Gerichte werden für das Kapital Recht sprechen; die Presse gehört sowieso Unternehmern, also wird sie vorbehaltlos auch Partei im Klassenkampf ergreifen.

Solchermaßen ihre Klassenposition überschaut, handelten die Monopole folgerichtig, als die IG Metall nach Auslaufen der Tarifverträge die Forderung nach einer 11prozentigen Lohnerhöhung stellte: Sie kamen zur ersten Tarifverhandlung mit einem provokatorischen „Null-Angebot“, mit gar keinem Angebot. Auch in den folgenden Verhandlungen machten die Herren von Metall kein ernsthaftes Angebot, sie blieben mit 4,5 Prozent weit unter dem, was selbst ein gutwilliger „Sozialpartner“ hätte als Kompromiß annehmen können. Die Herren gingen noch weiter: Sie beschlossen, die regulären Schlichtungen — das Non-plus-ultra der „Sozialpartnerschaft“ bei Tarifverhandlungen — scheitern zu lassen. „Härte und Ausdauer, mit der das Kapital diesen Kurs steuerte, spiegelten nicht nur die ökonomische Zielsetzung — möglichst hohe Profite zu erzielen — wider, sondern auch eine spezifisch-politische: Der Arbeiterbewegung und ihrer wichtigsten und stärksten Gewerkschaft, der IG Metall, sollte einer für jedermann offensichtliche Niederlage zugefügt werden.“³²

„Schleyer will den Klassenkampf“

Nicht weniger folgerichtig handelten die Metallarbeiter. Entsprechend den zeitlich verschiedenen Tarifverhandlungen auf regionaler Ebene wurde Baden-Württemberg zum Orientierungspunkt des Kampfes. Warnstreiks und Demonstrationen waren vielerorts die Antwort auf die Provokationen der Metallunternehmer. Ein spontaner Proteststreik von mehr als 100 000 Metallarbeitern zeigte die Kampfbentschlossenheit. Zwei Tage danach stimmten 89,89 Prozent für den Streik um die Erfüllung der 11-Prozent-

32 Unsere Zeit, Düsseldorf, Nr. 4/1972.

Forderung. Kurze Zeit nach der Urabstimmung standen wiederum mehr als 120 000 Metallarbeiter im Streik. Sprachen diese Aktionen schon eine klare Sprache, so äußerten sich die Arbeiter selbst auch in Wort und Schrift unmißverständlich, vom Klassenstandpunkt aus. Der irreführende Begriff „Arbeitnehmerschaft“ tauchte in den gewerkschaftlichen „Streik-Nachrichten“ nicht mehr auf. Richtig wurde von der Arbeiterklasse gesprochen und geschrieben. Die Unternehmer wurden nicht mehr als „Arbeitgeber“ bezeichnet, sondern richtig als Kapitalisten. Die herrschenden Kreise wurden richtig als Großkapital gekennzeichnet, das — wie sich der Bezirksleiter der IG Metall in Stuttgart ausdrückte — brutal seine profitgierige Fratze gezeigt habe. Die Losungen, die die Metallarbeiter bei Demonstrationen und Kundgebungen mit sich führten, lauteten u. a.: „Brecht die Macht der Monopole“ — „Lohnfragen sind Machtfragen“ — „Springerpresse, halt die Fresse“ — „Gegen Unternehmerbrutalität steht die Arbeitersolidarität“ — „Nur wenn wir wollen, werden Mercedes rollen“ — „Schleyer will den Klassenkampf, also machen wir ihm Dampf“.

Alle Hüllen fallen

Die brutalste Form des Klassenkampfes auf ökonomischem Felde praktizierten die Konzernherren von Metall, indem sie die Aussperrung verfügten. 544 Betriebe wurden geschlossen und mehr als 360 000 Arbeiter ausgesperrt. Damit ließen die Herren die letzte Hülle der „Sozialpartnerschaft“ fallen. Die Daimler-Benz-Werke, in welchen Unternehmer-Chef Schleyer herrscht, schlossen ihre Zweigwerke in anderen Teilen der Bundesrepublik und setzten die Belegschaften auf die Straße. Andere Konzerne übten „Solidarität“, indem sie die Einführung von Kurzarbeit oder Zwangsferien verfügten.

Die „Streiknachrichten“ der IG Metall schrieben vor der Aussperrung: „Die Aussperrung dürfen wir nicht tatenlos hinnehmen. Erteilt den Unternehmern die verdiente Antwort. Nur Tyrannen können uns aus unseren Betrieben aussperrern.“³³

Zehntausende Metallarbeiter beantworteten den schärfsten Klassenkampf „von oben“ auf die einzig richtige Art und Weise: Sie

33 Streiknachrichten, Stuttgart, vom 25. 11. 1971.

verließen die Betriebe unter Losungen wie: „Wann geschlossen wird, bestimmen wir“ — „Kann Schleyer nicht mehr weiter — übernehmen den Betrieb die Benz-Arbeiter“.

Mit der Aussperrung unternahmen die Monopolherren den Versuch, die Metallarbeiter gegeneinanderzuhetzen. Denn von der Aussperrung waren Zehntausende von Arbeitern betroffen, die bis dahin noch nicht in die Streikfront einbezogen worden waren. Mit der planmäßigen Einführung von Kurzarbeit und Zwangsferien verstärkten die Konzernherren das ideologische Trommelfeuer mit den Behauptungen, die Ausgesperrten, Kurzarbeiter und Zwangsurlauber hätten ihre gegenwärtige Situation nur der Sturheit ihrer streikenden Kollegen zuzuschreiben.

Und wieder schlug sich der Staat nicht auf die Seite der Arbeiter, sondern auf die der Kapitalisten, am offensten und gemeinsten durch das führende CSU-Mitglied Stingl, der es auch unter der SPD/FDP-Bundesregierung als Präsident der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeitslosenversicherung wagen konnte, einen Erlaß herauszugeben, der den indirekten „Streik-Opfern“, also den Ausgesperrten, die nicht im Streik gestanden hatten, jegliche Arbeitslosenunterstützung absprach. Später wurde zwar dieser Erlaß als rechtswidrig wieder aufgehoben, aber in einer entscheidenden Phase der Klassenauseinandersetzung war mit seiner Hilfe die gemeinsame Front von Unternehmern und Staat drastisch demonstriert worden, hatte bei nicht wenigen noch nicht kampferprobten Arbeitern und vor allem in deren Familien Angst um die Existenz ausgelöst und so die Kampfbereitschaft gemindert.

Während die Arbeiter den Klassenkampf der Unternehmer mit ihrem entschlossenen Streik, mit Kundgebungen und Demonstrationen beantworteten, ließ die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung nichts unversucht, den Kampf mit „sozialpartnerschaftlichen“ Mitteln und Methoden zu beenden. Nicht nur, daß es keine Regierungserklärung zugunsten der 11-Prozent-Forderung der Gewerkschafter gab; umgekehrt konnte ein Wirtschaftsminister Schiller gerade in dieser Situation Leitzahlen veröffentlichen, die eine Senkung des Reallohnes beinhalteten.

Brandt auf der anderen Seite der Barrikade

Der Hinweis, daß dieser Mann ja später Regierung und SPD verlassen habe, kann nicht als Entlastung für die Brandt-Regierung

gewertet werden, denn Brandt selbst schaltete sich in die Klassenauseinandersetzung ein, und das — ebenso wie sein damaliger Wirtschaftsminister — auf der anderen Seite der Barrikade. Seine gezielte Formulierung, die in den Novembertagen des Jahres 1971 erstmals gebraucht und in den Jahren darauf immer erneut wiederholt wurde — „hohe Lohnsteigerungen sind gegenwärtig gesamtwirtschaftlich nicht zu verkraften“ — stellten eine klare Parteinahme für die Unternehmer dar. Kaschiert wurde diese Parteinahme für die Kapitalistenklasse durch den Versuch, überparteilich zu erscheinen, indem die „Tarifpartner zu Orientierungsgesprächen nach Bonn eingeladen“ wurden.

Für den Ausgang dieser zweiten großen Klassenauseinandersetzung innerhalb eines Jahres war denn auch entscheidend, daß die Kampfkraft der Arbeiterklasse nicht voll entfaltet und ins Feld geführt wurde. Der einheitlich handelnden Kapitalistenklasse standen z. T. aufgesplitterte Arbeiter- und Streikformationen gegenüber. Das Lohndiktat der Metall-Konzernherren wurde zwar durchbrochen, ihr Plan, die IG Metall an die kürzeste Leine zu legen, scheiterte; aber der Kompromiß, der in der Schlichtung ausgehandelt wurde, war weniger als mager. Die Führung der IG Metall entsprach nicht den Forderungen vieler streikender Kollegen, die Kampfmaßnahmen auf Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Hessen auszudehnen. Wären die Arbeiter selbst nicht einen Tag nach dem Bonner Treffen bei Brandt zu Zehntausenden in Stuttgart auf die Straße gegangen, dann wäre nicht einmal die 7,5prozentige Lohnerhöhung zustande gekommen.

Die Reaktion des Bundeskanzlers und SPD-Vorsitzenden Willy Brandt auf die zahlreichen betrieblichen Streiks im August 1973 und auf die offizielle Erklärung der Jungsozialisten zu diesen Arbeitskämpfen ordnet sich geradezu bilderbuchartig in diese Linie ein, mit den Sympathien der Arbeiter und Angestellten zu spielen, um die Interessen des Großkapitals durchzusetzen.

So verurteilte Brandt Anfang September im Parteipräsidium der SPD die Stellungnahme des Bundesausschusses der Jungsozialisten, mit der diese die sogenannten wilden Streiks für eine „legitime Maßnahme“ der Arbeiter und Angestellten rechtfertigten, mit folgenden Worten: „Die jüngste Stellungnahme der Jungsozialisten betrachte ich als abträglich für die Sozialdemokratische

Partei und belastend für die gebotene Solidarität mit den Gewerkschaften.“³⁴

Vor den Arbeitern in Salzgitter warnte er u. a. vor „unkontrollierten Aktionen“, die das Stabilitätsprogramm der Regierung gefährden. Um dieses Zieles willen müsse man auch eine „kurzfristige Stagnation“ des Realeinkommens in Kauf nehmen.³⁵

Diese an die Adresse der um ihre berechtigten Forderungen streikenden Arbeiter gerichteten Warnungen — unter der falschen Flagge von der Gefährdung der Tarifautonomie und der Schwächung der gewerkschaftlichen Solidarität — zeigen eindeutig, daß in Wirklichkeit einseitig Positionen der Unternehmer bezogen und vertreten werden. Deshalb sind Gewerkschaftsfunktionäre und Vorstände dieser desorientierenden Argumentation entgegengetreten: „Die spontanen Arbeitsniederlegungen des Jahres 1973 haben sich ebensowenig wie die Septemberstreiks 1969 in der Metallindustrie gegen die Organisation gerichtet. Sie haben sich gegen die Arbeitgeber gerichtet. Ausgelöst wurden sie teils durch die betrieblichen Arbeitsbedingungen, teils durch die Taktiken von Gesamtmetall.“³⁶

Die Zeitung der DKP, „Unsere Zeit“, stellte in einer umfassenden Analyse des Lohnkampfes der Metallarbeiter im Jahre 1971 fest:

„Der Klassenkampf kann nicht erfolgreich mit halber Kraft oder auf der Sparflamme geführt werden, während die Konzernherren aufs Ganze gehen. Die konsequente Massenmobilisierung ist das Hauptmittel der Gewerkschaft zum Erfolg.“³⁷

Die Klassenauseinandersetzungen des Jahres 1971 und 1973 bestätigten die Feststellung des Düsseldorfer Parteitages der Deutschen Kommunistischen Partei:

„Die ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse sind auch unter den gegenwärtigen Bedingungen von hervorragender Bedeutung für die Verbesserung ihrer Lage. Sie sind zugleich eine wichtige Voraussetzung, um die Arbeiter und Angestellten für ihre weiter-

34 Vgl. Frankfurter Rundschau, Nr. 206, vom 5. 9. 1973, S. 1.

35 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 203, vom 1. 9. 1973, S. 1.

36 Eugen Loderer auf der 8. Konferenz der IG Metall für Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder, 25./26. Oktober 1973, hektografiertes Referat, S. 95.

37 Unsere Zeit, Nr. 4/1972.

gehenden Interessen in Bewegung zu bringen, sie die Widersprüche des kapitalistischen Systems erkennen zu lassen, ihr Klassenbewußtsein anhand eigener Erfahrungen zu entwickeln und sie an den Kampf für die Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses heranzuführen.“³⁸

Klassenkampf für Entspannung

Zweifellos versuchten die reaktionärsten gesellschaftlichen Kräfte der Bundesrepublik, politisch vertreten durch die CDU/CSU und äußerste rechte Kräfte in der SPD, eine Veränderung des politisch-parlamentarischen Kräfteverhältnisses mit allen Mitteln in den Monaten Ende 1971 / Anfang 1972 herbeizuführen.

In Geheimtreffen zwischen führenden CDU/CSU-Politikern und Vertretern des aggressivsten Flügels des Monopolkapitals wurden Maßnahmen beraten und Vorbereitungen getroffen, um die SPD/FDP-Regierung kurzfristig zu stürzen. Politische Fragestellungen spielten im Metallarbeiterkampf des Jahres 1971 eine größere Rolle als in den Jahren zuvor. Die Arbeiter spürten, daß Frieden und Entspannung erstmals eine Chance erhielten, sich durchzusetzen. Ihre Hoffnung richtete sich auf die offiziell verkündete „Entspannungs- und Friedenspolitik“. Und von dieser Hoffnung her wurden gerade auch in den Tagen der harten ökonomischen Auseinandersetzung die aggressivsten Kreise des Großkapitals, die CDU/CSU, die Strauß und Barzel als Feinde der Arbeiterschaft wahrgenommen.

In der Tat versuchten die Strauß und Barzel der Friedensoffensive der Sowjetunion, der DDR und der anderen sozialistischen Länder, die zu dem Abschluß der Verträge von Moskau, Warschau und Berlin führte, ein Halt entgegenzusetzen. Über die Beseitigung der Regierung Brandt/Scheel durch Abgeordnetenkauf und parlamentarisches Mißtrauensvotum sollte der Politik der friedlichen Koexistenz insgesamt ein Schlag versetzt werden. Während im Bewußtsein der Masse der Arbeiter die Begünstigung der Unternehmer durch die Bundesregierung kaum eine Rolle spielte, entwickelte sich bei denselben Arbeitern eine Politisierung zugunsten der SPD, der die sichtbaren Erfolge einer europäischen Entspannungspolitik zugute geschrieben wurden.

38 Thesen des Düsseldorfer Parteitages der DKP, Hrsg. Deutsche Kommunistische Partei, Düsseldorf, o. J., S. 43.

Aus dieser Politisierung erwachsen die politischen Streiks des Jahres 1972, wobei die kommunistischen Gewerkschafter und die DKP insgesamt zur Konsequenz der April-Aktionen entscheidend beitragen.

In den Demonstrationen und Kundgebungen im April/Mai 1972, Aktionen, die vielfach mit Arbeitsniederlegungen verbunden waren, kämpften erstmals wieder seit den Streiks gegen die Notstandsgesetze Arbeiter für grundlegende politische Klassenforderungen.

Inwieweit die herrschende Klasse durch die politische Bewegung für die Ratifizierung der Verträge der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen getroffen wurde, zeigte die Reaktion des kapitalistischen Spitzengremiums „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ (BDA) auf die Aktionen von Arbeitern in den Betrieben. Die Kapitalistenvereinigung sah sich veranlaßt, an die politischen Parteien und Gewerkschaften zu appellieren, „die Auseinandersetzungen um die Ostverträge nicht in die Betriebe hineinzutragen. Gegenwärtig werden in den Betrieben Flugblätter verteilt und Unterschriftenlisten ausgelegt, in denen sich die Arbeitnehmer zur Unterstützung der Forderungen nach Ratifizierung der Ostverträge eintragen sollten. Da es sich hierbei um die zwischen den Parteien umstrittenen Fragen der Außenpolitik handelt, sieht die Bundesvereinigung in solchen Aktionen, soweit sie sich in den Betrieben abspielen, einen Verstoß gegen das Verbot der parteipolitischen Betätigung im Betrieb nach § 74 Abs. 2 des Betriebsverfassungsgesetzes.“³⁹

Da wurde also schon die vergleichsweise gelinde Kampfform, wie sie eine Unterschriftensammlung darstellt, als illegal bezeichnet. Die Herren „Sozialpartner“, die sich natürlich von niemandem verbieten lassen, in ihrem Unternehmen ihre Meinung schriftlich oder mündlich zu äußern, auch zu „zwischen den Parteien umstrittenen Fragen der Außenpolitik“, maßten sich an, den Arbeitern und Angestellten Meinungsäußerungen zu Grundfragen der politischen Zukunft des Landes zu verbieten.

Trotz dieser Einschüchterungsversuche, die wenig mit der Einhaltung des Betriebsverfassungsgesetzes, aber viel mit der Unterstützung der Strauß/Barzel durch die Spitzenkapitalisten zu tun hat-

39 Berichte des Deutschen Industrie-Instituts, Köln, Nr. 7/1972, S. 39.

ten, fanden politische Protest- und Warnstreiks in vielen Betrieben der Bundesrepublik statt, so bei der Dortmunder Hoesch AG, im Rhestahlwerk „Union Brückenbau“ in Dortmund, in den Oberhausener Babcock-Werken, in der Gutehoffnungshütte Oberhausen, in der Kölner Drahtziehfabrik Felten & Guilleaume, in den Edelstahlwerken Witten, bei Daimler-Benz in Mannheim, in den Motorenwerken Mannheim, in den Nordsee-Rhestahlwerken Emden, im Volkswagenzweigwerk Emden sowie in zahlreichen Betrieben in Hessen, Bayern und in Westberlin.

Klassenkampf im Bundestagswahlkampf

Strauß und Barzel erreichten ihr Ziel nicht, über einen kalten Staatsstreich die Politik der Entspannung und Sicherheit in Europa abzublocken. Das war ein Sieg in der Klassenaueinandersehung zugunsten der Arbeiterklasse. Und dieser Sieg wirkte nach bis in den Bundestagswahlkampf und auf das Bundestagswahlresultat des Jahres 1972.

In der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik waren die Fragen des Friedens und der Sicherheit immer wieder zu „neuralgischen Punkten der gesellschaftlichen Bewegung geworden“. ⁴⁰ Im Kampf gegen die Remilitarisierung, gegen die Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO, gegen die Einführung der Wehrpflicht, gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr kämpften nicht nur die Arbeiterklasse, sondern demokratische und friedliebende Bürger aus allen Schichten des Volkes. Auch in diesem Bundestagswahlkampf ging es um die elementarsten Friedensinteressen der Arbeiterklasse und der Mehrheit des Volkes der Bundesrepublik. Die Verträge mit der Sowjetunion, mit Polen und der DDR, die bei dieser Bundestagswahl zur Abstimmung standen, wurden richtig als Verträge des Friedens und der normalen Beziehungen zur Welt des Sozialismus verstanden. Die Mehrheit der Wähler entschied sich mit ihrer Stimmabgabe für die Parteien, die diese Verträge unterstützten. Ob es jedem dieser Wähler bewußt war oder nicht: Damit nahm er Partei in der Klassenaueinandersehung, Partei für den Frieden, das das erste Klasseninteresse der Arbeiterklasse dieses Landes ist.

40 Jürgen Kuczynski, Klassen und Klassenkämpfe im imperialistischen Deutschland und in der BRD, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1972, S. 556.

Wie in Vorbereitung des Mißtrauensvotums gegen Bundeskanzler Brandt in den ersten Monaten des Jahres 1971, waren sich auch in Vorbereitung und Durchführung der Bundestagswahlen die aggressiven großkapitalistischen Kreise des Klasseninhaltes der über die politische Bühne gehenden Auseinandersetzungen bewußt. Die gleichen Kreise, die eine harmlose Unterschriftensammlung in den Betrieben verteuflten, betrieben die übelsten illegalen Machenschaften, um ihr Klassenziel zu erreichen, Strauß und Barzel wieder an die Regierung zu bringen. Sie scherten sich dabei nicht um die von ihnen selbst beschworenen Gesetze und Verfassungen, die den „Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu politischen Zwecken“ verbieten. Sie stellten hemmungs- und bedenkenlos jeden Geldbetrag zur Verfügung, nicht nur um Bundestagsabgeordnete aus den Fraktionen der SPD und FDP zu kaufen und sie der CDU/CSU zur Verfügung zu stellen; in gleicher Weise auch, um mit Hilfe Tausender Annoncen, veröffentlicht in allen Tageszeitungen und illustrierten Blättern, eine gigantische Manipulation der öffentlichen Meinung vorzunehmen. Wer wissen wollte, wie ideologischer Klassenkampf durch die herrschende Klasse geführt wird, der fand ein Konzentrat prokapitalistischer Argumentation in eben jenen Anzeigen, die meist anonym von Tarnorganisationen der Unternehmerverbände und der CDU/CSU publiziert wurden. Hauptstoßrichtung: antisozialistisch und antikommunistisch. Ein Beispiel möge zeigen, wie und wer hier mit welchen Mitteln das ideologische Trommelfeuer leitete:

Sechs Millionen für „Krampf“?

Vom 9. Oktober 1972 an, also vier Wochen vor der Bundestagswahl, meldeten sich unter dem Titel „Zur Sache“ der bisherige Wirtschaftsminister der SPD, Karl Schiller, und der vormalige Wirtschaftsminister und Bundeskanzler der CDU/CSU, Ludwig Erhard, gemeinsam in regelmäßigen Abständen per Anzeigen zu Wort. Eine dieser Anzeigen trug die Überschrift „Klassenkampf ist Krampf“. Der Zeitungsleser mußte der Meinung sein, hier schrieben zwei bekannte Wirtschaftsfachleute ihre Meinung. Sicher entsprach die Überschrift und was darunter folgte der Meinung der beiden Herren. Nur geschrieben hatten sie den Text nicht. Geschrieben war die Hetze gegen den Marxismus von den extra dafür freigestellten Angestellten des Springerschen Presse-

konzerns Ewald Struwe und Paul K. Schmidt; Struwe, bekannt als Sex-Story-Autor für Springer-Gazetten, Paul K. Schmidt entlarvt als ehemaliger SS-Obersturmbannführer beim SS-Hauptamt und Mitarbeiter des Goebbelschen Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda.

Der Zeitungsleser mußte der Meinung sein, es ließen sich die Herren Schiller und Erhard etwas kosten, per Anzeigen ihre Meinung zu äußern. Wissen konnte kaum jemand, daß die prominenten Politiker dafür keinen Pfennig aus ihrer Tasche bezahlten. Dabei kostete die Veröffentlichung einer der Anzeigen in allen wichtigen Tageszeitungen und in zahlreichen Zeitschriften rund 700 000,— DM, die Anzeigenkampagne Schiller/Erhard insgesamt ca. 6 Millionen DM! Bezahlt wurde die Sache von der „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e. V.“ in Köln. Als Chef dieser Gesellschaft zeichnete ein gewisser Hugo Wellems verantwortlich, früher Referent im faschistischen Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda und 1944 Leiter des „Reichspropagandaamtes in Kauen“ (Kowno).⁴¹

Aber auch Wellems besaß nicht die hier ausgegebenen Millionen. Er erhielt, wie in der Fernseh-Magazin-Sendung „Monitor“ am 6. November 1972 mitgeteilt, Spenden von Industriefirmen, vor allem aus der Stahl- und Automobilbranche. Und da tauchte der Name eines weiteren ehemaligen SS-Mannes auf: Hanns-Martin Schleyer, seit 1931 in der faschistischen Bewegung aktiv, später Amtsleiter der Hitlerschen NSDAP und noch später — eben Chef in der Automobilbranche, nämlich Vorstandsmitglied und Personaldirektor der Daimler-Benz AG, darüber hinaus in Dutzenden von weiteren Aufsichtsräten und Vorstandsfunktionen, stellvertretender Vorsitzender von „Gesamtmetall“, der Spitzenorganisation der Kapitalisten der Metallindustrie, und schließlich heute Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Für diesen Spitzenmann des deutschen Großkapitals sollte Klassenkampf Krampf sein? Das ließ er über die Herren Schiller und Erhard, die er ebenso an der Strippe hatte wie die Schreiberlinge Struwe und Schmidt, lediglich der Öffentlichkeit weismachen. In Wirklichkeit gab auch ein Spitzenkapitalist nicht sechs Millionen

41 Das schwarze Kassenbuch — Die heimlichen Wahlhelfer der CDU/CSU, Köln 1973, S. 40.

Mark für „Krampf“ aus. Er finanzierte damit den ideologischen Kampf gegen den Sozialismus, gegen die Arbeiterklasse im eigenen Lande, gegen das sich entwickelnde Klassenbewußtsein, das er ein Jahr vorher im Metallarbeiter-Streik in Baden-Württemberg fürchten lernen mußte, das er auch durch die damals vor allem von ihm betriebene Aussperrung nicht wieder total verschütten konnte.

Nach Berechnungen der „Demokratischen Aktion“, eines Zusammenschlusses von Publizisten, die sich vornehmlich mit der Beobachtung und Bekämpfung rechtsradikaler Tendenzen in der Bundesrepublik befassen, standen der CDU/CSU wahrscheinlich 210 000 000 DM zur Verfügung, um Wahlpropaganda im Jahre 1972 zu machen.⁴² 210 Millionen DM, die ausnahmslos aus den Kassen des Großkapitals stammten; 210 Millionen DM, die aus der Ausbeutung Hunderttausender Arbeiter und Angestellten gewonnen wurden!

Schutz und Förderung den Arbeiterfeinden

Gingen den Sozialdemokraten die Augen auf? Sahen sie, welche Klassenauseinandersetzung sich auch während des Wahlkampfes abspielte? Analysierten sie die Gewalt als die gleiche Gewalt, die einst ausgezogen war, um mit Hilfe eines Hitlers und seiner faschistischen Partei und Armee den Weltsozialismus zu liquidieren, indem er die Sowjetunion überfiel? Prangerten sie die Kräfte an, die den blutigsten Weltkrieg entfesselten, um die Weltmacht-Interessen des imperialistischen deutschen Finanz- und Rüstungskapitals durchzusetzen? Enthüllten sie die geschichtliche Kontinuität reaktionärer Politik, die in unseren Tagen weiterwirkt und sich zum großen Teil in denselben Personen verkörpert, die den heute herrschenden Gruppen der Monopolbourgeoisie angehören? Sicher gingen sozialdemokratischen Arbeitern, Angestellten, Gewerkschaftern und vor allem jungen Mitgliedern der SPD die Augen auf, viele von ihnen erkennen heute die Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus in diesem Lande.

Aber die sozialdemokratische Parteiführung und die von der SPD geführte Bundesregierung? Sie garantierte, wie sie immer wieder programmatisch verkündete und in ihrer Regierungspolitik auch

42 Ebenda, S. 98.

praktizierte, „Schutz und Förderung“ des Privateigentums an Produktionsmitteln. Das bedeutete doch aber Schutz und Förderung gerade jenen angedeihen zu lassen, die die Feinde des sozialdemokratischen Arbeiters und Angestellten sind, Schutz und Förderung den heimlichen Wahlhelfern der CDU/CSU, Schutz und Förderung dem Großkapital! Damit ergriffen sie Partei im Klassenkampf, damit machten sie eindeutig pro-kapitalistische Politik, damit stützten und stabilisierten sie die bestehenden großkapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse.

Man mußte wenige Wochen nach der Bundestagswahl fragen, ob die Millionen, die die Schleyer und Springer, die Oetker und Abs, die Horten und Hansen im Wahlkampf ausgegeben hatten, nicht auch ihren Zweck erfüllten, ohne daß der erwünschte Regierungswechsel herbeigeführt werden konnte?

Die Rüstungsausgaben waren noch nie so hoch wie unter dem SPD-Minister Leber — und selbstverständlich die Rüstungsgewinne des Großkapitals ebenso.

Die Kluft zwischen Löhnen und Gehältern einerseits und Preisen und Profiten andererseits wurde immer größer — und das unter dem SPD-Minister Schmidt.

Und Kanzler Brandt erklärte auf dem 15. ordentlichen Parteitag der SPD im April 1973 in Hannover:

„Mein Wort vom Herbst 1969, wir müßten mehr Demokratie wagen, ist oft mißverstanden worden . . . auch von denen, die ihm zustimmen. Daß Mißverständnis, das ich ernst nehme, ergab sich aus dem Trugschluß, die Prinzipien der Demokratie im staatlichen Bereich sollten oder könnten schematisch auf das soziale und wirtschaftliche Leben übertragen werden. So ist es nicht.“⁴³

Genau das sagten die großkapitalistischen Gegner der gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen. Wo blieb da die „Sozialpartnerschaft“, wenn Demokratie im Betrieb nicht möglich sein sollte?

Wachsende Reife der Arbeiterklasse

Sowenig die Kampferfahrungen aus den großen ökonomischen Kämpfen der Chemiarbeiter und der Metallarbeiter im Jahre

43 Vorwärts, Bonn, vom 19. 4. 1973.

1971 verloren gingen, sowenig vergaßen die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter, die jungen Menschen, die Lehrlinge, Schüler und Studenten, daß sie in einem politisch-parlamentarischen Kampf die Exponenten reaktionärster Politik, die Strauß und Barzel, geschlagen hatten. Die Klassenkämpfe in den ersten Monaten des Jahres 1973 signalisierten eine wachsende Reife der Arbeiterklasse. Obwohl die Gewerkschaftsführungen der SPD-geführten Bundesregierung „keine Schwierigkeiten machen“ wollten und deshalb Tarifabschlüsse in echt „sozialpartnerschaftlichem“ Geist vereinbarten, kam es zu zahlreichen Streikaktionen, wie bei Hoesch in Dortmund oder bei Mannesmann in Duisburg oder bei Klöckner in Bremen. Die evangelische „Stimme der Gemeinde“ bemerkte: „Der Streik von Dortmund ist auch eine Warnung an die SPD-geführte Bundesregierung. Die Arbeiter haben die SPD nicht deshalb in so überzeugender Weise gewählt, damit ihre ‚Lebensqualität‘, sichtbar zuerst nicht in programmatischen Plänen, sondern auf dem Lohnstreifen, gemindert wird. Sie haben andere Mittel als die offiziell erlaubten Wahlscheine.“⁴⁴

Eines der Mittel, ihren Klassenforderungen Ausdruck zu verleihen, die gewerkschaftlichen Urabstimmungen, nutzten die Arbeiter und Angestellten in den ersten Monaten des Jahres 1973 in eindrucksvoller Weise. Man muß schon lange in der Geschichte gewerkschaftlicher Urabstimmungen zurückblättern, um solch entschiedene Kampfbereitschaft dokumentiert zu sehen wie in diesen Urabstimmungen Anfang 1973. So stimmten die Stahlarbeiter an Rhein und Ruhr mit mehr als 90 Prozent für die gewerkschaftliche Forderung nach 11 Prozent Lohnerhöhung und ihre Durchsetzung mit dem Mittel des Streiks. Die sozialdemokratischen Spitzengewerkschafter der IG Metall aber ließen sich auf den „Sozialpartnerschafts“-Kompromiß von 8,5 Prozent ein. Konnten sie bis zu diesem Zeitpunkt noch der Meinung sein, der zeitlich kurze Abstand zu den gerade erfolgten Bundestagswahlen ließe die Stahlarbeiter ihre Klassenforderungen hinter das „Gemeinwohl“ zurückstellen und den faulen Kompromiß akzeptieren, so mußten sie sehr schnell erkennen, daß die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Stahlarbeiter die Zustimmung zu diesem Tarifabschluß verweigerte. Annähernd 67 Prozent wand-

44 Stimme der Gemeinde vom 1. 3. 1973, S. 67.

ten sich in einer zweiten Urabstimmung gegen den Tarifabschluß, bei Hoesch in Dortmund waren es sogar mehr als 75 Prozent. Dort entbrannte denn auch gegen jede „sozialpartnerschaftliche Ordnung“ der erste „wilde“ Streik des Jahres 1973, dort wurden in einer scharfen Klassenkampffraktion in vorbildlicher Selbsttätigkeit a) das Lohndiktat der Stahlkonzerne durchbrochen, b) den Maßhalte-Appellen der sozialdemokratischen Bundesregierung kein Gehör geschenkt und c) der opportunistischen Zurückhaltung der Gewerkschaftsführung entgegengetreten.

Kurze Zeit nach den Hoesch-Arbeitern streikten die Walzwerker im Mannesmann-Hüttenwerk Duisburg-Huckingen. Auch wieder „wild“, das heißt, ohne Rücksicht auf ihre „Sozialpartner“. Denn diese hatten sich ihnen gegenüber nicht als „Partner“, sondern eben als Kapitalisten verhalten, mit folgenden Auswirkungen: „Ich verdiene 950,— DM netto im Monat. An drei Sonntagen muß ich arbeiten. Bei Staub und Lärm — 90 bis 110 Phon — und unerträglicher Hitze.“ So ein Arbeiter. Ein anderer: „Seit drei Jahren fordern wir eine gerechtere Lohnfindung im Profilwalzwerk. Immer vergebens, immer neue Vertröstungen. Im November vorigen Jahres wurde zwischen Betriebsrat und Werksleitung ein Kompromiß geschlossen, den wir anerkannten. Im Schnitt kamen 38 Pfennige für jeden heraus. Nun brach die Direktion einseitig diese Vereinbarung. Deshalb stehen wir hier. Und die Frau eines Streikenden: „Zuerst habe ich geschimpft. Dann erzählte mir mein Mann, warum sie streiken. So wurden im Jahr 1969 monatlich 57 000 Tonnen gewalzt, ein Jahr später waren es schon über 70 000 Tonnen und im Januar dieses Jahres 108 000 Tonnen. Und das mit gleicher Belegschaft. Aber das ist noch nicht alles. Vor vier Jahren brachte mein Mann monatlich 1700 DM brutto nach Hause. Im Akkord. Dann wurde der Akkord abgeschafft, und er verdiente im Januar dieses Jahres 50 DM weniger als vor vier Jahren. Und das nach drei Tariflohnrouden . . .“⁴⁵

Erfahrungen mit der „Menschlichkeit des Partners“

Auch die Mannesmann-Stahlarbeiter machten ihre eigenen Erfahrungen mit der Menschlichkeit ihrer „Sozialpartner“. Zweiundvierzig streikende Kollegen wurden auf Antrag der Werksleitung

nach einem Beschluß des Arbeitsgerichtes ausgesperrt. Unter Androhung von 3000,— DM Geldstrafe, ersatzweise Haft (!), wurde ihnen verboten, das Werksgelände zu betreten. Außerdem wollte man sie noch schadensersatzpflichtig machen. Diese Maßnahmen der Herren des Betriebes lösten eine breite Solidaritätsbewegung über das Werk und das Rhein-Ruhr-Gebiet hinaus aus. In Duisburg bildeten sich Solidaritätskomitees. Das der Jugend, bestehend aus Jungsozialisten, SDAJ, „Falken“, Naturfreundejugend, Schülermitverwaltungen u. a., erklärte: „Arbeiter, die von ihrem Grundrecht auf Streik Gebrauch machen, werden per Gerichtsurteil mit Geldstrafen und Gefängnis bedroht. Schwerarbeitende Walzwerker und Familienväter werden zu Kriminellen gestempelt.“ Wieder war ein Exempel statuiert worden für Geist und Inhalt der „Sozialpartnerschaft“.

Und in den anderen Werksteilen des Konzerns, wo nicht gestreikt wurde? Als die Herren der Werksleitung spürten, daß eine große Solidaritätswelle im Anrollen war, die jeden Augenblick alle anderen Abteilungen in den Kampf ziehen konnte, da ließen sie alle „partnerschaftlichen“ Masken fallen. Überall, wo zwei oder drei Arbeiter zusammenstanden, gingen Vorgesetzte dazwischen. In einer Abteilung wurde der Pausenrhythmus verändert, jeder der dort Beschäftigten mußte alleine frühstücken. Die Betriebsräte wurden auf allen ihren Wegen von Beauftragten der Direktion „beschattet“.

Und trotzdem kamen die Mannesmann-Arbeiter zum Erfolg. Ihre Lohnsituation wurde verbessert, die Aussperrungen rückgängig gemacht, die einstweiligen Verfügungen durch das Arbeitsgericht auf Kosten der Werksleitung zurückgezogen. Weil die Belegschaft des Walzwerkes einheitlich gekämpft und eine große Solidaritätsbewegung sie unterstützt hatte, mußten sich die Unternehmer nach einem neuntägigen Kampf geschlagen geben.

Die spontanen Streikaktionen der Arbeiter von Hoesch und Mannesmann waren der weithin beachtete Auftakt für zahlreiche weitere Streiks in den Städten Düsseldorf, Velbert, Wuppertal, Hagen, Hamm. In Kassel, Hannover, Emden, Salzgitter und Wolfsburg legten Zehntausende Arbeiter der Volkswagen-Werke die Arbeit nieder, um höhere Löhne zu fordern. Und dann kam die Lohnrunde in der Druckindustrie.

Da verschlug's ihnen die Klassensprache

Die Drucker der Bundesrepublik standen hinter ihren Kollegen aus der Metall- und der chemischen Industrie kein Jota zurück. Sie, traditionelle Spitzenverdiener, in der Vergangenheit oft als „Arbeiteraristokraten“ bezeichnet, stimmten im April 1973 mit 91,8 Prozent für den Streik, um ihre 13-Prozent-Forderung ungeschmälert durchzusetzen. Und sie beließen es nicht bei der Stimmabgabe. Sie führten einen Warnstreik so wirkungsvoll durch, daß am nächsten Tag in der ganzen Bundesrepublik kaum eine einzige Tageszeitung erscheinen konnte. Für einen Tag mußte die herrschende Klasse erleben, daß sie eines ihrer wichtigsten Manipulationsinstrumente beraubt war. Keine „Bild-Zeitung“ vor den Fabriken und weder eine „Welt“ noch eine „Frankfurter Allgemeine“ auf den Schreibtischen in den Direktionsetagen der Konzerne. An diesem Tage konnten die Herrschaften nicht einmal die mangelnde Bereitschaft zur „Sozialpartnerschaft“ in der Öffentlichkeit beklagen.

Hätte die Gewerkschaftsführung auch hier die Kampfbereitschaft der Druckereiarbeiter voll eingesetzt, die gewerkschaftliche Forderung wäre durchgesetzt worden. So wurde zwar das 8,4-Prozent-Angebot der Unternehmer unter den Tisch gefegt und mit den erreichten 10,8 Prozent höheren Lohnes eine neue Marke gesetzt, die deutlich über dem kampfflos von der IG-Metall-Führung zugegebenen Limit von 8,5 Prozent lag; aber ein voller Ausgleich für den Kaufkraftschwund, geschweige denn eine fühlbare Verbesserung der Reallöhne wurde nicht erreicht.

„Die Arbeiter haben das Spiel, das man mit ihnen treibt, offensichtlich satt. Sie wollen nicht länger wie im Märchen beim Wettlauf zwischen Hase und Igel die Rolle des Hasen übernehmen. Sich für ein Jahr mit unzureichenden Lohnerrhöhungen abspeisen zu lassen, während die Preise in einem fort steigen, das geht ihnen über die Hutschnur.“⁴⁶ Deshalb stimmten in einer zweiten Urabstimmung in den Kölner Druckereien 85 Prozent gegen den Kompromiß von 10,8 Prozent, in den Frankfurter Betrieben stimmten 73 Prozent dagegen, und in der Bundesrepublik insgesamt lehnten 43,6 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Drucker die Tarifvereinbarung ab.

46 Die Tat, Frankfurt, Nr. 16/1973.

Die Beobachtungen der Frau Noelle-Neumann

Zu Beginn des Jahres 1973 erschien die Hauptzeitung des Springer-Konzerns mit einer Schlagzeile „Bereitschaft zum Klassenkampf ist gestiegen“. Darunter wurden folgende Feststellungen von Frau Prof. Noelle-Neumann, Leiterin des Allensbacher Instituts für Demoskopie, wiedergegeben: In der Bundesrepublik gebe es einen Linkstrend; die Frage nach der Nützlichkeit des Klassenkampfes wäre in der Zeit des Wirtschaftswunders zunehmend überdeckt oder sogar verneint worden; dieser Trend habe sich seit 1968 wieder umgekehrt; die Auffassung, daß sozialer Fortschritt nur im Kampf gegen die oberen Schichten möglich sei, nehme zu; zugleich stiege auch die Konfliktbereitschaft.⁴⁷

Die Klassenkämpfe des Jahres 1973 bestätigten die feine Beobachtungsgabe der Frau Noelle-Neumann, nur — über die Ursachen dieser Entwicklung konnte die Frau Professor den Lesern der „Welt“ keine Auskunft geben.

Eine marxistische Erklärung lautete: „Die Verschärfung der sozialökonomischen Auseinandersetzungen seit 1966 ist ein wesentlicher Bestandteil der gegenwärtigen Situation in der BRD. Diese Entwicklung beruht nicht auf Zufälligkeiten, sondern hat eine reale Grundlage. Nur drei Faktoren, die eng miteinander zusammenhängen, seien hier genannt: Die teilweise (innen- und außenpolitisch wirksame) Zurückdrängung des Antikommunismus, das Offenbarwerden ökonomischer Krisenerscheinungen (Rezession 1966/67, Strukturkrisen, Inflation, internationale Währungskrise), schließlich parallel die Desillusionierung von Teilen der Arbeiterklasse über das kapitalistische Gesellschaftssystem.“⁴⁸

Der tägliche Kleinkampf der Klassen

Nicht immer war die gesellschaftliche Situation der Bundesrepublik durch solch lebhaftes, zum Teil stürmische und harte Klassenauseinandersetzungen gekennzeichnet wie in dieser Zeit Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre. Fast jeder Tag der Jetztzeit sieht Kampfaktionen in großen Konzernbetrieben, in einzelnen Städten, Bundesländern oder in ganzen Industriezweigen der

47 Die Welt vom 16. 1. 1973, S. 5.

48 Kurt Steinhaus, Zur Streikbewegung in der BRD, in: Marxistische Blätter, Frankfurt/M., Nr. 2/1973, S. 23.

Bundesrepublik. Mehr denn je ist die Realität des gesellschaftlichen Lebens im staatsmonopolistischen System dieses Landes gekennzeichnet durch den „täglichen Klassenkampf“, durch den täglichen Kampf der Klassen vor allem im Betrieb, in der Sphäre der materiellen Produktion und der direkten Ausbeutung, im Bereich der Produktion des Mehrwertes.

Nirgends wird täglich deutlicher als im Betrieb, daß Kapitalisten und Arbeiter entgegengesetzte Interessen haben. Aber nicht jeder Arbeiter oder Angestellte erkennt, daß die täglichen Ärgernisse Ausdruck des unversöhnlichen Klassengegensatzes zwischen Arbeit und Kapital sind. „Der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital, zwischen den werktätigen Klassen und Schichten und dem Monopolkapital ist seiner Natur nach auch dann ein Klassenkonflikt, wenn er von den Beteiligten als solcher nicht begriffen wird. Er äußert sich auf der Ebene der Verteilung als Lohnkonflikt, auf der Ebene des Produktionsprozesses als Autoritätskonflikt usw.“⁴⁹

Was ist denn vernünftig?

Die „Sozialpartnerschafts“-Apostel führen die Konflikte zumeist auf menschliche Unzulänglichkeiten zurück, auf „schlechtes Betriebsklima“, u. ä. menschliche Unzulänglichkeiten findet man dann zuerst bei „uneinsichtigen Mitarbeitern“, auch bei „sturen Vorarbeitern oder Meistern“, schließlich beim Management, das nicht auf dem neuesten Stand der „Menschenführung“ ist, oder gar bei „selbstherrlich“ entscheidenden Chefs, ob Direktoren oder Eigentümern, die sich noch verhalten wie „unaufgeklärte Kapitalisten“.

Das alles muß nicht sein, so sagen die Verfechter der „Partnerschafts“-Ideologie, wenn man sich zueinander wie vernünftige Menschen verhält.

Warum aber hakt dann die Vernunft immer wieder aus? Warum wurde das landläufige Wort geprägt „Beim Geld hört die Gemütlichkeit auf?“

Untersucht man den Mangel an Vernunft, dann stößt man auf „zu viel Vernunft“, der Arbeiter hat seine Vernunft und der Chef hat seine Vernunft; aber für den Arbeiter ist das vernünftig, was seinen Lohn und seine Arbeitsbedingungen verbessert; für den

⁴⁹ Mitbestimmung als Kampfaufgabe, a. a. O., S. 40.

Chef ist das vernünftig, was die Lohnkosten niedrig hält und den Profit ansteigen läßt. Mit anderen Worten: Vernünftig handeln kann man nur vom Klassenstandpunkt aus — und da scheiden sich eben die Geister und Interessen.

Was Betriebszeitungen berichten

Da wurde der tägliche Klassenkampf der Rheinstahl-Henschel-Konzernherren gegen die Gesundheit der Arbeiter geführt. Ein Kollege aus dem Lok-Bereich bei Henschel in Kassel:

„Herr Willi Vogel, Bereichsleiter, geht manchmal durch die Hallen. Er gibt den Kollegen die Hand und klopft ihnen auf die Schulter. Aber damit ist den Lackierern und all denen, die die giftigen Dämpfe einatmen müssen, nicht geholfen. Es muß eine verbesserte Spritzkabine her. Die jetzige ist ein richtiger Affenstall. Mit unserer Gesundheit wird gespielt. Ob im Panzerbau, Maschinen- oder Lok-Bau, die Rheinstahl-Herren versuchen, die Forderungen der Kollegen auf die lange Bank zu schieben. Mit dem Betriebsrat zusammen müssen wir die sofortige Abstellung der Übel fordern. Denn Arbeitergesundheit geht vor Profitinteresse.“⁵⁰ Um die Gesundheit ging es auch den Teves-Herren, deren Frankfurter Betrieb zu dem amerikanischen Super-Konzern International Telephone & Telegraph Corporation (ITT) gehört:

„Eine erneute ungeheure Provokation hat sich die Geschäftsführung der ITT-Teves geleistet. Wer es nicht selbst gelesen hat, der wird es kaum glauben: Der Herr Seiter läßt an Belegschaftsmitglieder Briefe verschicken, nach denen die Kolleginnen und Kollegen sich ihr Leben so einrichten sollen, daß sie nicht mehr krank werden! Das ist doch schon eine bodenlose Frechheit. Als ob wir auf Bestellung krank oder gesund sein könnten. Derselbe Herr Seiter hat auf einem Management-Seminar die leitenden Angestellten aufgefordert, den ‚Ausschuß‘ unter der Belegschaft auszuwählen. Gemeint hat Herr Seiter die Kollegen, die ihm zu oft krank sind. Dabei interessieren ihn natürlich nicht die Gründe, warum einer krank ist. Hauptsache der Profit für die ITT-Aktio-

⁵⁰ Der Werker, Betriebszeitung der DKP bei Rheinstahl-Henschel, 12/1972.

näre stimmt.“⁵¹ (Seiter ist Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen ITT-Industries GmbH.)

Was einem Werksfahrer im selben deutschen Zweigbetrieb des amerikanischen Großkonzerns passieren kann, das zeigte sich kurz vor Weihnachten 1972: Der Kollege mußte als Bote der Unternehmensleitung deren Repräsentationsgeschenke — Tisch- und Taschenfeuerzeuge — an die Empfänger bringen. Er vergaß sich dabei und nahm sich auch ein solches Feuerzeug. Das kam dem Werkschutz zu Ohren. Und der handelte so, als sei der US-Konzern ein Staat im Staate, mit eigenen staatsanwaltlichen und polizeilichen Befugnissen: Er führte eine Haussuchung in der Wohnung des Kollegen durch. Tatsächlich fanden sie, was sie suchten. Der Kollege wurde fristlos entlassen. Und das vor Weihnachten. Zu Hause hat er eine Frau und vier Kinder . . .

Die Betriebszeitung der DKP schrieb dazu: „Wir wollen den Diebstahl nicht verniedlichen. Aber sollten wir nicht einmal daran denken, wieviel Millionen DM Jahr für Jahr von ‚Gangstern in Glacé-Handschuhen‘ ins Ausland geschafft werden, um Steuern zu sparen, und damit Staat und Bevölkerung betrügen? Solche Leute werden dann als ‚geschickte Unternehmer‘ bezeichnet. Davon abgesehen: Wir möchten nicht wissen, wie viele Gegenstände von ITT-Teves bei den Herren Seiter, Schaarschmidt, Koch (von der Unternehmensleitung) zu finden sind . . .“⁵²

Staat im Staate praktizierte man auch in der Formen- und Maschinenfabrik Limmer. Dort wurde ein Kollege zu seinem Hauptabteilungsleiter gerufen und ihm eröffnet, daß zwei an ihn adressierte Briefe in der Botenmeisterei abgefangen worden seien, weil man den Verdacht habe, daß in diesen Briefen „den Betriebsfrieden störendes Material“ sei: „Der Kollege wurde angehalten, seine Einwilligung zum unverzüglichen Öffnen der Briefe zu geben. Dazu hatte man einen Vertreter der Rechtsabteilung, den Betriebsratsvorsitzenden und eine Schere herbeigeschafft. Ritsch, ratsch waren die Briefe geöffnet und lagen vor den Betriebsfriedensschützern. Der Inhalt: die Satzung für einen Motorsportverein . . . Die Reaktion der Vertrauensleute der Formen- und Ma-

51 Impuls, Betriebszeitung der DKP für Frankfurter Metallbetriebe, 1/1973.

52 Ebenda.

schinenfabrik erfolgte umgehend durch eine Protestentschließung.“⁵³

Der Vorstandsvorsitzende ging selbst durch den Betrieb

Antreiberei gehört zu den täglichen Kampfmitteln des Kapitals zur Erzielung noch höheren Profits: „Da werden der Betriebsrat und die Vertrauensleute von der (WV-)Betriebsleitung unter Druck gesetzt, sie sollten mit für die ‚volle Ausnutzung der Arbeitszeit‘ sorgen. Angeblich hätte (der Vorsitzende des Vorstandes der Volkswagenwerk AG) Leiding bei Rundgängen im Betrieb festgestellt, daß die Maschinen zu früh abgestellt werden. Uns hat er nicht in die Augen gesehen, sonst hätte er vielleicht bemerkt, wie abgespannt, wie ausgepowert wir zum Feierabend sind. Jeder, der einmal am Band geschafft oder überhaupt Akkord gearbeitet hat, weiß, daß da früh richtig rangeklotzt werden muß, damit eine Sicherheit vorgearbeitet wird, falls es einmal nicht läuft. Dabei punktet man sich so aus, daß man gegen Feierabend einfach so runtergewirtschaftet ist, daß die Leistung abfällt . . . Gehört diese verstärkte Antreiberei zum Programm der ‚Gesundschumpfung‘ für die Dividende der Aktionäre, die wir mit unserer Gesundheit, dem Arbeitsplatzverlust und frühem Tod bezahlen sollen?“⁵⁴

Ihre unumschränkte Klassenherrschaft stellen die Kapitalisten immer wieder durch Entlassungen unter Beweis. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht in irgendeinem Konzern der Bundesrepublik Arbeiter über Nacht ihren Arbeitsplatz verlieren:

„Im neuen Jahr haben 100 der 4000 Beschäftigten des Pforzheimer Betriebs des Standard-Electric-Lorenz-Konzerns ihren Arbeitsplatz durch kurz vor Weihnachten ausgesprochene Kündigungen verloren. Und das, obwohl es sich um meistens geringer qualifizierte Kollegen handelte, die leicht hätten umgesetzt werden können. Und obwohl bis heute z. B. in der Lagerhaltung Überstunden gefordert und geleistet werden. Unter den Entlassenen sind eine ganze Reihe von Kollegen, die 20 und mehr Jahre bei SEL arbeiteten. Einige von ihnen waren bis zu ihrer Kündi-

53 Roter Reifen, Betriebszeitung der DKP-Betriebsgruppe Conti, März 1973.

54 Roter Käfer, Betriebszeitung der DKP für die VW-Arbeiter, Nr. 5/1973.

gung überzeugt, auf Grund ihres Fleißes und ihrer Betriebstreue werde die Geschäftsleitung ihnen auf jeden Fall das halbe oder ganze Jahrzehnt bis zur Altersgrenze die Treue halten.

Ein der CDU angehörender ‚Arbeitnehmervertreter‘ bezeichnete die Entlassungen als ‚außerordentlich human‘, weil man den Kollegen in der Weihnachtswoche den ihnen noch zustehenden Resturlaub aufzwang . . .“⁵⁵

Mit der Drohung, den Arbeitsplatz zu verlieren, üben die Unternehmer ständig Druck aus, um höhere Leistungen aus den Arbeitern herauszupressen.

In der Gerresheimer Glashütte wurde die Belegschaft in der Vergangenheit im Jahresdurchschnitt um fünf Prozent verringert: „Man hat geglaubt, Jahr für Jahr die Produktion ausweiten zu können, mit weniger Kollegen mehr zu produzieren und nicht nur durch bessere Maschinen, sondern durch ständig verstärkte Antriebung. ‚Wenn Sie das nicht können, dann suchen Sie sich einen anderen Arbeitsplatz‘ — das ist ein Satz, den fast jeder auf der Gerresheimer Hütte kennt . . .“⁵⁶

Das Kapital geht über Leichen

„Sieben Jahre lang war Heinz Wardin bei HDW (Howaldtswerke — Deutsche Werft) beschäftigt. Nach der Nachtschicht brach der 32jährige Spritzer vor seiner Haustür tot zusammen. Genaue Todesursache unbekannt. Man kann sie sich denken, wenn man die Arbeitsbedingungen dieses Arbeiters in einem extrem gesundheitsgefährdenden Betrieb betrachtet. Sein Name stand auf der langen Entlassungsliste. Die Drohung ‚Wenn Sie nicht . . .‘ war auch ihm übermittelt worden. Aus Furcht, daß es ernst damit wird, schleppte er sich zur Arbeit, auch als er längst in die Behandlung eines Arztes gehört hätte. So hat er es selbst seinen Arbeitskollegen erzählt. Sich krank zu melden, traute er sich nicht mehr. Bis es zu spät war.“⁵⁷

An Lehrlingen, Frauen und ausländischen Arbeitern wird doppelte und dreifache Ausbeutung praktiziert, statt gegenüber „so-

55 Unsere Zeit, Nr. 8/1973.

56 Flaschenpost, DKP-Betriebszeitung für die Belegschaft der Gerresheimer Glashütte.

57 Unsere Zeit, Nr. 3/1973.

zial Schwachen“ besondere Rücksichtnahme und Fürsorge zu üben, wie es unter Partnern selbstverständlich wäre:

„In großen Anzeigen wirbt Daimler-Benz jetzt wieder um Lehrlinge. Dabei protzt der Konzern mit seiner ‚Verantwortung für die Auszubildenden‘. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus: Ein Teil der Auszubildenden, die jetzt ihre Lehre beenden, werden nicht in ihrem erlernten Beruf angestellt, sondern auf andere Arbeitsplätze abgeschoben. Werkzeugmacherlehrlinge sollen nach ihrer Ausbildung in anderen Berufen arbeiten . . . Die betroffenen Lehrlinge aber stellen zusammen mit ihren Eltern die Frage: ‚Warum werden immer mehr Werkzeugmacherlehrlinge ausgebildet, als tatsächlich jedes Jahr benötigt werden?‘ Nutzt der Konzern die Lehrlinge nur als billige Arbeitskräfte aus, um sie dann später verantwortungslos in irgendeine Lücke zu stoßen?“⁵⁸

„Bei uns beklagen sich Lehrlinge immer häufiger über Schmalspurausbildung. Hier ein Beispiel: Im Widerspruch zu den gestiegenen Anforderungen an einen Laboranten ist die Ausbildung im Lehlaboratorium drastisch gekürzt worden. Im Ausbildungsvertrag aus dem Jahre 1970 waren 222 Ausbildungstage im Lehlabor vorgesehen. Tatsächlich werden aber nur 133 Lehrtage im Lehlabor erreicht. Dadurch erhöhten sich die vorgesehenen Arbeitstage im Betrieb von 450 auf 539 Tage. Die Ausbildungszeit im Lehlaboratorium wurde also um mehr als ein Drittel gekürzt. Warum dies geschehen ist, dürfte so zu erklären sein, daß Bayer ein größeres Interesse daran hat, aus den Lehrlingen Profit zu schlagen, als ihnen eine gediegene Ausbildung zu gewährleisten.“⁵⁹

Richtige Antworten von „unten“

Die Kampfmittel der Konzernherren gegen die Arbeiter und Angestellten sind vielfältig. „In Werkhallen und Büros, in Betriebs- und Unternehmensleitungen, in Arbeitsgerichtssälen, Redaktionskonferenzen, Aufsichtsratssitzungen, Versammlungen und anderswo wird er täglich geführt . . . Dieser verdeckte oder offene Kampf wird nach alter Erfahrung aktiv vor allem von den Arbeitgebern und ihren Vertretern geführt. Herabsetzung von Akkord-

58 Unser Stern, Betriebszeitung der DKP für Daimler-Benz, Düsseldorf.

59 Die Pille, Betriebszeitung der DKP für die Bayer-Belegschaft.

sätzen, Einführung neuer Arbeitsbewertungssysteme, den Arbeitnehmer benachteiligende Veränderungen der Produktionsmethoden, Preiserhöhungen, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen oder der Produktqualität, Kapitalflucht oder Investitionsstreik sind einige der möglichen Kampfmaßnahmen des Kapitals zur Durchsetzung von Profitinteressen im Betrieb und in der Produktion.“⁶⁰ So Hans Matthöfer, heute Staatssekretär in einem Bonner Ministerium, als er noch im Vorstand der IG Metall tätig war.

Wie die Klassenauseinandersetzungen der letzten Jahre zeigten, ging auch die Arbeiterschaft dazu über, den Klassenkampf „von oben“ mit verstärkten Aktionen „von unten“ zu beantworten. Und das eben nicht nur in den großen gewerkschaftlichen Tarifauseinandersetzungen oder in den oft über Tage oder Wochen gehenden spontanen Streiks in einzelnen Konzernbetrieben. Auch in kleinen Betrieben oder in einzelnen Abteilungen großer Werke leisteten die Arbeiter und Angestellten mit kurzen Protest- oder Warnstreiks heftigen Widerstand gegen die Angriffe des Kapitals:

„In der ersten Dezember-Woche kam es zu einer Arbeitsniederlegung in der Endkontrolle der Helia-Abteilung. Den Kollegen sollten wieder einmal Minuten abgezwaht werden. Am 4. Dezember versuchte dies der Refa-Mann zum ersten Male mit dem Resultat, daß die Kollegen für 45 Minuten die Arbeit niederlegten. Zu einem weiteren Streik von 60 Minuten kam es dann am 6. Dezember. Der Abteilungsbetriebsrat der Helia-Abteilung solidarisierte sich sofort mit den berechtigten Forderungen der Kollegen. Die Betriebsleitung behauptete nun, sie habe von der Zeitabnahme nichts gewußt. Wir glauben der Betriebsleitung das nicht. Ganz im Gegenteil. Da der Betriebsrat über diese Zeitabnahme nicht informiert wurde, müssen wir daraus schließen, daß die Betriebsleitung versucht, hinter dem Rücken des Betriebsrates Akkorde zu verändern.“⁶¹

*

„Am Freitag, dem 4. 11. 1972, wurde in allen Werken des Klöckner-Humboldt-Deutz-Konzerns gestreikt. So auch in Oberursel.

60 Hans Matthöfer, Streiks und streikähnliche Formen des Kampfes der Arbeitnehmer im Kapitalismus, in: Zur Theorie und Praxis des Streiks, Frankfurt am Main 1971, S. 160.

61 DKP-Tribüne, Betriebszeitung der DKP für die Beschäftigten der Fa. Freudenberg, Weinheim.

Der Grund: Die Konzernleitung wollte das Weihnachtsgeld von 40 Prozent auf 30 Prozent kürzen. Der Streik zwang die Geschäftsführung, die Verhandlungen mit dem Gesamtbetriebsrat aufzunehmen. Das Ergebnis war jedoch mager und entsprach nicht den Vorstellungen der Kollegen. Sie traten am 7. 11. erneut in den Streik. Das endgültige Ergebnis: 36 Prozent vom Bruttomonatsverdienst, 60 DM für ledige und 70 DM für verheiratete Kollegen und ein Dienstzeitzuschlag von 5,— DM pro Jahr für Kollegen, die länger als fünf Jahre bei KHD beschäftigt sind . . . Unsere Kollegen in Oberursel haben uns gezeigt, welche Sprache die Bosse verstehen. Ihr Erfolg hat bewiesen: Gemeinsam können wir die Übergriffe der Konzernherren auf unsere Lohntüte zurückweisen. Diese Erfahrungen müssen wir bei den kommenden Tarifaueinandersetzungen im Auge behalten.“⁶²

*

„Das schlug bei den Herren Direktoren der Daimler-Benz AG, Werk Sindelfingen, wie eine Bombe ein. Die Kollegen am Band der Fertigmontage legten während der Frühschicht die Arbeit nieder. Die Spätschicht setzte den Streik fort . . . Dabei galt gerade das Sindelfinger Werk mit seinen 32 000 Beschäftigten als besonders ‚friedlich‘ im Sinne der ‚Sozialpartnerschaft‘. Warum haben die Kollegen gestreikt?

Überstürzt wurde die analytische Arbeitsplatzbewertung eingeführt. Der Betriebsrat drängte auf eine Überprüfung, da viele Kollegen Lohn einbußen hinnehmen mußten, weil sie zu niedrig eingestuft waren . . . Als die Stopper erneut die Vorgabezeiten überprüften, um die geforderte Leistung an den Bändern noch höher zu schrauben, lief das Faß über.

Das Band stand und brachte die Herren Direktoren an den Verhandlungstisch. Plötzlich hatten sie Zeit für die Kollegen und den Betriebsrat. In Verhandlungen, die sich über eine Nacht hinzogen, wurde dem Betriebsrat eine Überprüfung der Arbeitsplatzbewertung zugesichert. Für die am ärgsten unterbewerteten Kollegen wurde eine sofortige Lohnerhöhung um 20 Pfennig je Stunde erstreikt.“⁶³

62 Rotes Werks-Echo, Betriebszeitung der DKP für die Werke im Bad Homburger Industriegebiet, 12/1972.

63 Unsere Zeit, Nr. 2/1973.

In der Schule des Klassenkampfes

Die täglichen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit in den Betrieben und Unternehmen der Konzerne waren auch in den letzten Jahren die wichtigste Schule des Klassenkampfes. Hier sammelten die Arbeiter und Angestellten ihre eigenen Kampferfahrungen, hier lernten sie den Klassenfeind kennen, hier zerplatzten viele Illusionen über Partnerschaft, hier wirkten die Realitäten des Klassengegensatzes durchschlagender als das „Sozialpartnerschafts“-Gerede.

„Von der Sozialpartnerschaft haben die Unternehmer natürlich immer geredet, aber die Kollegen lachen darüber. Es gibt natürlich einige, die sagen, jawohl, es muß Eigentum gebildet werden, und wenn die Kollegen Eigentum haben, dann können sie Kleinaktien haben, und dann kommen sie weiter usw., dann kehrt endlich mal Ruhe und Frieden ein. Aber dem größten Teil der Belegschaft, dem kommt es lächerlich vor: die Kleinaktien und Sozialpartnerschaft . . .“⁶⁴

So äußerte sich ein Arbeiter aus dem Mannheimer Zweigwerk eines großen westdeutschen Automobilkonzerns, aus einer Belegschaft, die schon viele betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe bestritt. Sowohl in den gewerkschaftlichen Lohnbewegungen als auch in politischen Kämpfen, zum Beispiel gegen die Remilitarisierung, gegen die Notstandsgesetzgebung und gegen die neofaschistische NPD, waren die Arbeiter und Angestellten dieses Betriebes immer die ersten, die aktiv wurden. Ein anderer Arbeiter aus diesem Betrieb sagte: „Die Frage der Sozialpartnerschaft steht für die Kollegen wahrscheinlich gar nicht, weil sie sich nichts davon versprechen, für sie steht die Frage der Einflußmöglichkeit von unter her.“ Ein gewerkschaftlicher Vertrauensmann aus diesem Betrieb sagte: „Da erhalten wir Weihnachten einen Brief, da steht drin ‚liebe Mitarbeiter‘. Das ist doch Schwindel, wir sind doch gar keine Mitarbeiter von denen da oben. Wir sind Arbeitstiere, die denen da oben das Geld verdienen, und wir haben an dem Gewinn nur einen ganz geringen Anteil.“ Ein anderer gewerkschaftlicher Vertrauensmann: „Partnerschaft gibt es in dem System nicht. Darüber brauchen wir gar nicht mehr diskutieren.“

64 Arbeiter des Mannheimer Zweigwerkes eines westdeutschen Automobilkonzerns, zitiert in: Mitbestimmung als Kampfaufgabe, a. a. O., S. 274.

Es ist müßig, in dem kapitalistischen System von Partnerschaft zu sprechen, wenn der eine Geld verdienen will und der andere soll schaffen.“ Ein sozialdemokratischer Vertrauensmann aus demselben Betrieb: „Ich glaube, daß die Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital immer gegensätzlich sind. Beide haben ja entgegengesetzte Interessen, eine Partnerschaft ist hier für mich nicht drin.“⁶⁵

Unterschiedliche Bewußtseinsentwicklung

Das Kampfbewußtsein entwickelte und entwickelt sich allerdings nicht gleichmäßig, flächenmäßig in allen Betrieben und in allen Teilen des Landes. „Alten“ Arbeiterzentren stehen „junge“ gegenüber; Städten mit einer traditionellen Arbeiterbewegung stehen solche gegenüber, die sich erst in den letzten 50 Jahren oder in noch kürzerer Zeit entwickelten; was früher eine vorwiegend Ackerbaugemeinde war, kann inzwischen zu einer Arbeiterwohngemeinde geworden sein; religiöse Bindungen waren bis in jüngste Zeit von besonderer Bedeutung; der Einfluß der politischen Parteien wirkte sich aus — und insgesamt natürlich die ökonomische und politische „Großwetterlage“.

Im Gegensatz zu den Arbeitern aus dem Mannheimer Autounternehmen, die durchweg die „Partnerschafts“-Ideologie ablehnten, reagierten Arbeiter aus dem Hauptwerk eines großen Chemiekonzerns in der Nachbarstadt Ludwigshafen auf die gleiche Fragestellung anders. Ein Arbeiter dieses Betriebes sagte: „Also, ich meine, der Gegensatz ist nicht so groß, daß es kein Nebeneinander gäbe . . . das wäre sogar das Günstigste für die Arbeiter, auch für das Werk wäre es besser, wenn es ein Nebeneinander gäbe . . . Die Arbeitgeber müßten doch ein bißchen zurückstecken, insofern, daß sie eben mehr zustimmen würden für die Arbeiter, ich will nicht sagen mehr Freiheit, aber doch, daß die Demokratie nicht vor dem Tor aufhört . . . Und die Arbeiter selbst dürfen auch sagen, die Gewerkschaft sollte sich mehr um die sozialen Sachen, um die Löhne kümmern, als daß sie sich mehr in die Politik reinhängt.“⁶⁶

In diesem Betrieb fand der letzte große Streik (vor den hier zitierten Meinungsäußerungen) im Jahre 1924 statt. Damals gab es

65 Ebenda, S. 273/281.

66 Ebenda, S. 283.

Massendemonstrationen und Aussperrungen. Wie heute stand auch damals der Staatsapparat auf der Seite der Unternehmer. Polizei griff ein und schoß, Fünf streikende Arbeiter wurden erschossen und 40 verletzt! Diese damalige Klassenkampffraktion endete mit einer blutigen Niederlage der Belegschaft. Bis in die jüngste Zeit wirkten diese Ereignisse im Bewußtsein der Belegschaft nach, obwohl heute nur noch Rentner leben, die damals dabeiwaren.

Ein anderer Arbeiter aus dieser Belegschaft: „Ich bin dieser Meinung, wenn die Werksleitung, die Direktion, mit der Belegschaft übereinkommen könnte, auf ruhiger Basis, ohne Kampf, Dinge aus der Welt zu schaffen, dann wäre das günstiger.“

Ein weiterer Arbeiter: „Ich will mal sagen, die Interessen sind ja verschieden. Ein partnerschaftliches Verhältnis setzt ja einen Willen voraus, und wenn der Wille da ist, dann kann es das ja geben.“

Neben diesen Auffassungen äußerten Arbeiter aus dem großen Chemiekonzern auch skeptischere Meinungen: „Also von mir aus gesehen, Partnerschaft zwischen Arbeitern und Unternehmer. Aber ob die uns an den Pott ranlassen, damit wir reinschauen können, das weiß ich nicht.“ Und ein anderer: „In der Belegschaft hat man die Erfahrung gemacht, daß das nicht ohne weiteres freiwillig geht. Ja, man muß ja irgendwie Druck ausüben, wer gibt schon heute freiwillig etwas her?“⁶⁷

Entsprechend diesen Einsichten handelten denn auch die Arbeiter und Angestellten der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik im Mai 1973. Jene, die noch gemeint hatten, die „Arbeitgeber müßten doch bereit sein, etwas zurückzustecken“, hatten in der Zwischenzeit auch gelernt. Sie hatten erfahren, daß im Jahre 1967 beispielsweise der Erhöhung ihrer Monatseinkommen um 17 DM eine Erhöhung der monatlichen Vorstandsbezüge um 480 DM gegenüberstand; sie hatten inzwischen erleben müssen, daß zu einer Zeit, da ein Chemiewerker mit Fachausbildung ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 14 000 DM und ein Chemiewerker ohne Fachausbildung ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 12 000 DM erzielte, die Vorstandsmitglieder der westdeutschen Chemiegesellschaften auf Jahresgehälter von durchschnittlich

67 Ebenda, S. 284.

234 650 DM, 57 von ihnen sogar auf mehr als 250 000 DM kamen, bei der BASF auf genau 328 300 DM!⁶⁸

Als nunmehr 1973 wieder die Tarifverträge abgelaufen waren und die Herren der Chemiekonzerne nicht „etwas zurückstecken“ wollten, legten im Werkteil Oppau 3000 Arbeiter und Angestellte die Arbeit nieder, demonstrierten zum Werkteil Süd und vereinigten sich dort mit 15 000 weiteren Kollegen zu einem mehrstündigen Warn- und Proteststreik. Erstmals wieder seit nahezu 50 Jahren redeten die „Aniliner“ nicht mehr in der Sprache der „Sozialpartnerschaft“, sondern in der des Klassenkampfes. Gleich ihnen sollten dies im Jahre 1973 noch viele andere Belegschaften tun.

68 Zahlen. Vgl.: Hermann Marcus, Wer verdient schon, was er verdient?, Düsseldorf 1969, S. 36 ff.

Aus der Klassenkampf-Geschichte der Bundesrepublik

Es gab einmal einen Bundesinnenminister in Bonn namens Lücke, Mitglied der CDU, der die Notstandsgesetze mit kommenden Zeiten rechtfertigte, wo die „Sonne der Konjunktur“ nicht mehr scheine. Und es gab einmal eine Zeit in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik, da schien diese „Sonne der Konjunktur“ ungetrübt. Im Gegensatz zu den Jahren 1972/73, da bei Umsatzsteigerungen und schnellen Profiterhöhungen die inflationistische Entwicklung die Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten trotz tariflicher Lohnerhöhungen verringerte, gab es Jahre, in welchen es den Wortführern des Kapitalismus leichtfiel, das Wort von der „Wohlstandsgesellschaft“ zu prägen und mit Erfolg für die Stabilisierung ihres Systems zu benutzen. Der damalige Wirtschaftsminister der CDU/CSU, Erhard, erhielt den Namen „Wohlstands-Professor“. Im Ausland sprach man vom westdeutschen „Wirtschaftswunder“. In diesen Jahren — 1949, 1950, 1952 und 1953 — gab es kaum irgendwelche nennenswerten Streikaktionen. In den Jahren 1959, 1960, 1961, 1964 und 1965 war — nach Untersuchungen von Prof. Jürgen Kuczynski, dem bekannten Wirtschaftswissenschaftler der DDR — die Zahl der Streikenden in der Bundesrepublik geringer als in einzelnen Jahren des Faschismus. „Eine so geringe Streiktätigkeit unter Verhältnissen relativ so geringer Gewaltanwendung gegen Streikende, unter Wirtschaftsverhältnissen, in denen die Arbeitslosigkeit so relativ gering war, hatte es in der Geschichte weder des imperialistischen noch des vormonopolistischen Deutschlands gegeben.“¹

Die Arbeiterklasse konnte spürbare Erhöhungen der Realeinkommen verzeichnen. Schon 1949 waren die Reallöhne der Industrie-

1 Jürgen Kuczynski, Klassen und Klassenkämpfe im imperialistischen Deutschland und in der BRD, a. a. O., S. 549.

arbeiter um mehr als 20 Prozent höher als zwei Jahre zuvor. Erstmals seit den Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegsjahren konnte man sich wieder sattessen. Kleidung und Hausrat in schnell wachsender technischer Perfektion wurden angeboten, die Motorisierung begann mit dem Motorrad und ging schnell über zum „eigenen Wagen“, die Kühlschrankschrank-Welle begann zu rollen und bald darauf die Fernsehwellen, mehr Arbeiter und Angestellte konnten in Urlaub fahren, weiter und länger . . .

Und das nach einem nur kurzen Zeitraum zwischen tiefster Not, fürchterlicher Zerstörungen und ständiger Lebensbedrohung. Und nach einer Entwicklung der Reallöhne, die — 100 gesetzt für das Jahr 1938 — im Jahre 1947 bei 58 Punkten ihren niedrigsten Stand erreichten und 1949 erst wieder auf 71 Punkte kletterten. Ab 1949 stiegen die Reallöhne noch beachtlicher:²

Jahr	Index
1949	100
1950	112
1951	116
1952	122
1953	132
1954	135
1955	139
1956	140

So brüsteten sich das westdeutsche Großkapital und seine politischen Beauftragten denn auch, mit dem Wirtschaftswachstum der Restaurationsperiode monopolkapitalistischer Herrschaft eine „Jahrhundertleistung“ vollbracht zu haben. Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im 7. Bundestag, Dregger, erklärte während eines Geheimtreffens, auf dem er im Oktober 1970 im Frankfurter Haus Louisa des Bankiers von Bethmann gemeinsam mit Spitzenvertretern der Großbanken und Großindustrie über den möglichen Sturz der SPD/FDP-Bundesregierung beriet, wörtlich:

„Unsere Wirtschaftsordnung, die soziale Marktwirtschaft, verbindet das Leistungs- und Wettbewerbsprinzip mit der sozialen Verpflichtung der die Wirtschaft tragenden Kräfte. Dieser Wirtschaftsordnung nach dem zweiten Weltkrieg in einer für die Welt

² Die folgenden Zahlen ebenda, S. 542.

beispielhaften Weise zum Durchbruch verholfen zu haben, war wohl die grundlegendste Reform dieses Jahrhunderts . . .“³

Daß im selben Jahr 1970, da die CDU/CSU-Vertreter solch bombastisches Eigenlob verkündeten, ein offizieller Sozialbericht der Bundesregierung erschien, in dem es hieß, „daß sowohl 1935 als auch 25 Jahre danach auf 0,1 Prozent der privaten Haushalte 14 Prozent des Gesamtvermögens fiel, 1,7 Prozent der privaten Haushalte besaßen 1960 ca. 35 Prozent des Gesamtvermögens aller privaten Haushalte und 70 Prozent des produktiv genutzten Vermögens . . .“⁴, das verschwiegen die Herren. Und sie verschwiegen, daß im Jahre 1969 mehr als 80 Prozent aller Industriearbeiter ein Nettoeinkommen bis lediglich 800,— DM erreichten, ebenso 55,9 Prozent aller Angestellten und 22,8 Prozent aller Beamten.

Vergleichspunkt: die größte Not

Indes: Die in diesen Zahlen zum Ausdruck kommende unverschämteste Ausbeutung, die skandalöseste Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung sowie die höchste Profiterzielung aller Zeiten wurde der Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten über viele Jahre hinweg nicht bewußt. Es lag auf der Hand, daß sie ihre gegenwärtige Situation immer wieder verglichen mit der ihrer größten Not in den Jahren 1945/46. Zwanzig Jahre später, 1966, hatten die Arbeiter einen materiellen Komfort wie noch niemals zuvor.⁵ Im Entwicklungsbild der Reallöhne für den Zeitraum 1945 bis 1966 sah das so aus:⁶

Jahr	Index
1945 bis 1947	etwa 60
1948 bis 1950	76
1951 bis 1956	93
1956 bis 1961	111
1962 bis 1966	145

Erst als 1966/67 — übrigens unter der Kanzlerschaft des „Wirtschaftswunder-Professors“ Ludwig Erhard (CDU/CSU) — die

3 Zitiert in: Ein Kanzler-Kandidat des Großkapitals — Dregger, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1971, S. 81.

4 Sozialbericht der Bundesregierung 1970.

5 Jürgen Kuczynski, Klassen und Klassenkämpfe . . . , a. a. O., S. 550.

6 Ebenda.

schon lange befürchtete Rezession Wirklichkeit wurde, erst als ein Wirtschaftsrückgang einsetzte, dann eine Wirtschaftskrise über das Land zog, fiel es Hunderttausenden wie Schuppen von den Augen. Obwohl diese Krise nicht lange anhielt, bewirkte allein ihr Erscheinen einen tiefen Schock und das Nachdenken über die eigene Situation als Arbeiter und Angestellter, als Lohnabhängiger.

Während bis dahin die eigene Lebenssituation, der eigene Lebensstandard vorwiegend immer nur mit dem eigenen „Nullpunkt“ der Jahre 1945/46 verglichen worden war, drängten sich jetzt sichtbar und handgreiflich neue Vergleiche auf, vor allem der zwischen der eigenen ökonomischen Unsicherheit und den Einkommensverlusten, verursacht durch die Rezession, und der Lage der Kapitaleigentümer, die trotz Wirtschaftskrise mit Riesengewinnen die bis dahin angesammelten Riesenvermögen weiter schnell vergrößern konnten.

Während sich die Profite zwischen 1966 und 1967 um 15,2 Prozent erhöhten, sanken die Löhne um 2,1 Prozent. Hatten die Gesundheitsbetreiber des Kapitalismus bis zu diesem Zeitpunkt behauptet, die größte Errungenschaft der „sozialen Marktwirtschaft“ sei die endgültige Überwindung der Arbeitslosigkeit, so mußten 1966/67 mehr als eine Million Arbeiter und Angestellte, die ihre Arbeitsstelle verloren oder kurzarbeiten mußten, erstmals die eigene Erfahrung machen, daß der Kapitalismus das elementare Recht auf Arbeit nicht garantieren kann. Das Märchen vom Wirtschaftswunder in der Bundesrepublik platzte endgültig.

Von diesem Zeitpunkt an entwickelte sich in der Arbeiterklasse wieder stärker Klassenbewußtsein, das bis dahin betäubt und mehr und mehr eingeschläfert worden war. Wer konnte denn unter der Masse der Arbeiter und Angestellten bis zum Jahre 1966 auf den Gedanken kommen, sich im härtesten Klassenkampf Lohnerhöhungen erkämpfen zu müssen, wenn über viele Jahre hinweg Lohn- und Gehaltserhöhungen durch friedliche Verhandlungen zustande kamen? Die „Sozialpartner“ brauchten sich nur zusammzusetzen, einige Stunden „vernünftig“ miteinander zu sprechen, und schon war wieder mehr in der Lohntüte drin. Auf diesem Boden wuchs die „Sozialpartnerschafts“-Ideologie.

Die „Vernunft“ des Großkapitals bestand allerdings darin, der Arbeiterklasse ökonomische Zugeständnisse zu machen, um sie

politisch um so fester in den Griff zu bekommen. Denn in der ersten Zeit nach der Zerschlagung des Faschismus war es absolut nicht sicher, ob das schuldbeladene Monopolkapital jemals wieder würde seine Herrschaft errichten können. Die übergroße Mehrheit aller Deutschen — in West und Ost — war sich darin einig, die wahren Schuldigen an Krieg und Faschismus in den Reihen des Großkapitals zu finden und zu bestrafen. Große Mehrheiten der Wähler forderten in Volksabstimmungen sowohl in den Ländern der westlichen Besatzungszone als auch in der damaligen sowjetischen Besatzungszone die Enteignung der großkapitalistischen Kriegsverbrecher und Rüstungsgewinnler sowie die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum.

In der damaligen sowjetischen Besatzungszone realisierte sich der Volkswille: exakt das wurde durchgeführt, was die Mehrheit der Wähler gefordert hatte. Der Betrug am Wähler, der in den Westzonen begangen wurde, wurde nicht nur durch Lohnzugeständnisse und Konsumverlockungen verschleiert, sondern gleichermaßen umgewandelt in eine Tugend des Kapitalismus. Durch eine antikommunistische Offensive sondergleichen an der politischen und ideologischen Front des Klassenkampfes wurde eine öffentliche Meinung produziert, wonach gar nichts Besseres hätte geschehen können, als die Restaurierung der alten Besitz- und Machtverhältnisse. Ökonomische Zugeständnisse bei gleichzeitig zügellosestem Antikommunismus desorientierten die überwältigende Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung in der entstehenden Bundesrepublik.

Der Antikommunismus wurde Staatsdoktrin, Außen- und Innenpolitik der imperialistischen Globalstrategie zur Überwindung des sozialistischen Weltsystems eingeordnet, die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion zu Todfeinden erklärt, die Kommunistische Partei Deutschlands verboten, Tausende Menschen unter Justiz- und Polizeiverfolgung gestellt oder in Gefängnisse und Zuchthäuser geworfen, eine neue „Wehrmacht“ aufgestellt und ihre Atombewaffnung betrieben . . .

Die große Forderung: Gemeineigentum

Die herrschende Klasse mußte diese kombinierten Mittel des „Wohlstandes“ und der Unterdrückung einsetzen, weil die Arbeiterklasse nach 1945 nicht nur mit Stimmzetteln deutlich gemacht

hatte, was sie wollte, sondern mit härtesten Klassenkampfaktionen, mit ökonomischen und politischen Streiks und Demonstrationen. 1947 demonstrierten 80 000 Arbeiter durch Düsseldorf mit Losungen für die „Überführung der Konzerne in die Hand des Volkes“ und die „Durchführung der Bodenreform“. 1947 führten die Bergarbeiter des Ruhrgebiets einen 24stündigen Streik durch mit der Forderung, endlich die Konzernherren zu entmachten. In vielen anderen Städten streikten Metallarbeiter und Bauarbeiter. 1948 kam es zu zahlreichen großen Streiks und am 12. November 1948 zu einem eintägigen Generalstreik, an dem sich acht bis zehn Millionen Arbeiter und Angestellte beteiligten. Zu den wichtigsten Forderungen der Streikenden gehörten die nach Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum sowie nach Demokratisierung und Planung der Wirtschaft.

Solche Massenstreiks wurden in den folgenden Jahren nicht mehr geführt. In den acht Jahren von 1950 bis 1958 streikten lediglich 153 000 Arbeiter und Angestellte, in den sechs folgenden Jahren, bis 1965, sogar nur 74 000.⁷

In den Jahren des sozialen „Burgfriedens“ schossen Theorie und Praxis der „Sozialpartnerschaft“ üppig ins Kraut. Das Großkapital, seine politischen Parteien, seine Massenmedien und seine beauftragten Wissenschaftler waren voll des Lobes der „braven Arbeiter“ und der „vernünftigen Gewerkschafter“. In alle Welt wurde stolz hinausposaunt, die Bundesrepublik sei das Land mit der geringsten Zahl von Streikenden und Streiktagen, die Bundesrepublik sei das Land mit der größten wirtschaftlichen und politischen Stabilität, in der Bundesrepublik gäbe es keinen Klassenkampf mehr, und was an Konflikten auftauche, könne friedlich und partnerschaftlich gelöst werden.

Daß die kapitalistische Apologetik so argumentierte, verwunderte nicht. Sie verfolgte damit ihr Ziel, die Arbeiterklasse politisch und ideologisch zu entwaffnen. Was die rechtssozialdemokratischen Nachbeter dieser Sprüche aber an zusätzlichem Schaden anrichteten, das gereichte der herrschenden Klasse zu doppeltem Nutzen: das durch die Organisierung des Faschismus und des Hitler-Kriegs unmittelbar nach 1945 bis auf die Knochen diskreditierte Monopolkapital wurde wieder salonfähig gemacht und die Arbeiter-

⁷ Ebenda, S. 542 ff.

klasse in der Periode im Zaum gehalten, da das staatsmonopolistische System sich voll herausbildete.

Lebers „Sozialpartnerschafts“plan

Noch wähnte man sich sicher; noch ging die Arbeiterschaft brav an der Kandare der „Sozialpartnerschafts“-Ideologie; noch stiegen die Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten; noch waren keine „wilden“ Streiks in Sicht, da machte 1963 ein Mann von sich reden, der zehn Jahre später als Bundesverteidigungsminister den höchsten Rüstungsetat aller Zeiten vorlegte: Georg Leber. Dieser Mann entwickelte in jenem Jahr, das auf eine lange Periode der geringsten Streiktätigkeit in der Geschichte des kapitalistischen Deutschlands folgte, einen „Jahrhundertplan“, einen Plan, der endgültig Feuer und Wasser vermischen, endgültig die Unterschiede zwischen Kapital und Arbeit aufheben, endlich den Arbeiter zum gleichberechtigten Partner des Kapitalisten machen sollte.

Leber war damals Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden, gehörte zur Führungsmannschaft der SPD, war enger Vertrauter Willy Brandts, glühender Verfechter der „modernen Ideen“ des Godesberger Programms der SPD, alter antikommunistischer Ladenhüter, die alle marxistischen Erkenntnisse und Traditionen negierten. Der Mann brüstete sich damit, zu den Rechten in der SPD gezählt zu werden, quoll über vor Genugtuung, erstmals in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung auf dem Kongreß einer Gewerkschaft — eben seiner — den Präsidenten der brutalsten imperialistischen Macht, der USA, empfangen zu haben (John F. Kennedy, 1963 in Westberlin). Das große Aufsehen erregte Georg Leber damals, weil er ungeniert und naßforsch, direkt und unverhüllt als offizieller Sprecher von einigen hunderttausend organisierten Arbeitern das auf einem Gewerkschaftskongreß aussprach und programmatisch formulierte, was sich die Herren des großen Geldes schon lange gewünscht hatten: endlich von der Gegenseite den „Persilschein“ zu erhalten, endlich die weiße Unternehmerweste gereicht zu bekommen, endlich auch von einer Gewerkschaftsautorität hören zu können, der Kapitalismus habe sich gewandelt.

Programmatisch überschrieb Leber sein Referat auf dem 6. or-

dentlichen Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden mit dem Titel „Unser Weg“. ⁸

Natürlich hatte er leicht reden, als er zunächst das feststellte, was die meisten Arbeiter und Angestellten damals selbst auch dachten und empfanden: „Wir dürfen heute sagen, daß es, solange Gewerkschaften existieren, wohl keine Periode gibt und gegeben hat, während der in so kurzer Zeit so viel und so Grundlegendes erreicht worden ist.“ ⁹

Natürlich hatten die Arbeiter und Angestellten mit ihren Gewerkschaften viel erreicht, wie bereits dargelegt. Vom Null-Punkt der Jahre 1945/46 waren sie weit nach oben gekommen. Über Jahre andauernde Steigerungen des Realeinkommens, geringe Arbeitslosenquoten, steigender Wohlstand in Form besserer Wohnung, besserer Kleidung, besseren Essens, neuer technischer Konsumgüter, usw. Nicht im geringsten von Überlegungen geplagt, warum das so war, welche ökonomischen, politischen, strategischen Faktoren hier gewirkt haben könnten, konstatierte Leber einzelne Tatsachen und zog daraus den allgemeinen Schluß, es habe sich „Grundlegendes“ verändert. „Den Weg, den wir in einem relativ kurzen und leicht überschaubaren Zeitraum zurückgelegt haben, läßt uns bedeutsame Veränderungen in der Stellung des Arbeitnehmers — und im besonderen in der Stellung des Arbeiters — in unserer Gesellschaft erkennen.“ ¹⁰

„Viel erreichen“ und „Grundlegendes erreichen“ — das aber ist doch wohl ein Unterschied! Leber konnte oder wollte diesen Unterschied nicht sehen. Denn „Grundlegendes“ hatte sich in der gesellschaftlichen Stellung des Arbeiters überhaupt nicht verändert, auch nicht im Jahr 1963 mit entwickeltem materiellen Wohlstand und kaum entwickeltem Klassenkampf. Leber zog es denn auch vor, das damals Erreichte mit jenem Stand von vor 100 Jahren (!) zu vergleichen, „seit die Industriearbeiterschaft geschichtlich wirksam geworden ist“. ¹¹

Welche Schlüsse zog Leber aus diesem Vergleich?

⁸ Tagungsbericht des 6. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Bau, Steine, Erden, Berlin 1963, S. 10 ff.

⁹ Ebenda, S. 11.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Ebenda.

„Während damals der Arbeiter nahezu rechtlos war, läßt unsere rechtsstaatliche und demokratische Verfassung heute keinen Unterschied mehr zwischen den Arbeitnehmern und den Bürgern anderer gesellschaftlicher Gruppen zu.“¹²

Und zehn Jahre später

Zehn Jahre nach dieser kühnen Behauptung, zehn Jahre, in welchen sich die Klassegegensätze zuspitzten und die Klassenkämpfe anwuchsen und härter wurden, konnten die Chemiewerker von Merck, die durch Arbeitsgerichtsurteile „verdonnert“ und durch die Unternehmerpresse als Gesetzesbrecher hingestellt wurden, Herrn Leber eine andere Lektion in Rechtsstaatlichkeit geben.

Die Frankfurter Mieter, die aus ihren Wohnungen „flogen“, weil Bodenspekulanten und Mietwucherer bessere „Rendite-Objekte“ daraus machten, konnten Herrn Leber den Unterschied zwischen dem Recht des Mieters und dem Recht des Spekulanten und Wucherers erläutern.

Eine weitere Schlußfolgerung Lebers:

„Während vor hundert Jahren die Arbeiter politisch einflußlos waren, gewährt der demokratische Staat heute allen Bürgern gleiches Wahlrecht. In den Parlamenten aller Ebenen sitzen Arbeitnehmer als Abgeordnete, überall befinden sich Arbeitnehmer in politisch einflußreichen Positionen.“

Wenn das so war und heute noch so ist, wie Leber vor zehn Jahren behauptete, warum nutzte dann der „Arbeitnehmer“ nicht seine „politisch einflußreichen Positionen“ zu seinen Gunsten? Warum senkte er nicht die Preise? Warum senkte er nicht die „Arbeitnehmer“-Steuern? Warum stoppte er nicht die Mieten? Warum beschränkte er nicht wenigstens die Superprofite der Millionäre und Milliardäre?

Gewiß sitzen Arbeiter und Angestellte in Gemeinderäten und Stadtverordnetenversammlungen, gewiß einige auch in Landtagen und noch weniger — genau sechs — im Bundestag. Aber waren hier die entscheidenden Positionen, in welchen Politik zugunsten der Arbeiter und Angestellten gemacht wurde? Oder war und ist es nicht vielmehr so, daß auch kommunale Parlamente, die mehr-

¹² Ebenda, S. 12.

heitlich von Sozialdemokraten gestellt wurden, darunter auch „Arbeitnehmer“, Entscheidungen gegen die Arbeiter und Angestellten trafen, ob das Straßenbahnfahrpreiserhöhungen oder Erhöhung der Anliegergebühren, ob das der Einsatz städtischer Polizei gegen streikende Gewerkschafter oder gegen demonstrierende Mieter war und ist.

Warum ist das so? Das Parlament ist unter den gegebenen spät-kapitalistischen Verhältnissen längst nicht mehr die „freie, unabhängige Volksvertretung“. Nicht nur die Grundsatzentscheidungen über Weg und Ziel staatlicher Politik werden außerhalb des Parlaments, in den diversen Abteilungen der Unternehmerverbände und in den mit Monopolvertretern durchgesetzten Apparaten der einzelnen Ministerien vorbereitet und faktisch entschieden, sondern auch immer mehr Einzelmaßnahmen in allen Bereichen der Politik und Wirtschaft. Kein einziges Gesetz, das die Interessen des Großkapitals berührt, wurde und wird ohne Einflußnahme des Großkapitals verabschiedet. Bundeskanzler Adenauer beriet die Grundzüge der gesamten westdeutschen Gesetzgebung mit den Bankiers Pferdenges und Abs, seine Nachfolger Erhard und Kiesinger handelten ebenso.

Und wie ist es mit der Bundesregierung, in welcher ein ehemaliger „Arbeitnehmer“ Bundesverteidigungsminister ist? Und ein sozialdemokratischer Kollege Bundesfinanzminister? Die gesellschaftliche Wirklichkeit sah zehn Jahre nach Lebers „großem Plan“ unverändert so aus: dort, wo Arbeiter und Angestellte in „kleinen“ Parlamenten sitzen, haben sie kaum etwas zu sagen und schon gar nicht etwas zu bewirken, was zu grundlegenden Veränderungen zugunsten der Arbeiterklasse führen könnte; und dort, wo „Arbeitnehmer“ tatsächlich in einflußreichen politischen Positionen sitzen, handelt es sich um ebensolche wie den „Ehemaligen“ Georg Leber, die heute nichts anderes betreiben als zu Zeiten, da sie offizielle Gewerkschaftsvertreter waren: eine Politik der „Sozialpartnerschaft“, die den tatsächlich politisch Einflußreichen, nämlich den Kapital-Reichen hilft, ihre Übermachtpositionen zu zementieren.

Die Regierung Brandt/Scheel holte nicht nur Vertreter der größten Konzerne als Staatssekretäre oder „Berater“ direkt in „Amt und Würden“, sondern befließigt sich bis zum heutigen Tage, jene Methode anzuwenden, die von allen Regierungen des kapitalisti-

schen Deutschlands praktiziert wurde: vertrauliche Gespräche mit Spitzenvertretern des Großkapitals, manchmal nur unter vier, oftmals auch unter mehr Augen zu führen. Was dann daraus zu „Richtlinien“ der Politik wurde, die der Kanzler zu bestimmen hat, richtete und richtet sich auf allen Ebenen, vom Bund bis zur letzten Gemeinde, immer wieder gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung.

„Partnerschaft“ als Staatsdoktrin

Man müßte sich mit dem programmatischen „Weg“ des Georg Leber nicht mehr ausführlich auseinandersetzen; man könnte sagen, die zehn Jahre seit Verkündung des Leber-Plans hätten in der Praxis des gesellschaftlichen Lebens dieses Landes die Unhaltbarkeit Leberscher Vergleiche und Behauptungen offenbart; Lebers Programmatik aber war und ist nichts anderes als die heutige offizielle SPD-Politik; und diese Politik realisiert sich nicht in mehr oder weniger schönen Sonntagsreden, sondern in parlamentarischen Beschlüssen und Gesetzgebungsakten, in regierungsamtlichen Verordnungen und in behördlichen Maßnahmen, tief eingreifend in das Leben jedes Arbeiters und Angestellten.

Seitdem die SPD führende Regierungspartei in der Bundesrepublik ist, ist die „Sozialpartnerschafts“-Ideologie auf eine höhere Stufe gehoben worden, ist sie Teil der Staatsdoktrin geworden. Wenn nach dieser Doktrin der Arbeiter dieses Landes zum „gleichberechtigten Partner“ der Kapitalbesitzer geworden ist, dann braucht eine sozialdemokratische Regierung nicht für die Arbeiterschaft Partei zu ergreifen, dann handelt sie weise und neutral, wenn sie „beide Seiten“ gleich behandelt — und zum Vorschein kommt das alt-bürgerliche Märchen vom Staat, der über den Klassen steht.

Vor zehn Jahren behauptete Georg Leber in seinem Jahrhundert-Vergleich: „Während damals die Abhängigkeit des Arbeiters vom Unternehmer und seine Besitzlosigkeit eine außerordentliche Unsicherheit in sein Leben trugen, sind heute nicht wenige Arbeitnehmer zu persönlichem Eigentum gekommen, wengleich Eigentum an Produktionsmitteln in Arbeitnehmerhand noch eine ungewöhnliche Seltenheit ist. Wesentlicher ist aber, daß die aus Ab-

hängigkeit und Besitzlosigkeit resultierende Unsicherheit weitgehend beseitigt wurde.“¹³

Hätte Leber zu dieser Frage damals geschwiegen, könnte man ihm heute vielleicht ernsthafter zuhören, wenn er über anderes denn über Rüstungszahlen und „Verbündetentreue“ zum US-Imperialismus spricht. So aber setzte er Behauptungen in die Welt, die schon drei Jahre später dramatisch widerlegt wurden, als nämlich in der Rezession 1966/1967 die außerordentliche Unsicherheit des „Arbeitnehmers“ nicht nur die Hunderttausende erlebten, die arbeitslos wurden oder kurzarbeiten mußten, sondern auch die Millionen Arbeiter und Angestellten, die unter dem Druck der Unsicherheit ihres Arbeitsplatzes weiter arbeiten konnten. Was nutzte ihnen da das von Leber so hochgelobte „persönliche Eigentum“? Konnte man mit seinem Fernsehgerät etwa Geld verdienen oder mit der Waschmaschine der Frau im Badezimmer eine Wäscherei aufmachen? Bot das Häuschen, das man gebaut hatte, die Möglichkeit, sich damit seinen Lebensunterhalt zu verdienen oder vergrößerte es nicht gar noch die Sorge in einer Zeit der Arbeitslosigkeit, der Kurzarbeit, der Lohnminderungen wegen der zu tilgenden Baukredite und Hypotheken?

Die zehn Jahre nach der Verkündung des großen Leberschen „Sozialpartnerschafts“-Planes vermittelten Hunderttausenden Arbeitern und Angestellten die eigene Erfahrung, daß mit dieser Art „persönlichen Eigentums“ keine Unabhängigkeit vom Unternehmer, keine Sicherheit vor kapitalistischen Krisen und Willkürakten der Großkonzerne zu erreichen ist.

Und mit dem „Eigentum an Produktionsmitteln in Arbeiterhand“, das damals „noch“ — so Leber — „eine ungewöhnliche Seltenheit“ war? Wurde es in den zehn Jahren darauf eine weniger ungewöhnliche Seltenheit? Wie viele Arbeiter besitzen heute Eigentum an Produktionsmitteln? — Kein einziger, heute nicht und damals nicht, als Leber seine Behauptung aufstellte.

Was der sozialdemokratische Wortführer der „Sozialpartnerschafts“-Ideologie als „Eigentum an Produktionsmitteln in Arbeitnehmerhand“ bezeichnete, waren nichts anderes als sogenannte Kleinaktien, Sparprämien, Bausparverträge, Belegschaftsdividenden u. ä. Diese hatten jedoch nichts mit Produktivvermö-

13 Ebenda.

gen zu tun. Sie gewährten lediglich das Anrecht auf gewisse zusätzliche Geldeinnahmen, niemals aber auf Mitverfügungsrecht an den Produktionsmitteln; mit dem Eigentum an Produktionsmitteln hatten sie absolut nichts zu tun. Wenn der Eigentümer der Produktionsmittel, der Unternehmer, die „Bude“ zumachte, dann flog der „Kleinaktionär“ ebenso auf die Straße wie der Kollege, der keine Kleinaktie besaß. Wenn die Großkonzerne Hunderttausende Arbeiter und Angestellte aussperrten, dann standen die Bezieher von Belegschaftsdividenden ebenso vor der Tür wie alle anderen Arbeiter und Angestellten.

„Partnerschaft“ mit Defizit

Leber konnte natürlich damals so wenig über die selbst von Liberalen oder dem Papst beklagte ungeheure Reichtumskonzentration in wenigen Händen hinweggehen wie das die Herren des Großkapitals und seine Gesundheitsbeter aus den verschiedenen Parteien heute nicht können. Aber da er die Ursachen hierfür nicht aufdecken konnte oder wollte, da er mit Halbwahrheiten arbeitete, da er Gewerkschafter und Wissenschaftler, die marxistische Analysen vornahmen, als „Avantgardisten der Vergangenheit“ bezeichnete, sie als Leute beschimpfte, die „den erzielten Fortschritt zu vermiesen suchen“¹⁴, konnte der Mann natürlich auch keine brauchbaren Alternativen für eine grundlegende Änderung in der Vermögensverteilung zugunsten der Arbeiterklasse vorlegen, wie sie nur bei umfassender Mitbestimmung und drastischer Einschränkung der Verfügungsmacht der Monopole über die Produktionsmittel möglich ist.

Es war alles andere als „partnerschaftlich“, wenn 1971 in der Bundesrepublik der „Partner“ Arbeiter über ein Nominalvermögen in Geld- und Sachwerten in Höhe von 6000 DM verfügte, der „Partner“ aber, der in der bürgerlichen Statistik als „Selbständiger“ bezeichnet wird, über 121 500 DM. Würde man im Statistischen Bundesamt die Vermögen der Großkapitalisten gesondert aufführen und nicht mit dem eines Arztes, eines Schriftstellers, eines kleinen Kaufmanns „an der Ecke“ und ähnlichen „Selb-

14 Ebenda, S. 13.

ständigen“ zusammenlegen, dann erst käme die volle Wahrheit ans Licht.¹⁵

Ebensowenig war es „partnerschaftlich“, wenn von den Gesamt-ersparnissen in Höhe von 1 600 Milliarden DM (im Jahre 1968) nur zehn Prozent den Lohn- und Gehaltsempfängern gehörten, obwohl sie 80 Prozent der Bevölkerung darstellen.¹⁶

Und „partnerschaftlich“ war es auch nicht, wenn weniger als ein Prozent der privaten Haushalte mehr als 90 Prozent des Gesamtbestandes an Aktien und Investmentzertifikaten in ihrem Besitz hatten (1970).¹⁷

Diese Zustände angeblich zu beseitigen, war Leber im Jahre 1963 mit seinem „großen Plan“ angetreten. Noch fünf Jahre später sagte er zu dieser Konzeption der „Sparförderung“ und „Vermögensbildung“:

„In einer Generation wären auf evolutionäre Weise die Besitzverhältnisse in unserem Lande grundlegend verändert, und damit wäre die freiheitliche Lebensform gegen revolutionäre Anfechtungen stärker gesichert, als sie es heute ist.“¹⁸

Realitäten gegen Georg Leber

Das „Pech“ des großen „Weissagers“ Georg Leber war, daß die Realitäten mit seinen Prophezeiungen sehr schnell in Konflikt gerieten. Im Rezessionsjahr 1967 verdienten die Bauarbeiter der Bundesrepublik gegenüber 1966 genau 22 DM weniger im Monat. Die Vorstände in den großen Baugesellschaften aber konnten ihre Bezüge im gleichen Zeitraum um durchschnittlich 2200 DM im Monat erhöhen! Im Jahr der Rezession — 1967 — verdiente ein Bauarbeiter im Durchschnitt 963 DM, ein Vorstandsmitglied in einer Baugesellschaft aber das Zehnfache, nämlich 9704 DM!

Wo da wohl die „Evolution“ des Georg Leber geblieben war?

15 Vgl. Wilhelm M. Breuer, Vermögenspolitik als „Reform“ des staatsmonopolistischen Kapitalismus? in: Marxistische Blätter 4/1973.

16 WWI-Mitteilungen, Köln, 7/8 1968.

17 Wirtschaft und Statistik, Hrsg. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Nr. 12/1970.

18 Georg Leber, in: Sozialdemokratische Politik im Übergang zu den siebziger Jahren, Reinbek bei Hamburg 1969, S. 126.

Das gleiche Bild zeigte sich in allen anderen Industriebereichen, in allen Zweigen der Wirtschaft und des Handels, die Bauwirtschaft war da keine Ausnahmeerscheinung:

„In der westdeutschen Automobilindustrie beispielsweise ging die Produktion im Jahre 1967 um 15 Prozent zurück. Aber während ein Arbeiter des Fahrzeugbaues 22 DM weniger verdiente als im Vorjahr . . ., erhöhten sich die durchschnittlichen Vorstandsbezüge um monatlich rund 1100 DM; sie waren im Jahre einer schweren Rezession um 12 000 DM höher als im vorangegangenen Jahr, einem Jahr mit überdurchschnittlich guter Beschäftigung.“¹⁹

Während der wirtschaftliche Rückgang die Einkommen der Arbeiter und Angestellten schmälerte, stiegen die „Verdienste“ der Aktionäre der großen Konzerne immer weiter. Obwohl in diesem Jahr beispielsweise in den großen Kaufhäusern weniger gekauft wurde, kam ein Vorstandsmitglied der Kaufhof-Aktiengesellschaft im Durchschnitt auf 645 000 DM, ein „Boß“ im Volkswagenwerk auf durchschnittlich 522 500 DM, ein Vorstandsmitglied der Siemens AG auf 333 900 DM.

Vier Jahre müßte ein Angestellter eines Kaufhauskonzerns arbeiten, um das zu verdienen, was einer der Herren aus dem Vorstand in nur einem Monat erhält. Die Vorstandsmitglieder eines Elektrokonzerns erhalten pro Stunde das Fünfzigfache von dem, was ein Arbeiter des selben Unternehmens als Stundenlohn erhält. Selbst der relativ hochbezahlte „Facharbeiter“ in einer Automobilfabrik muß im Durchschnitt fast zwei Jahre arbeiten, um das zu verdienen, was das Vorstandsmitglied derselben Automobilfabrik in einem Monat an Gehalt bezieht.“²⁰

Mit der „Vermögensbildung“ einen „Schnitt“ gemacht

Zehn Jahre dieser „einen Generation“ des Georg Leber sind bereits vorüber. Weissager Leber hat nicht mehr viel Zeit. Die Reichtumskonzentration in immer weniger Händen schritt weiter fort, die Besitzverhältnisse in unserem Lande blieben unverändert; die Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten waren nicht ein-

19 Hermann Marcus, Wer verdient schon, was er verdient?, a. a. O., S. 32.

20 Ebenda, S. 37.

mal mehr auf gleichem Stand zu halten, sie sanken; und die revolutionären Ansichten, die Leber und seine Mit-Ideologen in- und außerhalb der SPD so sehr fürchteten, wurden stärker und nicht schwächer.

Gewiß — die Illusionen in der Arbeiterklasse, als könnten die verschiedenen Spielarten der „Vermögensbildung“ und des „Eigentums für alle“ zur sozialen Absicherung der eigenen Lage oder gar zur „Erweiterung des Freiheitsspielraumes des einzelnen“ entscheidend beitragen, sind noch weit verbreitet. Die Zahl der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die nach den sogenannten Vermögensbildungsgesetzen 312,— DM oder später 624,— DM „sparfördernd“ anlegten, stieg von fünf Millionen im Jahre 1969 auf mehr als neun Millionen 1971.

Und trotzdem war von der „grundlegenden Veränderung der Besitzverhältnisse auf evolutionäre Weise“, wie sie Georg Leber prophezeite, nichts zu sehen. Von den 10 Millionen Lohnabhängigen, die nach offiziellen Bonner Angaben im Jahre 1971 nach den „Vermögensbildungsgesetzen“ Leistungen erhielten, waren es nur zehn Prozent, die auf mehr als 312,— DM jährlich kamen, 58 Prozent bis zu 312,—DM jährlich und fast ein Drittel auf einen Jahresbetrag von weniger als 156,— DM.

Angesichts solcher Mini-Beträge von „grundlegenden Veränderungen der Besitzverhältnisse auf evolutionärem Wege“ zu sprechen, war damals lächerlich und richtet sich heute von selbst. Nichtsdestoweniger machte das Großkapital mit Hilfe dieser Art von „Sozialpartnerschaft“ einen gewaltigen Schnitt. Durch die Bedingung, solche Spar- und Vermögensbildungsbeiträge auf den Banken und Geldinstituten festzulegen, wurden diese für den betreffenden Zeitraum frei für die Verfügung des Finanzkapitals. Allein im Jahre 1971 ergaben die so angesammelten Kleinstbeträge der Arbeiter, Angestellten und Beamten die Summe von rund 3,5 Milliarden DM, mit welchen die Unternehmer zusätzlich operieren konnten.²¹

Die ökonomische Bedeutung der „Sozialpartnerschaft“ à la „Vermögensbildung“ hob einer der führenden Leute der großkapitalistischen Unternehmerverbände, Wolfgang Heintzeler, Vorstandsmitglied des BASF-Konzerns, wie folgt hervor:

21 Vgl. Werner Petschick, „Vermögensbildung“ — eine Variante der Massenmanipulierung, in: Marxistische Blätter, Heft 5/1971, S. 28.

„Finanziert werden kann die künftige Entwicklung unserer Wirtschaft nur dann, wenn immer größere Bevölkerungskreise dafür gewonnen werden können, ihre Sparmittel der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen.“²²

Und die zweite Seite der Medaille — die ideologische Zielstellung — formulierte wiederum Georg Leber im Referat „Unser Weg“:

„Es ist nicht zu vermeiden, daß viele Arbeitnehmer diesen Staat, solange dieses Problem nicht gelöst ist, nicht so ganz für ihren Staat — ich rede nicht darum herum —, sondern für einen Staat der anderen halten mit allen Gefahren, die sich für die politische Entwicklung und mit all seinen Ansatzpunkten, die sich für eine gefährliche politische Agitation in bestimmten Zeitläufen, vor denen wir nicht gefeit sind, daraus ergeben können. Ein Unternehmertum, das hier keine Bereitschaft zeigt und nicht den Willen zum Ausgleich sucht, muß sich darüber im klaren sein, daß die seitherige Entwicklung zwar möglicherweise noch eine Zeitlang so weitergehen kann, aber eines Tages würde der gestaute Unmut sich eine Bahn schaffen, die mehr verändern könnte als nur unsere Vermögensstruktur.“²³

Der führende Sozialdemokrat machte sich also heftigste Gedanken über den Fortbestand des kapitalistischen Systems in seiner Gesamtheit. Fast Jahr für Jahr betrieb er diese Seelenmassage. 1970 schrieb er: „Eine fortschrittliche Vermögensstruktur ist gerade in dieser Zeit die beste Medizin gegen eine Infektion durch revolutionäre Ideologien. Das könnte sogar als Voraussetzung für den Dialog mit dem Osten unsere Position stärken . . .“²⁴ Hiermit vollzog er nur nach, was einer seiner CDU-Vorgänger im Bundesverteidigungsministerium, Blank, als antikommunistische Katze aus dem Sack gelassen hatte, als er schon 1965 erklärte: „Eine wirksame Förderung der Eigentumbildung in Arbeitnehmerhand ist eine der wichtigsten Waffen in der Auseinandersetzung mit dem Osten.“²⁵

22 Vgl. W. Heintzeler, *Volkskapitalismus*, Düsseldorf/Wien, 1969, S. 77 f.

23 Tagungsbericht des 6. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Bau, Steine, Erden, a. a. O., S. 30.

24 Georg Leber, *SPD-Pressemitteilungen*, Nr. 116/1970.

25 Theodor Blank, *Wirtschaftstag der CDU*, 1965.

Dank und Vertrauen des Großkapitals

Wen wundert's, daß der „Sozialpartner“ Georg Leber sich also qualifizierte zu einer der zuverlässigsten Stützen des Großkapitals? Wen wundert's, daß Georg Lebers Haltung von maßgeblichen Vertretern der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände als „nicht unsympathisch“²⁶ bezeichnet wurde? Wen wundert's, daß Georg Leber in wenigen Jahren bis in eine der entscheidenden Vertrauensstellungen des staatsmonopolistischen Systems, in die eines Bundesverteidigungsministers, aufsteigen konnte?

Nirgends deutlicher als in dieser Position zeigte sich dann, welche verderblichen Konsequenzen die „Sozialpartnerschafts“-Ideologie nicht nur auf sozialem und ökonomischem, sondern vor allem auch auf militär- und außenpolitischem Gebiet zeitigte.

Im Jahre 1963 gehörte es zu Lebers „Sozialpartnerschafts“-Rede, emphatisch zu erklären:

„Wenn die Bundesregierung es beispielsweise für notwendig hält, für die Rüstung mehr Geld auszugeben, dann erwarten wir von ihr, daß sie sich vor diese Arbeiterschaft stellt und in aller Offenheit erklärt, warum solche Rüstungsausgaben nötig sind.“²⁷

Zehn Jahre später — 1973 — „begründete“ er tatsächlich als Bundesverteidigungsminister in der Rede zur Verteidigung des bisher höchsten Rüstungsetats in der Geschichte der Bundesrepublik die Erhöhung der Rüstungsausgaben in einer Zeit, da eine Politik der Entspannung, der friedlichen Zusammenarbeit unter den Staaten sich durchzusetzen beginnt. Leber war sich treu geblieben. 1963 erklärte er in schönster Sozialpartnerschafts-Demagogie:

„Wenn ich bei dem Punkt bin — Erhöhung der Rüstungsausgaben —, ich bin nicht gegen die Rüstung, Kollegen, damit keine Meinungsverschiedenheiten sind —. Ich weiß, ein Volk muß auch bereit sein und sozusagen die Voraussetzungen mitbringen, daß es

26 Aus dem Bericht über das 58. Pyrmonter Unternehmergegespräch im Industriekurier vom 23. April 1964: „Sie, Herr Leber, sind der Exponent eines Flügels im DGB, welcher Flügel wird sich durchsetzen? Ihre Einstellung ist uns nicht unsympathisch. Geben Sie uns einen Tip, wie wir uns verhalten sollen. Die Auseinandersetzung in den eigenen Reihen haben Sie zu führen.“

27 Tagungsbericht des 6. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Bau, Steine, Erden, a. a. O., S. 24.

seine Freiheit, wenn es sein muß, verteidigt bzw. verteidigen kann. Aber es gibt in unserem Volke eine kleine Schicht, die mehr dazu beitragen kann, unsere Freiheit zu verteidigen, weil sie auch mehr hat, dazu beizutragen.“²⁸

Das heißt also: Georg Leber war damals schon ohne Wenn und Aber für die Rüstung, mit der das Großkapital seit eh und je die größten Geschäfte machte. Arbeiter und Kapitalisten sollten dazu beitragen, es könne da keine Klassenunterschiede geben; Leber kannte nur noch „das Volk“ und höchstens „eine kleine Schicht“, die „etwas mehr beitragen“ kann.

Aber diese „kleine Schicht“ umfaßte die Großkapitalisten, die nicht etwa ihr persönliches Einkommen verringerten, um die Rüstung zu finanzieren, sondern die im Gegenteil ihr persönliches Einkommen in phantastischem Umfange steigerten, gerade weil sie im Rüstungsgeschäft steckten.

Und gerade das, was den Monopolen Riesenprofite brachte, verringerte die Einkommen des anderen Teiles des Volkes, des weit-aus größten Teiles, der Arbeiter, Angestellten, kleinen Beamten, kleinen Gewerbetreibenden. Denn die Rüstungsausgaben steigerten die Preise, und Preissteigerungen reduzierten die Kaufkraft, und reduzierte Kaufkraft verminderte die Realeinkommen der Arbeiter, der Angestellten, aller Werktätigen!

Lebers vor zehn Jahren gelassen gesprochenes Wort: „Ich bin nicht gegen die Rüstung, Kollegen“, trug mit dazu bei, daß der Wert der Mark der Kollegen auf die Hälfte schrumpfte, während das Vermögen der Kapitalisten einen unermeßlichen Wertzuwachs erfuhr.

Im Jahre 1973 legte Leber einen Rüstungsetat vor, mit 26,7 Milliarden DM der höchste in der Geschichte der Bundesrepublik, wobei die Rüstungsausgaben anderer Ressorts der Bundesregierung — für „Stationierungskosten“, Ausgaben also für die ausländischen Streitkräfte auf westdeutschem Boden; Rüstungsforschung und -entwicklung; verstärkte Ausrüstung des Bundesgrenzschutzes; Luftschutzmaßnahmen usw. — nicht berücksichtigt wurden. Und noch immer sprach dieser Mann „vom Volk“, das „verteidigungsbereit“ sein muß, noch immer verbreitete er die Partnerschafts-Legende, wonach „wir alle“ auch in der Sicherheits- und Militärpolitik „in einem Boot sitzen“.

Ein unaufrichtiger und gefährlicher „Partner“

In den zehn Jahren seines „Aufstiegs“ vom „Gewerkschaftsführer“ zum „Bundesverteidigungsminister“ blieb der große „Sozialpartnerschafts“-Vorkämpfer Leber sich in einem unverändert treu: Im Antikommunismus und im Antisowjetismus. Denn tragende Lebensauffassung solcher Leute war und ist, eher „Partner“ der in- und ausländischen Kapitalisten sein und mit ihnen auch durch das Verbrechen imperialistischer Kriege zu gehen, als mit kommunistischen Arbeitern im Inland oder mit Regierungen sozialistischer Staaten, die von Kommunisten geführt werden, gemeinsame Sache für die Erhaltung und dauernde Sicherung des Friedens zu machen. Leber scheute sich nicht, zur Rechtfertigung seiner hemmungslosen Rüstungspolitik auch im Jahre 1973 die altbekannten Unwahrheiten über die „kommunistische Gefahr aus dem Osten“, über die „sowjetische Bedrohung“, über die „verstärkte Aufrüstung in der UdSSR“ zu verbreiten. Er tat das zu einer Zeit, da kurz zuvor die Verträge der Bundesrepublik mit der Sowjetunion, der Volksrepublik Polen und der Deutschen Demokratischen Republik zustande gekommen waren, Verträge, in welchen auf Gewalt und auf Grenzänderungen verzichtet und allgemeine Zusammenarbeit beschlossen wurde. Leber hetzte gegen die Sowjetunion zur gleichen Zeit, da das Vertrauen in die Aufrichtigkeit einer Politik der friedlichen Koexistenz zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern durch den Besuch des Generalsekretärs der KPdSU, Leonid Breschnew, in der Bundesrepublik, den USA und Frankreich eine weitere Stärkung erfahren hatte. Leber sorgte in dieser gleichen Zeit gemeinsam mit Finanzminister Schmidt (SPD) und Wirtschaftsminister Frierichs (FDP) dafür, daß in das Investitionsprogramm der Bundesregierung für die Zeit von 1972 bis 1976 ein Drittel der gesamten Investitionsmittel des Bundes für militärische Beschaffung, die Erhaltung militärischer Anlagen sowie für die Wehrforschung veranschlagt wurden: 53 Milliarden DM von insgesamt 159 Milliarden DM. Um dieses ungeheure Anwachsen der Rüstungsausgaben zu verschleiern, behauptete Georg Leber in seiner 1973er Haushaltsrede frei weg, die Sowjetunion verstärke ebenfalls ihre Truppen und vergrößere ebenfalls ihre Militärausgaben. Schon wenige Tage später wurde der Mann als einer der unaufrichtigsten „Partner“ im internationalen Ringen um Entspannung und Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen entlarvt.

Der erste Stellvertreter des Generalstabschefs der Sowjetarmee, Generaloberst Ogarkow, erklärte in einem Interview mit der sowjetischen Zeitung „Krasnaja Swesda“: „Ich kann mit voller Verantwortung erklären: Die Behauptungen vom Wachstum der Streitkräfte der Sowjetunion entsprechen nicht der Wirklichkeit... Der Sowjetstaat gibt genausoviel Mittel aus, wie für die entsprechende Gewährleistung der Verteidigung notwendig sind. Ich betone: gerade für die Verteidigung unseres Landes! Wenn man behauptet, daß der ‚Militärhaushalt Sowjetrußlands jedesmal den vorangegangenen Haushalt übertrifft‘, so bedeutet es offensichtlich, Tatsachen auf den Kopf zu stellen. Die Tatsachen zeugen davon, daß die Militärausgaben der UdSSR im Laufe der letzten Jahre 1970 bis 1973 unabänderlich auf dem Niveau von 17,9 Milliarden Rubel im Jahre bleiben. Berücksichtigt man die Vergrößerung des Haushaltes der UdSSR in absoluten Zahlen, so wird es klar, daß der Anteil der Militärausgaben ständig zurückgeht. Betragen die Ausgaben der UdSSR im Jahre 1970 noch 11,7 Prozent aller Haushaltszuwendungen, so waren es im Jahre 1973 nur 9,9 Prozent.“²⁹

So sah und so sieht es mit der Ehrlichkeit von Leuten aus, die den arbeitenden Menschen im eigenen Lande vormachen wollen, sie hätten die gleichen Interessen wie die einheimischen Kapitalisten, die Todfeinde aber seien die Ausländer, vor allem die kommunistischen Ausländer, die sozialistischen Staaten, vor allem die Sowjetunion.

Das Rezept des Georg Leber war und ist: Man nehme „Sozialpartnerschaft“ nach innen und nach außen Feindschaft zu den sozialistischen Ländern, und man erreicht ein Stillhalten oder gar Wohlverhalten der Arbeiterklasse.

Indes sprechen alle Anzeichen dafür, daß Lebers Konzeption schon gescheitert war, bevor sie zehn Jahre alt wurde. Objektiv gescheitert, weil alle Quacksalbereien und Gesundheitsbetereien den immer tiefer werdenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit nicht verschleiern und den wachsenden Einfluß der sozialistischen Länder, die stärker werdende Überzeugungskraft der sozialistischen Lösung der Eigentumsfrage nicht bremsen können; subjektiv gescheitert, weil immer mehr Arbeiter und Angestellte den

29 Zitiert in: die tat, Frankfurt am Main, Nr. 29, 1973.

Unterschied zwischen Unternehmer-Reden und Leber-Plänen einerseits und ihrer eigenen Lage andererseits erkennen und außerdem nicht mehr jede antikommunistische Lüge ohne weiteres für bare Münze nehmen.

Der Schock der September-Streiks 1969

Während der September-Streiks des Jahres 1969 hätte keiner der mehr als 500 000 streikenden Arbeiter und Angestellten auch nur noch ein Stück Brot vom Tisch des Herrn Leber genommen. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte waren Arbeiter und Angestellte ohne Urabstimmung und ohne gewerkschaftliche Vorstandsbeschlüsse oder Anweisungen in den Streik getreten. Erstmals demonstrierten mehr als eine halbe Million Arbeiter und Angestellte in der Bundesrepublik den unversöhnlichen Klassengegensatz, der zwischen Kapital und Arbeit besteht. In wenigen Tagen zerfetzten die Arbeiter von Hoesch, Rheinstahl, Mannesmann, Klöckner, Thyssen, Krupp, die Kumpel im Steinkohlenbergbau des Ruhrgebietes und an der Saar, Arbeiter der bayrischen Maximilianshütte und der Kieler Howaldtswerke / Deutsche Werft, die Kollegen bei Daimler-Benz in Sindelfingen, Arbeiter und Angestellte in insgesamt 187 Betrieben in insgesamt 532 308 Streiktagen alle noch so schön ausgedachten Pläne der „Sozialpartnerschaft“.

In jenen Septembertagen des Jahres 1969 erteilte die CDU-konservative „Rheinische Post“ den Ratschlag:

„Es fällt zwar niemandem leicht, sich von einem Teil seines Geldes zu trennen, und Unternehmer verstehen sich im allgemeinen — und zu Recht — nicht als Caritas-Direktoren. Aber sie müssen begreifen, daß sie heute anders handeln müssen, als vor 10 oder 15 Jahren, wenn sie ihre eigene Position und auch die derzeitige Gesellschaftsordnung nicht selbst ins Wanken bringen wollen.“³⁰

Der Schock der September-Streiks fuhr der herrschenden Klasse so tief in die Knochen, daß allenthalben gelobt wurde, in Zukunft alles anders, besser machen zu wollen. Aber der Verlauf der Klassenkampfaktionen im Herbst 1969 als auch die folgenden Jahre zeigten eben unmißverständlich, daß weder Kapitalisten noch Arbeiter aus ihrer Haut herauskönnen.

30 Rheinische Post vom 8. 9. 1969.

„Mehr Kommunikation“ — „mehr Information“ — „mehr Sozialpartnerschaft“ — alle guten Vorsätze des Großkapitals blieben in der Folgezeit auf der Strecke, blieben Papier, wurden zu Makulatur, denn gute Vorsätze können kapitalistische Gesetzmäßigkeiten nicht beeinflussen. Es gibt keinen Kapitalisten, der sich freiwillig „von einem Teil seines Geldes trennt“.

Nach den September-Streiks des Jahres 1969 nahm die Kampftätigkeit der Arbeiterklasse ständig zu. Aber nie konnten die Unternehmer „begreifen“, daß sie anders handeln müssen, als sie bisher immer handelten. Selbst in der Situation des Jahres 1973, da ihre angeblichen Partner durch inflationäre Preissteigerungen effektive Realeinkommensverluste erlitten, verzichteten sie nicht auf einen Teil ihres Geldes, um etwa — wie das unter guten Partnern doch üblich sein müßte — zu einem Ausgleich der Verluste beizutragen. Im Gegenteil: Gerade in diesem Jahr 1973, da die Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten sanken, erhöhten sich die Profite der Großkonzerne weiter sprunghaft. Aus den Preiserhöhungen machte das Großkapital ein zusätzliches Geschäft. Solche Zahlen, wonach der Gewinn je Selbständigen von 1966 bis 1972 um mehr als 45 Prozent stieg, das Einkommen eines abhängig Beschäftigten im Durchschnitt aber nur um 26,1 Prozent, widerspiegeln nur unzureichend die tatsächliche Diskrepanz zwischen der Höhe der Monopolprofite und den Löhnen der Arbeiter.

Den Verlust an Realeinkommen auf Arbeiterseite standen 1973 Gewinnzunahmen bis zu 92 Prozent(!) auf Unternehmerseite gegenüber. Nach einer Vorausberechnung der Dresdner Bank³¹ betrug der Gewinn pro Aktie beim Baukonzern Hochtief 92 Prozent, beim Karstadt-Konzern 54 Prozent, bei Mercedes 50 Prozent, bei der Deutschen Bank 37 Prozent, bei der Braun AG 56 Prozent, bei Bayer Leverkusen 30 Prozent, bei Mannesmann 21 Prozent. Für die Unternehmen des Maschinenbaues und des Schiffbaues errechnete die Großbank Gewinne pro Aktie zwischen 26 und 42 Prozent. Gerade in diesen Betrieben mußten die Belegschaften am hartnäckigsten kämpfen, um wenigstens mit einigen Pfennigen Teuerungszulage den Einkommensverlusten entgegenzuwirken.

31 Zitiert in: Unsere Zeit, Nr. 28/1973.

Welches Geschrei stimmten die „Sozialpartner“ von der Unternehmerseite an, als in den Tarifrunden Arbeiterforderungen von 10 bis 15 Prozent laut wurden! Wenn die Bauarbeiter so „partnerschaftlich“ gehandelt hätten wie die Herren der Bauindustrie bei Hochtief, dann hätten sie Lohnerhöhungen in der gleichen Höhe wie die Gewinnerhöhungen gefordert: plus 92 Prozent! Und die Automobilarbeiter von Daimler-Benz hätten ebenso wie die Großaktionäre ein Plus von 50 Prozent angemeldet. Und die Chemiarbeiter von Bayer hätten Lohnforderungen in Höhe von 30 Prozent stellen müssen!

Reaktion auf das „Verschaukeltwerden“

Es war also wiederum kein Zufall, daß gerade im Jahre 1973 die Zahl der spontanen, betrieblichen Kampfaktionen der Arbeiterklasse einen Umfang annahm, der flächenmäßig noch weiter gestreut war als die spontanen Streiks des Jahres 1969. Die Verbitterung über die inflationäre Entwicklung zu Lasten der Arbeitereinkommen bei gleichzeitiger Gewinnexplosion auf Unternehmerseite verstärkte das richtige Gefühl, bei den letzten Tarifabschlüssen „verschaukelt“ worden zu sein. Nicht nur das Großkapital hatte „Krisenerscheinungen“ und „Konjunkturabflauen“ vorgetäuscht; auch von regierungsoffizieller Seite war vorausgesagt worden, 1973 werde sich eine „relativ gleichgewichtige Entwicklung der Einkommen“ sowohl auf Unternehmer- als auch auf „Arbeitnehmer“-Seite ergeben. Deshalb sollten sich, so Bundeswirtschaftsminister Friderichs (FDP), die „Tarifvertragspartner“ in ihren Forderungen bescheiden.

Bescheiden verhielten sich lediglich die Gewerkschaftsführungen, die mit ihren 8,5 Prozent und manchmal ein wenig mehr an Lohnerhöhungen wieder einmal voll auf den Sozialpartnerschafts-Leim gingen.

Wie stark die Verbitterung über diese Entwicklung im Jahre 1973 anwuchs, zeigte sich in der großen Zahl spontaner Streikaktionen, an welchen in den Monaten April, Mai, Juni und Juli mehr als 800 000 Arbeiter beteiligt waren und die nun nicht mehr nur in den traditionellen Hochburgen kampferprobter Belegschaften und in den industriellen Ballungszentren geführt wurden, sondern immer häufiger auch in Unternehmen, die noch keine Arbeitergeneration lang existierten: So beim größten westdeutschen Büromö-

belhersteller VOKO in Oberhessen, oder in solchen Betrieben, wie den Volkswagenwerken, die bislang als die „sozialpartnerschaftlichen Musterbetriebe“ galten, oder in solchen Betrieben wie dem größten Gleitlagerhersteller Westeuropas, Glyco in Wiesbaden, der in seiner 75jährigen Geschichte nicht auch nur einen einzigen Streik erlebt hatte.

Gerade in diesen Streikaktionen zeigten sich die Herren „Sozialpartner“ von der Gegenseite wiederum unverhüllt schäbig und „egoistisch“, allein nach kapitalistischen Profitmaximen handelnd. In der „Provinz“ wie in den Zentren handhabten sie die Methode „Zuckerbrot und Peitsche“. Zumeist warfen sie den Belegschaften „kleine Brocken“ vor, einige wenige Pfennige Teuerungszulage, die nicht im entferntesten die Einkommensverluste ausgleichen konnten. Jeden weiteren Pfennig mußten die Belegschaften zumeist mit je einer Stunde Streik erkämpfen. In nicht wenigen Fällen mußten streikende Arbeiter auch noch die politischen Angriffe des Großkapitals auf die demokratischen Grundrechte zurückschlagen, dort nämlich, wo aktive Belegschaftsvertreter — Sozialdemokraten, Kommunisten, Parteilose — entlassen wurden, um „ein Exempel zu statuieren“, um die kämpfenden Belegschaften mit Gewalt in die Knie zu zwingen.

Gerade in diesen zugespitzten Situationen zeigte sich die Untauglichkeit „sozialpartnerschaftlichen“ Verhaltens. Denn nicht gutes Zureden von „Partner“ zu „Partner“ wehrte diese von den Unternehmerzentralen gesteuerten Angriffe ab, sondern allein die Kraft der Solidarität der Belegschaften, die Bereitschaft, ihren Kampf weiterzuführen, auch für das demokratische Recht der Koalitions- und Streikfreiheit.

Im Gleichklang mit den internationalen Arbeiterkämpfen

Schon während der ersten großen spontanen Streikbewegung, 1969, wurde von der Unternehmerpresse eine Sorge immer wieder geäußert, in der Bundesrepublik könne sich die „englische Krankheit“, die „französische Krankheit“ oder die „italienische Krankheit“ ausbreiten. Man spielte damit auf die zahlreichen Arbeitskämpfe in Westeuropa zu einer Zeit an, da man von der Bundesrepublik noch voller Genugtuung sagen konnte, das streikärmste kapitalistische Land zu sein.

Zählte man in den 50er Jahren in den entwickelten kapitalistischen Ländern im Jahresdurchschnitt etwa 8 bis 10 Millionen Streikende, so entfielen davon auf die Bundesrepublik nur einmal in diesem Jahrzehnt mehr als eine halbe Million, 1955, als die Berg- und Stahlarbeiter des Ruhrgebiets gegen Angriffe des Großkapitals auf die Montan-Mitbestimmungsrechte antworteten. Zu Beginn des Jahrzehnts streikten in der Bundesrepublik lediglich 79 270 (im Jahre 1950), am Ende des Jahrzehnts (1959) gar nur 16 585.

Bis zum Ende der 60er Jahre verdoppelte sich die Zahl der Streikenden in den entwickelten kapitalistischen Ländern auf jährlich bis zu 20 Millionen. In den Ausgang dieses Jahrzehnts fielen in der BRD die September-Streiks des Jahres 1969 mit mehr als 140 000 Streikenden an mehr als 530 000 Streiktagen. Insgesamt streikten von 1960 bis 1970 in den kapitalistischen Ländern 583 Millionen Menschen.

In den 70er Jahren setzte sich diese erhöhte Kampftätigkeit der Arbeiterklasse fort. 1971 und 1972 wurden jeweils mehr als 70 Millionen Streikende in der kapitalistischen Welt gezählt.

Die ungleichmäßige ökonomische Entwicklung der kapitalistischen Länder, die verschiedenen historischen und politischen Bedingungen, der unterschiedliche Entwicklungsgrad der Arbeiterklasse in den einzelnen Ländern und andere Faktoren, zeitigten natürlich auch eine unterschiedliche Entfaltung der Arbeiteraktionen und des Klassenbewußtseins.

Die herrschende Klasse in der Bundesrepublik schloß daraus in voreiliger Hoffnung, es sei ihr gelungen, die westdeutsche Arbeiterklasse in das kapitalistische System zu integrieren und die Klassengegensätze zum Verschwinden gebracht zu haben. Für die Herren Kapitalisten bestand das „deutsche Wirtschaftswunder“ nicht nur in den höheren wirtschaftlichen Wachstumszahlen als in vergleichbaren anderen kapitalistischen Ländern, sondern ebenso sehr in der Errichtung einer „Industriegesellschaft“, durch die „die eigentliche Klassengesellschaft als überwunden angesehen werden kann“³²; einer Gesellschafts- und Staatsordnung also, in welcher es höchstens noch vereinzelt Konflikte, aber keine Klassenkämpfe mehr geben sollte.

32 R. Dahrendorf, Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der Industriegesellschaft, Stuttgart 1957, S. 75.

Als mit den spontanen Streiks des Jahres 1969 die Arbeiterklasse der Bundesrepublik auf breiter Front die Idylle der „Sozialpartnerschafts“-Apostel zerstörte, bestätigte sich erneut die marxistische Analyse, wonach bei aller Unterschiedlichkeit in der Entwicklung der verschiedenen kapitalistischen Länder eines allen gemeinsam ist: Die Verschärfung der kapitalistischen Widersprüche und die Vertiefung der sozialen Gegensätze; demzufolge das Anwachsen der Massenkämpfe der Arbeiterklasse in allen kapitalistischen Ländern.

Gelang es der kapitalistischen Meinungsmanipulation bis zum Jahre 1969 noch, vielen Arbeitern und Angestellten einzureden, ein deutscher Arbeiter streike nicht „wild“, denn ein deutscher Arbeiter sei im Gegensatz zum französischen oder italienischen ein „ordentlicher“, ein „disziplinierter“, ein „treuer“, und außerdem gehe es ihm, weil er „fleißiger“ sei, auch ohne Kampf und Streik besser als seinen ausländischen Kollegen, so wurde dieser nationalsozialistischen Manipulierung mit den September-Streiks des Jahres 1969 ein schwerer Schlag versetzt. Hunderttausende westdeutsche Arbeiter und Angestellte erkannten, daß in den anderen westeuropäischen Ländern nicht aus „Lust an der Freude“ oder aus „Lust am Krawallmachen, am Blaumachen“ usw. gestreikt wurde, sondern weil dort ebenso wie hier die kapitalistische Ausbeutung wirkte, weil dort wie hier gegen die Verschlechterung des Lebensstandards, gegen die ständige Preistreiberei, gegen die zunehmende Arbeitshetze, gegen die andauernde Unsicherheit der Arbeitsplätze angekämpft werden mußte, wenn man nicht völlig „unter die Räder“ kommen wollte.

Der Gegner ist nicht der ausländische Kollege

In allen folgenden Arbeitskämpfen zeigte sich in der Praxis, daß immer mehr Arbeiter und Angestellte diese Lehre begriffen: Gemeinsam kämpften deutsche und ausländische Arbeiter in der Metall- und Chemieindustrie für höhere Löhne und Gehälter, für die Sicherung der Arbeitsplätze. Auch wenn es hier und da den Unternehmern gelang (und noch heute gelingt), einen Keil zwischen die einheimischen und ausländischen Arbeiter zu treiben — die Solidarität wurde stärker, die Erkenntnis, daß der Gegner nicht im anderssprechenden Kollegen, sondern im kapitalistischen Besitzer und Machthaber zu suchen ist, wuchs.

Neue Entwicklungen zeigten sich auch im Kampf der Arbeiterklasse gegen das internationale Monopolkapital auf übernationaler Ebene. Eine aufsehenerregende internationale Kampffraktion führten holländische und deutsche Arbeiter mit Unterstützung von italienischen, griechischen, jugoslawischen und türkischen „Gastarbeitern“ im Jahre 1972 durch, als der größte multinationale Chemiefaserkonzern AKZO durch eine Strategie der künstlichen Verknappung des Kunstfaserangebotes sein Preiserhöhungsdiktat verstärken wollte. Um die Produktion zu reduzieren, wurde die zu dem Weltkonzern gehörenden Enka-Glanzstoff-AG aufgegeben, ihre Betriebe in Breda (Niederlande), Zwijngaarde (Belgien), Rorschach (Schweiz) und Bemberg in Wuppertal stillgelegt.

Kaum wurden diese Pläne bekannt, besetzten die holländischen Arbeiter in Breda die Fabrik und riegelten sie nach außen ab. Ihre Forderung lautete: Erhaltung der Arbeitsplätze nicht nur in Breda, sondern auch in Belgien, der Schweiz und der Bundesrepublik. Sie erklärten, die Besetzung so lange fortzusetzen, bis entsprechende Zusicherungen der Konzernleitung vorlägen.

Einen Tag später traten auch die deutschen Arbeiter in Wuppertal gemeinsam mit den ausländischen Kollegen geschlossen in den Streik. Über die Grenzen hinweg wurden Delegationen ausgetauscht, die internationale Solidarität der Arbeiterschaft eindrucksvoll demonstriert. Eine große Arbeiterfunktionärskonferenz aller betroffenen Belegschaften wurde einberufen, um weitere gemeinsame Aktionen zu beraten und zu beschließen. Die Arbeiter aller Nationalitäten waren sich einig, dem internationalen Kapital entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen.

Das Ergebnis: Nach vier Tagen mußte die Konzernleitung die Waffen strecken. Unter dem internationalen Druck und einer breiten Solidaritätsbewegung, die sich weit über die betroffenen Betriebe hinaus in den einzelnen Ländern entwickelt hatte, sah sich der Weltkonzern gezwungen, die Zurücknahme seiner Stilllegungspläne öffentlich bekanntzugeben.

Französische Erfahrungen

Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre zeigte sich ein deutlich sichtbarer Aufschwung der Kämpfe der Arbeiterschaft in allen kapitalistischen Ländern. Eine der Ursachen dafür war zweifellos das

sich verlangsamende Wirtschaftswachstum und die damit im Zusammenhang schärfer hervortretenden gesellschaftlichen Krisenerscheinungen auf allen Gebieten.

In Frankreich kam es 1968 zu einer Streikbewegung, wie sie das Land bis dahin noch nicht erlebt hatte. Nach den Studentendemonstrationen gegen das gaullistische System weiteten sich die Aktionen auf alle Wirtschaftszweige aus. Mehr als 10 Millionen standen im Streik. Obwohl anarchistische und andere sich „links“ nennende Gruppen Methoden anwendeten und Ziele propagierten, die die breiten Volksmassen, vor allem die Bündnispartner der Arbeiterklasse, verwirrten und so zu einer Schwächung der Kampffront führten, wuchsen in diesen Mai-Tagen des Jahres 1968 auch in neuen Schichten des französischen Volkes die Erkenntnisse, daß man nicht in einer „Industriegesellschaft“ oder „Konsumgesellschaft“, sondern in einer Klassengesellschaft lebt.

In jenen Tagen und Wochen erfuhren viele französische Arbeiter und Angestellte, daß die eigene herrschende Klasse bereit war, die Armee gegen die Arbeiterklasse nicht nur aufmarschieren, sondern auch schießen zu lassen und mit einem Blutbad sondergleichen die eigene Klassenherrschaft zu verteidigen, die Herrschaft, die Macht und Profit sichert. Die französische Arbeiterklasse sammelte aber auch erneut die Erkenntnis, daß man sich vereinigen mußte, wenn man einen so mächtigen Gegner wie das Großkapital und seinen Staatsapparat schlagen will. Viele späteren Kämpfe wurden von diesem stark gewordenen Einheitsgedanken getragen. Gemeinsam gingen Kommunisten und Sozialdemokraten in der Folgezeit auch in Wahlkämpfe.

„Sozialpartnerschaft“ und andere Verschleierungsbegriffe des Großkapitals und seiner Propagandisten konnten große Teile der französischen Arbeiterklasse schon lange nicht mehr verwirren. Ihre größte Gewerkschaftsorganisation, die CGT (Confédération Générale du Travail = Allgemeiner Bund der Arbeit), drückte das aus, was diese Arbeiter denken:

„Die menschliche Gesellschaft kann ihr Schicksal nicht an eine privilegierte und überholte Klasse und an ein Regime ketten, das unfähig ist, den Bedürfnissen unserer Zeit zu entsprechen.“³³

33 Henri Krasucki, in: Gewerkschaften und Klassenkampf, Hrsg. CGT, Paris, o. J., S. 33.

Um dieses System zu überwinden, sei es notwendig, die Kommandostellen der Wirtschaft den Monopolen zu entziehen. „Bei diesen Kommandostellen handelt es sich einerseits um die Banken und das Kreditwesen, d. h. die Finanzwirtschaft, andererseits um die entscheidenden Schlüsselpositionen der Wirtschaft, d. h. die Grundstoffindustrie und die strukturbestimmenden Industriebranchen. Ohne diese Hebel in der Hand zu haben, kann eine Gesellschaft ihre Angelegenheiten nicht meistern, und nichts kann ernstlich und auf dauerhafte Weise verändert werden.“³⁴

Die französischen Gewerkschafter erarbeiteten sich konkrete Vorstellungen, wie den Monopolen die Kommandostellen der Wirtschaft entzogen werden können: Die Betriebe in den Schlüssel-sektoren sind zu verstaatlichen und nach einem Plan zu leiten, der in seiner Gesamtheit auf den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt gerichtet ist. Dabei erkannten die französischen Gewerkschafter sehr klar, daß eine Verstaatlichung nicht zu trennen ist von einer demokratischen Führung der verstaatlichten Unternehmen.

„Was bedeutet das? Das bedeutet, daß die Leitung der verstaatlichten Betriebe aus drei Teilen besteht, d. h. aus Vertretern des Staates, der Arbeitnehmer und der Verbraucher. Die Beschäftigten müssen über ihre Gewerkschaften und gewählten Vertreter zu Wort kommen und angehört werden. Den Staatsbetrieben muß im Rahmen eines unerläßlichen Gesamtplanes ausreichende Autonomie garantiert sein. Dieser Plan muß auf demokratische Weise erarbeitet, realisiert und kontrolliert werden. Den Belegschaften und ihren Gewerkschaften ist dabei wirkliche Teilnahme und echter Einfluß zuzusichern.“³⁵

Im Unterschied zu anderen französischen Gewerkschaftsorganisationen (und auch zu den im DGB vereinigten westdeutschen Gewerkschaften) entwickelte die CGT eine Konzeption, die den Staat nicht unangetastet läßt. In den letzten Jahren konnten auch viele westdeutsche Gewerkschafter, vor allem in den großen Streikaktionen in der Metall- und chemischen Industrie, die Erfahrung machen, wie sehr der Staat Partei ergreift für die Kapitalistenklasse, für das System des Monopolkapitals, weil er selbst Bestandteil dieses Systems ist.

34 Ebenda, S. 34.

35 Ebenda, S. 35.

Die französischen Gewerkschafter zogen daraus die einzig richtige Konsequenz, indem sie erklärten: „Um den Monopolen die Beherrschung der Wirtschaft zu entziehen, muß auch ihre Herrschaft über das politische Leben gebrochen und ein Regime errichtet werden, das sich auf die Volksmassen und ein wahrhaft demokratisches Leben stützt.“³⁶

In der programmatischen Aussage des CGT-Kongresses 1969 wurde unmißverständlich formuliert: „Die Erfahrung hat bewiesen, daß es nicht genügt, ein Unternehmen zu verstaatlichen, damit es den ökonomischen und sozialen Zielen der Arbeiter entspricht . . . Entscheidend ist der Charakter des Staates . . . nur mit der Unterstützung durch die Politik einer Regierung, die im Dienste der Arbeiter und der gesamten arbeitenden Bevölkerung steht, kann das gesellschaftliche Eigentum an den großen Unternehmen ein wirksames Mittel in den Händen der Nation sein.“³⁷

Keine schematische Übertragung

Es kann hier nicht darum gehen, die Forderungen und Programme, die die Arbeiterschaft und ihre Organisationen in den einzelnen kapitalistischen Ländern entwickelten, schematisch auf die Situation in der Bundesrepublik zu übertragen. Aber für die französische Arbeiterschaft gilt wie für die italienische oder die englische das, was die fortgeschrittensten Arbeiter auch in der Bundesrepublik wissen: Der Klassenkampf ist nicht von irgendwem erfunden oder die nationale Besonderheit in irgendeinem Lande. Er ist eine gesellschaftliche Realität in jedem kapitalistischen Lande. Der französische Kapitalist führt diesen Klassenkampf ebenso wie der deutsche, der englische oder der italienische Kapitalist, um seine Privilegien, seine Herrschaft aufrechtzuerhalten. Der deutsche Arbeiter muß den Klassenkampf ebenso führen wie sein französischer, sein italienischer oder sein englischer Kollege, denn alle leiden unter der Ausbeutung und Unterdrückung durch das Kapital, alle wollen eine sozial gesicherte und gerechte Zukunft.

Und ein weiteres ist im Interesse der Arbeiter in den entwickelten kapitalistischen Ländern: sie können voneinander lernen, wie

36 Ebenda.

37 Ebenda.

der Klassenkampf am wirkungsvollsten zu führen ist. Bei allen Unterschiedlichkeiten in der bisherigen Entwicklung vollzog sich in den 60er Jahren ein Prozeß der fortschreitenden Integration der westeuropäischen Länder, der das westeuropäische Kapital nicht nur zu einem relativ selbständigen Faktor in der Weltpolitik werden ließ, sondern auch zu einer weitergehenden Angleichung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Inneren des „westeuropäischen Blocks“ führte. Immer stärker drängen deshalb auch die fortschrittlichsten Gewerkschafter in allen westeuropäischen Ländern darauf, die Kontakte untereinander herzustellen und auszubauen. Immer dringender wird es, die sozialen Kämpfe in den einzelnen Ländern miteinander zu verbinden. Die Bedürfnisse und Forderungen der Arbeiter aller westeuropäischen Länder stimmen immer mehr überein.

Im selben Jahr 1971, da die Arbeiter und Angestellten in der Chemie- und Metallindustrie der Bundesrepublik in erbitterter Auseinandersetzung mit dem Großkapital standen, kam es auch in Frankreich zu zahlreichen Klassenkämpfen. In Lothringen streikten die Bergarbeiter gegen die geplante Stilllegung von Zechen und Gruben sowie für Lohnerhöhungen, für die Ansiedlung neuer Industriebetriebe, für die Einleitung von Umschulungsmaßnahmen. Eine Häufung von betrieblichen Kampfaktionen, wie wir sie 1973 in der Bundesrepublik beim Kampf um Teuerungszulagen erlebten, war in Frankreich bereits im Jahre 1971 zu verzeichnen. Im Verlauf von nur einer Woche erkämpften

- die Belegschaft der Camping-Gaz-Lyon, die zu 90 Prozent aus Frauen besteht, einen monatlichen Mindestlohn von 1000 Franc (bei einer 40-Stunden-Woche), die Erhöhung des Urlaubsgeldes um 60 NF auf 460 NF sowie die Abschaffung der niedrigsten Lohngruppe;
- die Arbeiter in den Großbrauereien die Absicherung eines 13. Monatslohnes sowie Lohnerhöhungen und Erhöhungen des Urlaubsgeldes;
- die Beschäftigten der Cartonage Mécanique in Gravelines eine Erhöhung des Urlaubsgeldes um 25 Prozent sowie Verbesserungen des Lohnes und der Nachtzuschläge;
- die Lackierer des Berliet-Lkw-Werkes in Vénissieux Lohnerhöhungen und Schichtprämien;

- die Angestellten der Berufsfeuerwehr Verbesserungen bei der Lohneinstufung, bessere Prämienzahlungen und berufliche Fortbildung;
- die Belegschaft der Grenelle-Großwäscherei Lohnerhöhungen und Verbesserung des Urlaubsgeldes;
- die 100 000 Bauarbeiter der Region Paris Lohnerhöhungen um 12,36 Prozent;
- die Zementwerker von Cambier eine Erhöhung der Produktionsprämien um 20 Prozent und eine Heraufsetzung des Stundenlohnes um 0,35 NF;
- die Angestellten der Air France Lohnerhöhungen, eine Beschäftigungsgarantie, eine Verkürzung der Arbeitszeit sowie verbesserte berufliche Fortbildungsmöglichkeiten.³⁸

Kombinierte Kampfformen

Weitere herausragende Kampfaktionen einzelner Belegschaften waren der 45tägige Streik von 1800 Metallarbeitern der zum Maschinenbau-Konzern Creusot-Loire gehörenden Fabrik Batignolles für die Angleichung ihrer Löhne an die der anderen Metallarbeiter des Bezirks, wobei sich eine Solidaritätsaktion über ganz Frankreich entwickelte, in deren Verlauf mehr als eine Million Franc als Solidaritätsspenden gesammelt wurden, die Belegschaften anderer Industriezweige Solidaritätsstreiks durchführten und

- was es in der Bundesrepublik bislang noch kaum gegeben hat
- Bauern und Einzelhändler die Streikenden durch verbilligte Lebensmittel unterstützten.³⁹

Über mehrere Wochen lang streikten 1971 die Arbeiter der Renault-Werke, nachdem die unqualifizierten und angelesenen, vorwiegend die Fließbandarbeiter, die Arbeit niedergelegt hatten, um die Einstufung in höhere Lohngruppen zu erreichen. Problematisch war die Situation, weil die Facharbeiter, die Angestellten, die Ingenieure zunächst nicht an diesem Kampf teilnahmen.

38 Vgl. Lothar Peter, *Klassenkämpfe in Frankreich heute*, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1972, S. 52.

39 Vgl. Albers/Goldschmidt/Oehlke, *Klassenkämpfe in Westeuropa*, Reinbek bei Hamburg 1971, S. 86 ff.

Wie so oft in der Vergangenheit trug auch hier die nackt zur Schau getragene Machtpolitik der Monopolherren zur Solidarisierung der gesamten Belegschaft bei. Mit dem übelsten Mittel, das die westdeutschen Metallunternehmer im selben Jahr auch an den deutschen Metallarbeitern ausprobierten, der Aussperrung, gingen die Renault-Herren gegen die Arbeiter vor. Während einer großen Protestkundgebung, die, von den Gewerkschaften organisiert, die Belegschaft außerhalb des Betriebes auf den „Place Nationale“ in Boulogne-Billancourt führte, verfügte die Unternehmensleitung die Aussperrung. Als nunmehr in allen Werken von Renault die Fließbänder stillstanden, wurde auch den Facharbeitern klar, daß hier nicht nur ein Schlag gegen die Angelernten geführt werden sollte, sondern gegen alle Beschäftigten bei Renault. Durch die Anwendung kombinierter Kampfaktionen, wie Werksbesetzungen und punktuelle Streiks, wurde die Renault-Direktion schließlich zu Verhandlungen gezwungen. Zwar wurden nicht alle ursprünglichen Forderungen voll verwirklicht, aber doch so wesentliche materielle Erfolge erzielt, daß 80 Prozent der Streikenden in einer Abstimmung die Verhandlungsergebnisse der Gewerkschaften billigten.

Eine wichtige Schlußfolgerung, gültig für den Kampf der Belegschaften in allen kapitalistischen Ländern, zog die Betriebszeitung der Französischen Kommunistischen Partei für das Renault-Werk Billancourt:

„Es kommt für die Arbeiter auch darauf an, . . . wenn sie die Einheit verwirklichen wollen, die demokratische Entscheidung der Arbeiter anzuerkennen; es kommt darauf an, den Grad der Kampfbereitschaft jeder Kategorie zu berücksichtigen, die zu einer breiten Einheit beitragen kann. Die Analyse der Kampfformen, die dem Bewußtsein der einzelnen Schichten entsprechen, die Erfahrungen und Erfolge von gestern weisen den Weg für die Kämpfe von morgen.“⁴⁰

Große Errungenschaft: Aktionseinheit

Im Jahr darauf zeigte sich, wie schnell die französischen Kollegen ihre neu gewonnenen Kampferfahrungen in die Tat umsetzten. Zum Höhepunkt der Streikkämpfe wurde erneut ein vierwöchiger

40 Lothar Peter, Klassenkämpfe . . . , a. a. O., S. 94.

Ausstand der 90 000 Renault-Arbeiter. Die einheitliche und geschlossene Aktion endete diesmal mit einem vollen Sieg der Belegschaft. Die Generaldirektion von Renault mußte folgenden Forderungen zustimmen: 60 000 Arbeiter kommen in die nächsthöhere Lohnkategorie; volle Lohngarantie für alle Arbeiter mit mehr als achtjähriger Betriebszugehörigkeit; alle Streiktage werden zu 47 Prozent bezahlt; kein Streikender darf Repressalien ausgesetzt werden!

Auch über das ganze Jahr 1972 hinweg traten Belegschaften und Beschäftigte der verschiedensten Industrie- und Wirtschaftszweige in den Streik. Die immer mehr sich festigende Erkenntnis: die Einheit der Arbeiterklasse ist die Voraussetzung, den Klassenkampf gegen das Großkapital siegreich zu bestehen.

Was in Tausenden Kämpfen in der Vergangenheit an der ökonomischen Front, in den Betrieben und Büros, bei den Arbeitern, den Angestellten, den Beamten sich als notwendig und richtig erwiesen hatte, das begann in diesem Jahr 1972 auch an der politischen Front feste Gestalt anzunehmen: Die Sozialdemokraten und Kommunisten Frankreichs, die FKP und die SFIO, billigten das Abkommen über ein gemeinsames Regierungsprogramm. Kommunisten und Sozialdemokraten kamen überein, gemeinsam für die Beendigung der Macht der Geldgewaltigen einzutreten. Von den Positionen der Arbeiterklasse aus erklärte der Generalsekretär der Französischen Kommunistischen Partei, Georges Marchais:

„Die Welt steht verkehrt. Man muß sie richtig stellen. Man muß ein System anstreben, in dem der Reichtum denen zukommt, die ihn schaffen, in dem die Menschen tatsächlich über die Angelegenheiten, die sie betreffen, bestimmen, ein System, in dem das oberste Ziel nicht der Profit einiger weniger, sondern die Befriedigung der Bedürfnisse aller ist.“⁴¹

Italienische Erfahrungen

Welche Erfahrungen sammelte die italienische Arbeiterklasse in dieser Zeit der stärker werdenden Klassenkämpfe in den kapitalistischen Ländern?

41 Einleitung zum Regierungsprogramm der FKP, zitiert nach: Marxismus-Digest, Frankfurt am Main, 2/1972, S. 20.

Was sich in Frankreich auf politischer Ebene als neue, höhere Stufe der Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten in der Herausgabe eines gemeinsamen Regierungsprogrammes manifestierte, entwickelte sich in Italien auf gewerkschaftlicher Ebene. Die drei größten Gewerkschaftsverbände bildeten 1972 eine gemeinsame Föderation mit mehr als 7,2 Millionen Mitgliedern. Die CGIL (Allgemeine Italienische Arbeitskonföderation), geleitet von Kommunisten und Sozialisten, die CISL (Italienische Konföderation der Werk tätigenverbände), die von linksstehenden Katholiken geführt wird, und der UIL (Italienischer Arbeiterbund) unter Leitung von Sozialdemokraten und Republikanern, einigten sich auf wirtschafts- und strukturpolitische Forderungen sowie auf gemeinsame Forderungen für höhere Löhne, für einen höheren Beschäftigungsgrad in Italien sowie für weitere Sozialreformen.

Ein solch gemeinsames Programm blieb nicht ohne Rückwirkungen auf die Kampffintensität in Italien. Die Streikzahlen gingen 1972 gleich in die Millionen. Die wirtschaftliche Krise, die zugleich zu einer lang andauernden Instabilität der Regierung führte, sollte mit ihren finanziellen Auswirkungen auf die Arbeiterschaft abgewälzt werden. Sowenig wie in der Bundesrepublik oder in Frankreich waren die italienischen Kapitalisten bereit, auch nur eine Lire freiwillig an die Arbeiterklasse zu geben, obwohl auch sie ihr „Wirtschaftswunder“ hatten und obwohl die Arbeitsproduktivität im Jahrzehnt zwischen 1958 und 1967 mit einer Steigerung um 65 Prozent an erster Stelle vor den Niederlanden, Belgien, der Bundesrepublik und Frankreich lag. Die Löhne allerdings stiegen nicht einmal um die Hälfte der Zunahme der Arbeitsproduktivität.⁴²

Massenstreiks und Solidarität

Im Jahre 1972 kämpften die italienischen Arbeiter und Angestellten ebenso wie ihre Kollegen in der Bundesrepublik immer wieder um höhere Löhne und Gehälter, weil die Lebenshaltungskosten immer weiter steigen. Eine Besonderheit der italienischen Klassenauseinandersetzungen waren die erbitterten Kämpfe der Landarbeiter.

42 Helga Koppel, Klassenkämpfe in Italien heute, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1972, S. 81 ff.

In der Landwirtschaft ist auch nicht der geringste Hauch von „Sozialpartnerschaft“ zu spüren. Die Mehrzahl der Tagelöhner in der Landwirtschaft hat kein festes Arbeitsverhältnis; die mehr als 1,5 Millionen werden nur tageweise oder bestenfalls monatlich beschäftigt und bezahlt, durchschnittlich nicht mehr als 104 Tage im Jahr. Dabei liegen die Löhne um annähernd 50 Prozent unter denen der Bauarbeiter, während die kleine Zahl der Großgrundbesitzer ein Leben in Saus und Braus führt.

Wiederholt streikten 1972 die italienischen Landarbeiter für bessere Tarifverträge und für eine Garantie, daß diejenigen, die mehr als 180 Tage in einem Betrieb arbeiten, ein festes Beschäftigungsverhältnis für das ganze Jahr erhalten.

Es spricht für das hohe Solidaritätsbewußtsein der italienischen Industriearbeiter, wenn sie alle Kampfaktionen ihrer Kollegen „vom Lande“ immer wieder eindrucksvoll unterstützten. So waren die Initiatoren der großen März-Streiks des Jahres 1972, an welchen sich mehr als 7 Millionen Werktätige beteiligten, die Landarbeiter, denen sofort die Bauarbeiter folgten. Von den Gewerkschaften organisierte Solidaritätsstreiks wurden in der Metallindustrie, in der chemischen Industrie, in der Textil- und Lebensmittelindustrie durchgeführt.

Wenige Wochen später wurde den Textilarbeitern Solidarität bezuget. Als 800 000 von ihnen in den Ausstand traten, erklärten sich mehr als 4 Millionen Kollegen aus anderen Industriezweigen durch Streiks solidarisch!

Die größte Streikaktion entfaltete sich jedoch im Oktober des Jahres 1972, als 14 Millionen Arbeiter, Angestellte, Beamte, Wissenschaftler, Künstler die Arbeit niederlegten. Dieser gewaltige Massenstreik war politischer Natur, denn er richtete sich gegen Sprengstoffanschläge, die faschistische Kreise auf Gewerkschaftsdelegierte verübt hatten. In diesem Streik zeigte sich das unvermindert starke antifaschistische Bewußtsein der Mehrheit der italienischen Arbeiterklasse, gespeist aus einer Tradition, die ihren Ursprung im antifaschistischen Kampf der italienischen Arbeiterbewegung gegen Mussolinis und Hitlers Herrschaft hat. Hunderttausende italienische Arbeiter kämpften damals mit der Waffe in der Hand gegen ihre Unterdrücker im eigenen Lande. Dieser Umstand trug entscheidend dazu bei, „das Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft zu entwickeln, bevor der italienische Kapitalismus

sich dem Stand anderer westeuropäischer Länder anzugleichen begann. Die Erkenntnis weiter Teile der Arbeiterschaft Nord- und Mittelitaliens, daß die Wurzeln des Faschismus im Kapitalismus liegen, vor allem aber das Bewußtsein ihrer eigenen Stärke bewahrte sie auch in der Restaurationsphase des kalten Krieges davor, sich durch Antikommunismus und soziale Demagogie in das kapitalistische System integrieren zu lassen“. ⁴³

Wie in den anderen westeuropäischen Ländern zeigte sich auch in Italien, daß die Klassenkämpfe in den einzelnen Ländern immer weniger isoliert voneinander geführt werden können, ganz einfach auch deshalb, weil die Monopolherrschaft nach immer „neuen Größenordnungen“ drängt, die über die Grenzen hinausreichen. So wurden im Jahre 1972 Pläne des zweitgrößten westdeutschen Elektrokonzerns AEG bekannt, sich am größten westeuropäischen Elektrogerätehersteller, dem italienischen Unternehmen Zanussi, zu beteiligen. Als die 30 000 Beschäftigten erfuhren, eine wie starke Bedrohung ihrer Arbeitsplätze dadurch entstehen könnte, legten sie geschlossen die Arbeit nieder.

Im Jahre 1970 hatten sich zwei Monopolgiganten der Gummiindustrie, die italienischen Pirelli-Werke und die britischen Dunlop-Werke, zu einem großen internationalen Monopol zusammengeschlossen. Hier war bereits das eingetreten, was die Arbeiter und Angestellten von Zanussi befürchteten: Durch Rationalisierungsmaßnahmen verloren nach diesem Zusammenschluß bei Dunlop 7800 britische und bei Pirelli 1000 italienische Kollegen ihre Arbeitsplätze. Gegen Pläne für weitere Entlassungen traten deshalb nach einer gründlichen Vorbereitung durch die englischen und italienischen Gewerkschaftsverbände die mehr als 60 000 Dunlop-Pirelli-Arbeiter gleichzeitig und gemeinsam in England und in Italien in den Streik: Gegen die internationalen Monopole die internationale Aktion der Arbeiterklasse!

Englische Erfahrungen

Schon bevor die westdeutschen Arbeiter mit den Septemberstreiks des Jahres 1969 in Aktion getreten waren, trug die englische Arbeiterklasse maßgeblich dazu bei, die Legende der Kapitalisten, nur die „faulen Italiener“ und die „arbeitscheuen Franzosen“

43 Ebenda, S. 18.

seien zu Streiks immer bereit, anschaulich und überzeugend zu widerlegen. In den 60er Jahren war die Streikbewegung in England ständig angestiegen, im Jahre 1970 erreichte sie Ausmaße ganzer Industriezweige. Ende 1970, Anfang 1971 kam es zu industrieweiten Generalstreiks gegen das von der konservativen Regierung erlassene „Gesetz über die Beziehung in der Industrie“ (Industrial-Relations-Act), von den Arbeitern zutreffend als Anti-streikgesetz bezeichnet. ⁴⁴

Im Kampf gegen dieses Gesetz wurde vielen Arbeitern erstmals bewußt, daß sie im „Mutterland der Demokratie“ dem Klassenkampf von seiten des Kapitals ebenso ausgesetzt sind wie die Arbeiter der anderen kapitalistischen Länder. Kämpften die englischen Gewerkschafter bis dahin zumeist ausschließlich um ökonomische Forderungen, so erkannten jetzt immer mehr, daß man ebenso den Kampf auch für die politischen Interessen der Arbeiterklasse und gegen eine Gesetzgebung führen muß, die allein den Unternehmern dient.

Im Jahre 1972 erwies sich die „Sozialpartnerschaft“ in Großbritannien als völlig untauglich, auch nur eine Frage zugunsten der Arbeiterklasse zu beantworten. Im Gegenteil: Es zeigte sich, daß mit Hilfe des Anti-Streikgesetzes, das ja nach den Behauptungen seiner Verfasser nichts anderes sein sollte als ein im partnerschaftlichen Geiste gehandhabtes Schiedsgesetz und demzufolge die Regierung „nur“ dann das Recht erhalte, einen Streik für ungesetzlich zu erklären, wenn die Interessen der „Gemeinschaft“ gefährdet würden, in der Tat immer gegen den einen „Partner“, die Arbeiter, angewendet wurde.

Die herrschende Kapitalistenklasse Großbritanniens erwies sich, mit diesem Gesetz im Rücken, als wenig „gentlemanlike“, als 280 000 Bergarbeiter des Landes Anfang 1972 in den Streik traten. Sechs Streikposten vor dem schottischen Kraftwerk Longannet wurden verhaftet. Diese Repressalie führte zu massenhaften Protestaktionen. Zehntausende Arbeiter anderer Industriezweige traten in Protest- und Solidaritätsstreiks. Schließlich siegten die Bergarbeiter nach beinahe achtwöchigem Kampf.

Erneut wurden Streikposten verhaftet, als 42 000 Dockarbeiter in den Streik für die Sicherung ihrer Arbeitsplätze und die Verbesse-

44 Vgl. Pickshaus/Raulf, Klassenkämpfe in Großbritannien heute, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1973, S. 77 ff.

rung ihrer Arbeitsbedingungen traten. Hatten bis dahin viele Arbeiter und zahlreiche auf dem Boden der „Sozialpartnerschaft“ stehende Gewerkschaftsführer einen Streik gegen ein „legal erlassenes Gesetz“ nicht in Erwägung ziehen wollen, änderte sich die Meinung, nachdem bekanntgeworden war, daß die fünf Streikposten der Dockarbeiter gerade aufgrund des Antistreikgesetzes verhaftet worden waren. Innerhalb von 24 Stunden legten die Kollegen der Verhafteten alle Häfen Großbritanniens lahm. In Solidaritätsstreiks traten die Bergarbeiter von Wales und Schottland, das Bodenpersonal des größten Flugplatzes des Landes, die Automobilarbeiter in Birmingham und Luton, die Busfahrer in London und viele andere Arbeiter und Angestellte. Unter dem Druck dieser Massenaktionen faßte der Generalrat des Trade Union Congress (TUC), die britische Gewerkschaftsführung, den Beschluß, als Antwort auf die Verhaftung der fünf Gewerkschafter einen 24stündigen Generalstreik auszurufen. Diese Ankündigung genügte, um die Regierung zur Freilassung der fünf Verhafteten zu zwingen.

In der Folgezeit verschärften sich die offenen Klassenauseinandersetzungen in Großbritannien weiter. Die Bauarbeiter führten ihren größten Streik seit 50 Jahren durch. Die Arbeiter der Jaguar-Werke streikten viele Wochen lang für Lohnerhöhungen, Werftarbeiter und Eisenbahner traten in den Ausstand. Nach offiziellen Regierungsangaben übertraf die Zahl der durch Streik ausgefallenen Arbeitstage diejenige seit dem Generalstreik im Jahre 1926!

In Großbritannien zeigte sich wie in den anderen kapitalistischen Ländern der Eintritt neuer Schichten von Werktätigen in die Klassenauseinandersetzungen. Im Februar 1973 legten zum ersten Male in der Geschichte des öffentlichen Dienstes aus Protest gegen die gesetzlich verordnete Begrenzung von Lohnerhöhungen 400 000 Staatsbedienstete für 24 Stunden die Arbeit nieder.

Der Einfluß des Weltsozialismus

Das Anwachsen der Klassenkämpfe in den kapitalistischen Ländern, die zunehmend bewußtere Frontstellung breiter Teile der Arbeiterschaft gegen die kapitalistische Ordnung, wurden nicht

zuletzt durch die Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse zugunsten des Weltsozialismus gefördert. Fiel es dem internationalen Kapitalismus in den ersten Nachkriegsjahren, da das erste Land des Sozialismus, die Sowjetunion, noch unvorstellbar verwüstet und zerstört war, das mächtigste kapitalistische Land, die USA, aber nicht nur unzerstört war, sondern alle wirtschaftlichen und industriellen Potenzen hoch entwickelt hatte, leicht, diese Unterschiede zur Propaganda für den Kapitalismus und gegen den Sozialismus zu nutzen, so änderte sich dies im Lauf der Jahre. Vor allem die Erfolge der Sowjetunion auf wissenschaftlich-technischem Gebiet trugen entscheidend dazu bei, im Bewußtsein breiter Massen neuen Einsichten und Erkenntnissen den Zugang zu öffnen. Die Tatsache, daß die Sowjetunion trotz ihrer hohen Kriegsverluste, trotz der totalen Vernichtung eines großen Teils ihrer industriellen Basis schon kurze Zeit nach den USA ebenfalls über nukleare Waffen verfügte, wirkte ernüchternd auf solche aggressiven Kreise des Großkapitals, die in einem 3. Weltkrieg den Sozialismus endgültig liquidieren wollten. Auf die Arbeitermassen der kapitalistischen Länder aber, auf die Millionen Techniker und Wissenschaftler in den USA, in Großbritannien, Frankreich, Italien und in der Bundesrepublik wirkte ein anderes historisches Ereignis: Der erste Mensch, der in den Weltraum flog, war ein Kommunist, war ein Bürger der Sowjetunion, war Kosmonaut Gagarin! Blitzartig erhellte sich die Szenerie der sozialistischen Welt für viele Millionen Menschen in der kapitalistischen Welt. Aus dem Weltraum erklang die „Internationale“. Was das mächtigste kapitalistische Land, die USA, mit allen Mitteln erstrebte, das Zeitalter der Weltraumfahrt zu eröffnen, das schafften „die Russen“, „die Roten“, die Kommunisten des ersten sozialistischen Landes der Welt!

Sicher — für die meisten Menschen war das zunächst ein wissenschaftlich-technischer Erfolg der Sowjetunion, ein überraschender, in den USA wie ein Schock wirkender. Er zerstörte die Legende von der „Rückständigkeit“ der Sowjetunion.

Für den ernsthaften Beobachter aber führte er zu weitergehenden Erkenntnissen, vor allem zu jenen, daß solche technischen und wissenschaftlichen Spitzenleistungen nicht möglich sind ohne eine insgesamt hochentwickelte Industrie und Wissenschaft und daß diese wiederum ein hochentwickeltes Bildungswesen im be-

treffenden Lande zur Voraussetzung hat. Dies wiederum war nicht zu trennen von den gesellschaftlichen Bedingungen, unter welchen ein Land aus krasser industrieller Rückständigkeit und Analphabetentum emporwuchs in die Weltspitze auf vielen Gebieten des wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Lebens.

Viele Zeitgenossen erkannten erstmals die Überlegenheit des sozialistischen Gesellschaftssystems: Solche Leistungen vollbrachten Menschen, die aus der befreiten Arbeiterklasse und Bauernschaft hervorgegangen waren. Solche Leistungen wurden in einer Gesellschaftsordnung vollbracht, die die Kapitalistenherrschaft total beseitigt hatte. In 50 Jahren Sowjetmacht wurde ein Entwicklungsstand erreicht, zu dem Kapitalisten Jahrhunderte benötigen!

Die Sowjetunion erarbeitete die Voraussetzungen, um zu einem der größten Erdöl- und Erdgasproduzenten der Welt zu werden, während Prognosen für die USA, Westeuropa und Japan eine dramatische „Energilücke“ prophezeien. Die Sowjetunion übernahm durch ihre Errungenschaften bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie und der Weltraumfahrt eine internationale Pionierrolle. Mit der Produktion der Sputniks, mit der Entsendung ganzer Satellitenserien in den Weltraum und mit den Weltraumflügen selbst stellte die Sowjetunion das hohe Niveau der sowjetischen Nachrichtentechnik unter Beweis. Auf vielen anderen Gebieten entwickelten sich die Produktivkräfte so stürmisch, wie das nur möglich ist, wenn die Fesseln, die kapitalistische Eigentumsverhältnisse ihnen anlegen, gesprengt sind. Und wer wissen will, warum sich das Erstarken des Sozialismus positiv auf die Kämpfe der Arbeiterklasse in allen europäischen kapitalistischen Ländern auswirkt, wer wissen will, welches das materielle Fundament der politischen Veränderungen in Europa zugunsten des Sozialismus ist, der findet die Antwort in der Tatsache, daß „die sozialistischen Staaten in den 60er Jahren im Umfang der Industrieproduktion die kapitalistischen Staaten überflügelten und im Übergang zu den 70er Jahren schon 60 Prozent des Industriepotentials unseres Kontinents stellten“.⁴⁵ Folgende Tabelle veranschaulicht dies:

45 Lutz Maier, Die allgemeine Krise des Kapitalismus, in: IPW-Berichte, 5/1973, Institut für internationale Politik und Wirtschaft, Berlin, S. 4.

Ökonomisches Kräfteverhältnis in Europa — Anteile an der Industrieproduktion Europas in Prozent ⁴⁶

	Sozialistische Länder (RGW)	Kapitalistische Länder
1950	39,1	60,9
1960	52,3	47,7
1970	59,8	40,2

(Berechnet nach: Monthly Bulletin of Statistics [Hrsg. UN] New York)

Die sowjetischen Erfolge und die der anderen sozialistischen Länder waren nicht nur technische oder wissenschaftliche Erfolge, sondern sozialistische Siege, Erfolge in den internationalen Klassenauseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

DDR — siegreich im Klassenkampf

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der Klassenkämpfe in der Bundesrepublik war natürlich das Erstarken der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik. In den frühen 50er Jahren hatten es die Kapitalisten relativ leicht gehabt, wenn sie Sozialisierungsforderungen mit dem Hinweis auf die „arme Ostzone“ zurückwiesen. Jahrelang war der Unterschied zwischen dem Lebensstandard in der DDR, der damaligen sowjetischen Besatzungszone, und der Bundesrepublik, den damaligen Westzonen, erheblich. Die ungleich schlechtere Ausgangsposition der heutigen DDR wurde von den meisten Menschen in der Bundesrepublik überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Wiederum wurden durch die Propaganda der herrschenden Klasse in der Bundesrepublik diese unterschiedlichen Ausgangspositionen in Vorzüge des kapitalistischen Systems und in Mängel des Sozialismus umgefälscht. Mit allen Mitteln des Klassenkampfes, wobei die Propaganda noch die harmloseste, der organisierte Menschenhandel und die systematische Wirtschaftssabotage die kriminellsten Methoden waren, wurde versucht, die DDR abzuwürgen. In der Auseinandersetzung mit dem von der Arbeiterklasse geleiteten deutschen Staat zeigte sich erneut, daß das Kapital über Leichen

46 Ebenda.

zu gehen bereit ist, wenn es seine Klasseninteressen durchzusetzen gilt. Länger als 20 Jahre war es die DDR, waren es die führenden Kommunisten dieses Landes, die an die westdeutschen Machthaber appellierten, Vernunft walten zu lassen und normale zwischenstaatliche Beziehungen anzuknüpfen. Aber so, wie die Kapitalisten immer wieder Gewerkschaftsforderungen nach höheren Löhnen ablehnten und zu Zugeständnissen erst bereit waren, wenn die Arbeiterklasse die Faust zeigte und in Aktionen bis zu Streiks ihre Macht demonstrierte, so verhielten sich die Kapitalisten auch gegenüber der DDR. Sie sagten nein zu allen DDR-Vorschlägen, bis die DDR so stark war, auch ohne und gegen die Bundesrepublik weltweite Anerkennung zu finden. Allein die erstarkte Arbeiter- und Bauernmacht der DDR, fest verbunden mit den anderen sozialistischen Staaten, brachte die Kapitalisten unseres Landes zur „Vernunft“, das heißt, zu vertraglichen Abmachungen mit der DDR, die das bestätigten, was die DDR seit langem gefordert hatte, Anerkennung der Grenzen, Unverletzlichkeit des Territoriums, Verzicht auf Gewaltanwendung, vernünftiges Zusammenleben nach den Regeln des Völkerrechts.

Erfolge auch für die Arbeiterklasse der BRD

Die Erfolge bei der Durchsetzung einer Politik der friedlichen Koexistenz, wie sie von den sozialistischen Ländern in den ersten drei Jahren der siebziger Jahre erzielt wurden, wurden auch zu Erfolgen für die Arbeiterschaft der Bundesrepublik. Schon in den Hoch-Zeiten des Kalten Krieges hatten die Kapitalisten, oft ohne daß es die Betroffenen merkten, soziale Zugeständnisse deshalb gemacht, um das Beispiel der DDR nicht zur Wirkung kommen zu lassen. Alle Hetze gegen die DDR und alle Manipulierung durch hohes Konsumangebot hatten nie vermocht, das Interesse westdeutscher Arbeiter an der DDR total zu verdrängen. Tausende von Gewerkschaftern, von sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Kollegen fuhren jährlich in die DDR, um zu sehen, wie ein deutscher Staat ohne Kapitalisten aufgebaut wird. Selbst in den Jahren, da mit Zuchthaus bestraft wurde, wer Kontakte zu Gewerkschaften, zu Sportvereinen oder anderen Organisationen oder Institutionen der DDR unterhielt, da jeder Brief und jedes Päckchen in westdeutschen Kontrollstellen daraufhin untersucht wurde, ob es sozialistische DDR-Propaganda enthielt, informier-

ten sich Arbeiter, Angestellte und immer mehr Jugendliche über den sozialistischen deutschen Staat.

Eine zunehmend stärker werdende Bewegung für die Anerkennung der DDR durchbrach in den sechziger Jahren mehr und mehr die Klassenschranken, die die Kapitalisten vor der DDR errichtet hatten. Es ließ sich nicht länger verheimlichen, was den sozialistischen deutschen Staat auszeichnet: Arbeitslosigkeit ist unbekannt; Angst um den Arbeitsplatz existiert nicht; Währungskrisen hat es nie gegeben; das Geld wird mehr wert statt weniger; die Berufsausbildung und die Schulbildung sind besser als in der Bundesrepublik; in der Gesundheitsvor- und -fürsorge steht die DDR mit an der Spitze der Welt; die Gleichberechtigung der Frau steht nicht nur auf dem Papier; die Umwelt wird nach den Bedürfnissen der Menschen, nicht nach den Interessen irgendwelcher Privatbesitzer an Produktionsmitteln gestaltet; alles ist so, weil nicht Kapitalisten, sondern Arbeiter herrschen, weil die Produktionsmittel nicht Privateigentum, sondern Volkseigentum sind.

Den Hauptwiderspruch beseitigt

Dabei behauptet niemand, am allerwenigsten die Kommunisten in den sozialistischen Ländern, daß alle Probleme gelöst wären. Niemand verkennet, daß es noch manchen Unterschied im Lebensstandard gibt; niemand übersieht Widersprüche, die sich aus der Arbeitsteilung im Produktionsprozeß ergeben können; natürlich existieren noch Unterschiede zwischen Arbeitern und Intellektuellen oder zwischen Stadt und Land.

Das Wichtigste jedoch ist: Der unversöhnliche Hauptwiderspruch, der zwischen Kapital und Arbeit, existiert nicht mehr. Was Friedrich Engels im Vorwort zum Kommunistischen Manifest, einer Ausgabe des Jahres 1883, schrieb, daß die „ausgebeutete und unterdrückte Klasse (das Proletariat) sich nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückenden Klasse (der Bourgeoisie) befreien kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen zu befreien“⁴⁷,

47 Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 3; Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1970, S. 12 f.; Marx/Engels, Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Bd. I, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1970, S. 389.

das kann jeder Arbeiter und Angestellte, jeder Mensch der Bundesrepublik aus nächster Nähe am Beispiel eines historischen Prozesses in der DDR miterleben.

Deshalb sind es nicht nur politische, sondern auch moralische Impulse, die die Welt des Sozialismus ausstrahlt. Statt verlogener „Sozialpartnerschaft“ streben die Werktätigen immer stärker nach einer wahrhaft menschlichen Gesellschaft, in der die Voraussetzungen für die volle Entfaltung der Persönlichkeit gegeben, die Ursachen für die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und für die Ausrottung des Menschen durch den Menschen überwunden sind. Die Arbeiterklasse auch unseres Landes will die aktive Teilnahme an den wichtigen Entscheidungen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Die Erkenntnis verbreitet sich, daß nur im Sozialismus, dort, wo die Arbeiterklasse regiert, das Mitplanen, Mitentscheiden und Mitregieren jedes einzelnen Werktätigen möglich ist.

Die Marxisten und der Klassenkampf

Hätte Karl Marx nie das Licht der Welt erblickt, dann hätte es nie den Marxismus und seine Lehre vom Klassenkampf gegeben, dann hätten wir Ruhe und Frieden in der Welt, dann wäre alles gut. So behaupten Kapitalisten und ihre Propagandisten. Als die CDU auf dem Höhepunkt ihrer politischen Macht war, erklärte sie in ihrem Aufruf zu den Bundestagswahlen des Jahres 1965: „Die CDU/CSU hat die Klassen und den Klassenkampf in der Bundesrepublik überwunden.“¹ Viele Bundesbürger, auch viele Arbeiter, waren bereit, diesen Behauptungen Glauben zu schenken. Ihre eigenen Erfahrungen schienen solche Behauptungen zu bestätigen. Große Streikkämpfe hatten sie in den zurückliegenden Jahren kaum erlebt. Not und Elend durch Krieg und Zerstörung waren überwunden; Massenarbeitslosigkeit und Inflation waren nur noch eine schwache Erinnerung an die große Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre. Zu der Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterschaft kam die systematische geistige Beeinflussung durch fast ausnahmslos alle Institutionen, Massenmedien, Parteien und Organisationen, die, ohne die wirklichen Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung zu kennen oder in der bewußten Absicht, einen dichten Schleier darüber zu breiten, aus einigen Erscheinungen an der Oberfläche des wirtschaftlichen und politischen Lebens die „neue, historische Erkenntnis“ von der Auflösung der Klassen und Klassengegensätze ableiteten. Die einzige Partei, die diesen Schleier hätte zerreißen können, die Kommunistische Partei Deutschlands, war 1956 verboten worden.

Daß das Hauptblatt des Zeitungskonzernherrn Axel Cäsar Springer, „Die Welt“, damals schrieb: „Der Kapitalist als Ausbeuter

1 Vgl. Dokumentation. Die Geschichte der CDU, Hrg. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn 1972, S. 58.

ist so gut wie verschwunden“, wundert heute überhaupt niemand.² Daß aber in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ ein Professor Siegfried Landshut behaupten konnte: „Schon ist das, was Marx noch als Proletariat kennzeichnete, in der westlichen Welt nicht mehr identifizierbar“³, zeugt von der damaligen Blindheit und Ignoranz, bestenfalls von der Oberflächlichkeit, mit welcher gesellschaftliche Phänomene untersucht und dargestellt wurden. (An anderer Stelle wird darzulegen sein, wie entsprechende Versuche bis zum heutigen Tage andauern, obwohl „das, was Marx noch als Proletariat bezeichnete“, immer stürmischer an den Herrschaftstüren des Kapitals rüttelt.)

Der Klassenkampf ist keine marxistische Erfindung

Mancher Leser dieses Büchleins, ob Arbeiter, Angestellter, Lehrling, ob jung oder alt, Mann oder Frau, wird bestätigen können, daß er weder an Karl Marx dachte noch von einem Kommunisten an der Hand geführt wurde, als er sich entschloß, gemeinsam mit anderen Kollegen seinem Protest gegen die ständigen Preissteigerungen Ausdruck zu geben, auf einer Versammlung seine kritische Meinung zu äußern, auf einer Kundgebung für einen Preisstopp zu stimmen, auf der Straße für höhere Löhne zu demonstrieren oder mit einem Streik das schärfste Mittel im Kampf für die Durchsetzung berechtigter Forderungen anzuwenden.

In der Tat haben Karl Marx und Friedrich Engels den Klassenkampf nicht erfunden. Er wurde geführt, bevor die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus das Licht der Welt erblickten. Die geschichtliche Tatsache, daß Klassen existieren, die gegensätzlicher Natur sind und deshalb in ständiger Auseinandersetzung miteinander liegen, wurden nicht einmal von Karl Marx und Friedrich Engels entdeckt. Sie selbst haben das nie für sich in Anspruch genommen und kein Marxist hat das je behauptet. Marx hat sogar ausdrücklich festgestellt:

„Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses

2 Die Welt vom 31. 10. 1961.

3 Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 8/1956.

Kampfes der Klassen, und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt.“⁴

Was Marx und Engels leisteten, war dies: sie deckten auf, warum es Klassen gibt, seit wann es Klassen gibt und wie lange es Klassen geben wird; sie erforschten, daß es nicht immer Klassen gegeben hat und nicht immer geben wird; und sie kamen zu der außerordentlichen Erkenntnis, „daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist“.⁵

Die bestimmende Rolle der gesellschaftlichen Beziehungen im Produktionsprozeß — das ist die grundlegende Idee des Marxismus. Wer verstehen will, warum es in der kapitalistischen Welt immer wieder und von Jahr zu Jahr stärker zu wirtschaftlichen und politischen Konflikten aller Art kommt, warum es trotz aller Gesundheitserei des Kapitalismus und aller Wahrsagerei über die Außerkraftsetzung der marxistischen Theorie zu Krisen und Inflation, zu Streiks und Demonstrationen, zu Kriegen und Revolutionen kommt, der findet den Schlüssel zu den richtigen Antworten allein und letztlich in der materiellen Produktion, das heißt, angewendet auf die bürgerliche Gesellschaftsordnung, in der Untersuchung des Verhältnisses von Arbeit und Kapital in der Produktion.

Einige weniger plumpe Verteidiger des Kapitalismus meinen besonders schlaue zu sein, wenn sie zur Rechtfertigung ihrer „Sozialpartnerschafts“-Theorie auf Marx verweisen, der erklärt habe, unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen bedingten sich Lohnarbeit und Kapital gegenseitig notwendig, ohne Lohnarbeit gebe es kein Kapital, aber ohne Kapital auch keine Lohnarbeit. Wollte man eine gerechte und konfliktfreie Ordnung, dann müsse man eben nur dafür sorgen, daß beide notwendigen „Produktionsfaktoren“, Kapital und Arbeit, gleichberechtigt miteinander verkehrten.

Leute, die solches behaupten, tun sehr schlaue, haben aber Karl Marx nie gelesen, wenn doch, dann haben sie ihn nie verstanden, und wenn sie ihn verstanden haben, dann haben sie ihn bewußt verfälscht. Karl Marx polemisierte genau gegen solche Herrschaf-

4 Marx/Engels, Werke, Bd. 28, Berlin 1963, S. 507/508.

5 Ebenda, S. 508.

ten, als er im Jahre 1849 in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ eine Artikelfolge unter der Überschrift „Lohnarbeit und Kapital“ veröffentlichte und wörtlich schrieb:

„Das Interesse des Kapitalisten und des Arbeiters ist also dasselbe, behaupten die Bourgeois und ihre Ökonomen. Und in der Tat! Der Arbeiter geht zugrunde, wenn ihn das Kapital nicht beschäftigt. Das Kapital geht zugrunde, wenn es die Arbeitskraft nicht ausbeutet, und um sie auszubeuten, muß es sie kaufen.“⁶

Und an anderer Stelle betonte Marx: „Die Interessen des Kapitals und die Interessen der Arbeiter sind dieselben, heißt nur: Kapital und Lohnarbeit sind zwei Seiten eines und desselben Verhältnisses. Die eine bedingt die andere, wie der Wucherer und Verschwender sich wechselseitig bedingen. Solange der Lohnarbeiter Lohnarbeiter ist, hängt sein Los vom Kapital ab. Das ist die vielgerühmte Gemeinsamkeit des Interesses von Arbeiter und Kapitalist.“⁷

Karl Marx und Friedrich Engels haben denn auch gründlich untersucht, weshalb der Arbeiter vom Kapitalisten abhängig ist und ein solches Abhängigkeitsverhältnis natürlich das genaue Gegenteil eines Partnerschaftsverhältnisses ist.

Woraus erwächst kapitalistischer Reichtum?

Es ist inzwischen auch dem hartnäckigsten Verfechter der „Sozialpartnerschaft“ schwer geworden, die schreiende Ungleichheit und Ungerechtigkeit in der Vermögensbildung in der Bundesrepublik abzustreiten. Daß unermeßlicher Reichtum auf der einen, aber auf der anderen Seite immer nur gerade soviel an Einkünften vorhanden ist, um einige Punkte über dem Existenzminimum zu leben, ist allgemein bekannt, empört viele Arbeiter und Angestellte, weckt und fördert ihre Bereitschaft, mit und ohne Gewerkschaften für Teuerungszulagen und höhere Löhne zu kämpfen. Franz Josef Strauß nannte das dreist den „Neidkomplex“.⁸

In der Arbeiterklasse wächst aber auch die Erkenntnis über die Ursachen dieses Zustandes und die Kenntnis über die wichtigste, nämlich, daß der Reichtum sich daraus ergibt, daß die Kapitali-

6 Karl Marx, Lohnarbeit und Kapital, Lohn, Preis und Profit, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1969, S. 37.

7 Ebenda, S. 53 f.

8 Unsere Zeit, Nr. 30/1973.

sten die Besitzer von Produktionsmitteln sind, während die Arbeiter und Angestellten lediglich ihre Arbeitskraft besitzen, die sie zudem noch an den Kapitalisten verkaufen müssen, um überhaupt arbeiten zu können. Und hier kommen wir der Frage auf den Grund, warum „Sozialpartnerschaft“ so unmöglich ist, wie die Vermischung von Feuer und Wasser. Würde der Kapitalist sich tatsächlich wie ein „Sozialpartner“ verhalten wollen, müsste er aufhören, Kapitalist zu sein, d. h., er müsste aufhören, Besitzer von Produktionsmitteln zu sein, er müsste aufhören, die Arbeitskraft der Arbeiter zu kaufen und aus ihrem Gebrauch seinen Gewinn, seinen Profit zu ziehen. Er müsste seinen Besitz an Produktionsmitteln aufteilen auf alle Arbeiter, alle Arbeiter müssten Produktionsmittelbesitzer werden, und der von ihnen erarbeitete Mehrwert müsste ihnen allen zufließen und nicht in die Tasche eines einzigen Menschen. Für einen solchen gesellschaftlichen Zustand wäre der Begriff „Sozialpartnerschaft“ überflüssig, denn das wäre der gesellschaftliche Zustand, den man Sozialismus nennt, das wäre die Gesellschaftsordnung, die heute in den sozialistischen Ländern Realität ist.

Bis heute hat noch kein Kapitalist freiwillig auf seinen Besitz verzichtet. Im Gegenteil: die Großkapitalisten werden immer größer, Besitz und Reichtum konzentrieren sich in immer weniger Händen. 1,7 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik beherrschen 70 Prozent des Produktivvermögens. Rund 2,4 Prozent der Bevölkerung gehören zur Klasse der Kapitalisten, darunter ganze 300 Menschen, die die entscheidenden Produktionsmittel besitzen. Insgesamt stehen 16 000 Monopol- und anderen Großunternehmen mehr als 20 Millionen Angehörige der Arbeiterklasse gegenüber, die über keinerlei Produktionsmittel verfügen, sondern nur ihre Arbeitskraft zum Verkauf besitzen.

Natürlich ist dieser einfache Sachverhalt nicht immer leicht erkennbar. In den großen Unternehmen des kapitalistischen Gesellschaftskapitals tritt der Eigentümer der Produktionsmittel nicht so personifiziert hervor, wie zu Zeiten, da der selbständige Unternehmer auf der Szene der kapitalistischen Gesellschaft vorherrschte. In den Aktiengesellschaften, den großen Konzernunternehmen, sind zumeist die Spitzenmanager als „die Chefs“ bekannt. Die kapitalistischen Fürsprecher beeilen sich denn auch, daraus die Behauptung abzuleiten, der Kapitalist sei verschwun-

den und damit der natürliche Gegner der Arbeiter. Der Manager erhalte sein Gehalt ebenso wie der kleine Angestellte oder der Arbeiter seinen Lohn, und allesamt könnten im Grunde nur ein Interesse haben, nämlich das Funktionieren und Florieren des Unternehmens zu gewährleisten. Aus derart übereinstimmenden Interessen sei es nur vernünftig, entstehende Verteilungs- oder Autoritätskonflikte durch „partnerschaftliches Verhalten“ zu lösen.

In Wirklichkeit sind die Spitzenmanager ebenso wie die großen Produktionsmittelbesitzer oder die Großaktionäre nicht nur die Beherrscher der Unternehmen und der Wirtschaft, die Lenker und Leiter, sondern auch und gerade die Profiteure, diejenigen also, die die kapitalistische Ausbeutung betreiben; die nicht nur Einkommen aus Supergehältern und Tantiemen erzielen, sondern zumeist auch über großen eigenen Aktienbesitz verfügen.

Nun gibt es wiederum einige Schlaumeier unter den „Sozialpartnerschafts“-Ideologen, die diese Tatsachen gar nicht leugnen. Sie geben zu, daß die Besitz- und Vermögensverhältnisse sehr unterschiedlich sind. Sie geben vor, das Problem damit lösen zu können, indem die Löhne erhöht und die Verteilung „des gemeinsam von Arbeitern und Kapitalisten hervorgebrachten Nationalinkommens“ gerechter gehandhabt wird. Solche Vorstellungen, auf die noch näher eingegangen wird, sind zum Bestandteil der offiziellen Regierungspolitik in Bonn geworden. Alle Versprechungen, ob von CDU/CSU- oder von SPD/FDP-Regierungen in Vergangenheit und Gegenwart gemacht, basieren auf der falschen Annahme, daß die Reichtümer eines Landes nur gerechter verteilt werden müßten, um tatsächlich soziale Gerechtigkeit zu erzielen. Allerdings können dieselben Leute keine Auskunft darüber geben, warum bis auf den heutigen Tag in keinem kapitalistischen Land auch nur im Ansatz eine „gerechtere Vermögensverteilung“ sichtbar geworden ist, etwa dergestalt, daß nicht mehr die Gewinne und Profite sich verdoppeln, sondern die Löhne und Gehälter.

Wer soziale Gerechtigkeit bewirken will, muß wissen, wie einseitiger Reichtum entsteht. Wer wissen will, wie einseitiger Reichtum entsteht, der muß wiederum wissen, was sich unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen abspielt, welche Folgerungen es hat, daß der Kapitalist die Produktionsmittel besitzt, der Arbeiter aber lediglich seine Arbeitskraft.

So entsteht der „geheimnisvolle“ Mehrwert

Jedermann weiß, daß der Arbeiter ein Arbeitsverhältnis eingeht, indem er dem Unternehmer seine „Arbeit“ anbietet und dafür die Zusage einer entsprechenden Entlohnung erhält. In der Tat beginnt danach der Arbeiter zu arbeiten, und es scheint, der Kapitalist bezahle ihn dafür mit Lohn oder Gehalt.

Was an diesem Schein nicht stimmt, ist der Umstand, daß der Arbeiter nicht seine Arbeit dem Kapitalisten verkauft, sondern seine Arbeitskraft. Wäre dem so, daß der Arbeiter „seine Arbeit“ verkauft, müßte er dafür den entsprechenden Gegenwert erhalten, also zum Beispiel für acht Stunden Arbeit den Gegenwert, den er in acht Stunden erarbeitet, herstellt, produziert. Aber wo bliebe denn da der Gewinn des Kapitalisten?

Viele Arbeiter wissen aus eigener Erfahrung, daß der Gegenstand, den sie erarbeiten, herstellen, produzieren, um ein Vielfaches „mehr wert“ ist als der Lohn, den sie für die gleiche Zeit erhalten.

So wissen die Opelarbeiter zum Beispiel, daß an jedem Wagen, den sie produzieren, nur 20,3 Prozent Lohn- und Sozialabgaben-Anteil entstehen, während die Opelaktionäre mehr als 23 Prozent des Preises für sich vereinnahmen. Würde den Opelarbeitern ihre Arbeit bezahlt, also der Wert eines Wagens, den sie hergestellt haben, abzüglich der Kosten für Material, Abschreibungen, usw., dann müßte jeder einzelne von ihnen mindestens das Doppelte seines heutigen Lohnes erhalten. Durch seine Arbeit verdoppelt jeder einzelne Opelarbeiter den Wert des ihm zur Verfügung gestellten Materials. „Der Motor“, die Betriebszeitung der DKP für die Opelarbeiter, errechnete, daß den vorgegebenen Materialien, die benötigt werden, um einen Wagen herzustellen, während des Arbeitsprozesses, der das Endprodukt entstehen läßt, ein Neuwert hinzugefügt wird in Höhe von ca. 44,0 Prozent, während die Material- und „Unkosten“ ca. 56 Prozent ausmachen. Mit anderen Worten:

Wenn die Opelarbeiter beginnen, einen Wagen zu produzieren, dann finden sie Materialien, Maschinen, Werkzeuge, etc. im Werte von ca. 5600 DM vor. Sie selbst erhöhen den Wert dieser Materialien, indem sie sie zu einem Wagen „verarbeiten“, um ca 4400 DM. Die Opelarbeiter erhalten von diesem Neuwert in Höhe von

4400 DM jedoch nur etwa die Hälfte, das sind 2200 DM, die verbliebenen 2200 DM sind der Mehrwert, den die Aktionäre von Opel vereinnahmen!

Diese Unterschiede entstehen, weil der Opelarbeiter eben nicht seine Arbeit bezahlt erhält, also den Wert, der durch seine Arbeit in einem Wagen steckt, sondern lediglich den Wert seiner Arbeitskraft. Deshalb kommt er nach wie vor im Monat auf durchschnittlich 1500 DM brutto, während die Aktionäre täglich Gewinne machen von 4000×2200 DM, denn 4000 Wagen beträgt gegenwärtig der tägliche Produktionsausstoß bei Opel Rüsselsheim. (Natürlich sind dies „entschleierte“ Zahlen, da Investitionen, usw. ebenfalls in den Reichtum der Aktionäre eingehen.)

Der Mehrwert, der aus der Arbeit jedes einzelnen Arbeiters hervorgeht, ist die Quelle des Reichtums des Unternehmers. Das ganze Geheimnis liegt in der einmaligen Eigenschaft der Ware Arbeitskraft. Jede andere Ware verliert, indem sie gebraucht wird, an Wert, wird verbraucht. Die Ware Arbeitskraft aber schafft mehr Wert, wenn sie gebraucht, wenn sie verbraucht wird.

Woher kommt das? Wie jeder anderen Ware Wert bemißt sich auch der der Arbeitskraft nach den Kosten, die zu ihrer Produktion notwendig sind, und die Produktionskosten für die Ware Arbeitskraft bestehen „in derjenigen Summe von Lebensmitteln — oder deren Geldpreis —, die durchschnittlich nötig ist, ihn (den Arbeiter, F. Sch.) arbeitsfähig zu machen, arbeitsfähig zu erhalten und ihn bei seinem Abgang durch Alter, Krankheit oder Tod durch einen neuen Arbeiter zu ersetzen, also die Arbeiterklasse in der benötigten Stärke fortzupflanzen“.⁹

Nimmt man also an, daß der Arbeiter heute ca. 40 DM täglich benötigt, um seine verausgabte Arbeitskraft wiederherzustellen, 40 DM täglich, um die Wohnung, die Kleidung, das Essen, die Entspannung und Erholung für sich und seine Familie zu bezahlen, so bemißt sich sein Lohn in etwa nach diesen Kostenfaktoren. Auf dem Arbeitsmarkt, wie das sinnigerweise im kapitalistischen Sprachgebrauch heißt, wird demnach die Ware des Arbeiters, seine Arbeitskraft, zu einem Preis gehandelt, der um die 40 DM täglich liegt (wobei die Höhe der Ware Arbeitskraft natürlich durch Verknappung ebenso beeinflußt werden kann wie durch

9 Friedrich Engels, Vorwort zu Lohnarbeit und Kapital, in: Karl Marx, Lohnarbeit und Kapital . . ., a. a. O., S. 11 f.

Kampfmaßnahmen, oder umgekehrt eine kampfschwache Arbeiterschaft sich Lohneinbußen gefallen lassen muß oder Massenarbeitslosigkeit zu einem Druck auf die Lohnhöhe, den Preis der Ware Arbeitskraft, führt; immer aber pendelt sich die „Summe von Lebensmitteln oder deren Geldpreis“ auf jenem Durchschnittsniveau ein, das zur Reproduktion, zur Wiederherstellung der Ware Arbeitskraft unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen notwendig ist).¹⁰

Jeder „Sozialpartnerschafts“-Anhänger wird bis zu dieser Stelle sagen: na, bitte; der Arbeiter gibt dem Kapitalisten seine Arbeitskraft im Werte von 40 DM täglich und erhält dafür den vollen Gegenwert von 40 DM Lohn täglich, also einen Wochenlohn von 200 DM oder ein monatliches Einkommen von 1000 DM.¹¹ Das ist doch nicht mehr als richtig, das ist genau das, was wir unter Sozialpartnerschaft verstehen. So sagen die Gegner des Klassenkampfes.

10 In „Lohnarbeit und Kapital“, S. 30 f. schreibt Karl Marx: „Der Preis einer Ware ist bestimmt durch ihre Produktionskosten, in der Weise, daß die Zeiten, worin der Preis dieser Ware über die Produktionskosten steigt, durch die Zeiten ausgeglichen werden, worin er unter die Produktionskosten herabsinkt und umgekehrt. Es gilt dies natürlich nicht für ein einzelnes gegebenes Industrieprodukt, sondern nur für den ganzen Industriezweig. Es gilt also auch nicht für den einzelnen Industriellen, sondern nur für die ganze Klasse der Industriellen. Die Bestimmung des Preises durch die Produktionskosten ist gleich der Bestimmung des Preises durch die Arbeitszeit, die zur Herstellung einer Ware erforderlich ist, denn die Produktionskosten bestehen aus 1. Rohstoffen und Verschleiß von Instrumenten, d. h. aus Industrieprodukten, deren Herstellung eine gewisse Summe von Arbeitstagen gekostet hat, die also eine gewisse Summe von Arbeitszeit darstellen, und 2. aus unmittelbarer Arbeit, deren Maß eben die Zeit ist.

Dieselben allgemeinen Gesetze gelten nun, welche den Preis der Waren im allgemeinen regeln, regeln natürlich auch den Arbeitslohn, den Preis der Arbeit.

Der Lohn der Arbeit wird bald steigen, bald fallen, je nach dem Verhältnis von Nachfrage und Zufuhr, je nachdem sich die Konkurrenz zwischen den Käufern der Arbeitskraft, den Kapitalisten, und den Verkäufern der Arbeitskraft, den Arbeitern, gestaltet. Den Schwankungen der Warenpreise im allgemeinen entsprechen die Schwankungen des Arbeitslohns. Innerhalb dieser Schwankungen aber wird der Preis der Arbeit bestimmt sein durch die Produktionskosten, durch die Arbeitszeit, die erforderlich ist, um diese Ware, die Arbeitskraft, hervorzubringen.“

11 Es handelt sich hierbei um ein angenommenes Zahlenbeispiel.

Dieser Einwand läßt bewußt oder unbewußt außer acht, daß in denselben acht Stunden, für die der Arbeiter 40 DM erhält, von eben demselben Arbeiter ein Neuwert von 80 DM geschaffen wird, wie wir am Beispiel der Opelarbeiter gesehen haben. Die Differenz von 40 DM ist der Mehrwert, genau das, was der „Partner“, der Kapitalist, als Profit einsteckt. Wie sich leicht ausrechnen läßt, erhält also in einem Unternehmen mit 100 Belegschaftsmitgliedern jeder Arbeiter täglich 40 DM, der Unternehmer aber 100 mal 40 DM = 4000 DM täglich!

Nun ist der durch den Arbeiter geschaffene Neuwert von 80 DM nicht zu verwechseln mit dem Verkaufspreis, den der Unternehmer von seinem Kunden verlangt. Dieser Preis des Produkts, das der Arbeiter für einen Lohn von 40 DM am Tag herstellt, beträgt 295 DM und setzt sich wie folgt zusammen:¹²

der Rohstoff in der vorgearbeiteten Form	200,— DM
der Verschleiß der betr. Maschine, des Gebäudes, der Verbrauch von Energie usw. umgerechnet	
auf einen Arbeiter und einen Arbeitstag	15,— DM
der Arbeitslohn	40,— DM
der Profit	40,— DM
	<hr/>
	Verkaufspreis 295,— DM

Jedermann sieht ein, daß der Arbeiter nicht einen Lohn in Höhe des Verkaufspreises erhalten kann; selbstverständlich müssen die bereits vorhandenen Werte von 200,— DM in Abzug gebracht werden, ebenso die echten Produktionskosten, die der Unternehmer hat, eben entstehend durch Verschleiß oder durch die Aufwendungen für benötigte Energie (Kohle, Öl, Strom, usw.). Aber dann bleiben immer noch die 80 DM, von denen der Arbeiter nur 40 DM als Lohn erhält und der Unternehmer 40 DM als Gewinn. Und zu fragen ist, durch welchen Gegenwert der Unternehmer sich diese 40 DM verdient hat? Was er eingebracht hat an Werten? Die Fabrik, die Maschinen, die Werkzeuge usw. hat er voll durch den Verkaufspreis wieder hereingeholt. Den Wert aber, der ausschließlich durch die Bearbeitung des ursprünglichen Gegenstandes durch den Arbeiter um 80 DM vergrößert wurde, hat er sich zur Hälfte angeeignet, obwohl er nicht an diesem Gegenstand gearbeitet hat, obwohl er nicht seine Arbeitskraft dafür

¹² Auch hier handelt es sich um ein angenommenes Zahlenbeispiel.

verausgibt hat. So ist das mit den Kapitalisten generell: ihr Kapital ist nicht das Resultat ihrer Arbeit, sondern entsteht durch die Aneignung fremder Arbeit.

„Sozialpartnerschaft“ geht nicht

Selbst wenn wir den Fall des „mitarbeitenden Kapitalisten“ nehmen, dann wäre der Preis für seine Arbeitskraft selbst bei wohlwollendster Berücksichtigung solcher Kostenfaktoren wie „Repräsentationsaufwand“, höhere Schulbildung, „große Verantwortung“, u. ä. nicht das Hundertfache eines Arbeiterlohnes in einem 100-Mann-Unternehmen, nicht das 1000fache in einem 1000-Mann-Unternehmen und nicht das Hunderttausendfache in einem 100 000-Mann-Unternehmen. Warum aber „verdienen“ die Herren Kapitalisten das Hundert- und Tausendfache eines durchschnittlichen Arbeiterlohnes?

Die Antwort lautet wiederum: Weil sie Besitzer von Produktionsmitteln sind; weil sie dieserhalb Arbeitskraft kaufen und arbeiten lassen können (in unverhülltester, brutaler Form wird das gegenwärtig beim Kauf ausländischer „Arbeitskräfte“ sichtbar); weil diese Arbeitskraft die Eigenschaft hat, in der Arbeit einen höheren Wert zu produzieren als sie selbst hat; weil der Kapitalist sich diesen Mehrwert aneignet; weil daraus Kapital entsteht, das immer neuen Mehrwert heckt und so Millionen- und Milliardenvermögen auf der Seite der Produktionsmittelbesitzer hervorbringt, während der Arbeiter auf seinen 40 DM täglich sitzen bleibt.

Das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln und die Eigentumslosigkeit des Arbeiters, der daraus resultierende Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft an das Kapital mit allen seinen Folgen für die Arbeiterklasse — das sind die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, das ist kapitalistische Ausbeutung. Hieraus erwachsen die unüberbrückbaren Klassengegensätze im Kapitalismus, hieraus erwächst notwendig der Klassenkampf, hieraus ergibt sich, daß „Sozialpartnerschaft“ nicht geht.

So wird deutlich, daß Kapitalist und Manager, die gemeinsam die Verfüger und Nutznießer des Kapitals sind, so und nicht anders handeln können, wenn sie Kapitalist und Verfüger und Nutznießer des Kapitals bleiben wollen. Sie müssen nach immer mehr Mehrwert streben, wenn sie nicht der Konkurrenz unterliegen

wollen; Gewinn unter allen Umständen, das ist das „Lebenselement“ des Kapitalisten. Er kann nicht „teilen“ mit irgendeinem „Partner“, er kann nur niederkonkurrieren oder selber unter die Räder kommen. Schon gar nicht kann er einen Teil seines Geldes abgeben an den „Sozialpartner“, den Arbeiter, wie das besorgte, aber unbedarfte publizistische Ratgeber im ersten Schreck während der September-Streiks des Jahres 1969 empfahlen.

Deshalb gibt es für die Arbeiterklasse eine Schlußfolgerung: Ein System, das nur unter solchen menschenfeindlichen Sachzwängen weiterzuexistieren vermag, muß überwunden werden. Wenn der Preis für den Privatbesitz an Produktionsmitteln die ständig größer werdende Ungleichheit der Einkommen ist; wenn dadurch materielle Differenzen in Hunderttausender-, Millionen- und Milliarden-Größenordnungen auftreten; wenn dadurch äußerste Ungleichheit in der Entfaltung der Persönlichkeit in geistiger und kultureller Hinsicht sich ausbreitet; wenn dadurch permanent gesellschaftliche Konflikte aller Art, wenn dadurch Umweltkrisen und das Leben der Menschheit bedrohende Kriege entstehen, dann ist der Preis einfach nicht mehr zu zahlen, dann ist der Privatbesitz an Produktionsmitteln abzuschaffen, dann sind die Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum zu überführen, dann ist die sozialistische Gesellschaftsordnung zu erkämpfen.

„Der Imker beutet die Bienen aus“

In einem Zeitdokument origineller Art brachte das Kölner politische Jugendkabarett Floh de Cologne die marxistische Mehrwerttheorie in die Versform der Rock-Oper „Lucky Streik“:

**„Der Imker stellt den Bienen einen Bienenstock zur Verfügung
Der Kapitalist stellt den Arbeitern eine Fabrik zur Verfügung**

**Die Bienen sammeln den ganzen Tag Honig
die Arbeiter stellen den ganzen Tag Produkte her**

**Der Imker nimmt den Bienen den Honig weg
der Kapitalist nimmt den Arbeitern die Produkte weg**

**Der Imker gibt den Bienen Zucker dafür
der Kapitalist gibt den Arbeitern Lohn dafür**

Der Honig ist mehr wert als der Zucker
die Produkte sind mehr wert als der Lohn

Der Imker steckt den Mehrwert in die Tasche
der Kapitalist steckt den Mehrwert in seine Tasche

Der Imker beutet die Bienen aus.“

Tausende Jugendliche, darunter viele junge Arbeiter und Lehrlinge, gaben durch ihren Beifall für diesen Text zu verstehen, daß sie den ökonomischen Zusammenhängen der kapitalistischen Ausbeutung auf der Spur sind.

Die Entscheidung fällt im Kampf

Die Kämpfe der Arbeiterklasse gegen das Kapital nahmen wiederholt in den letzten Jahren auch politische Züge an. In allen westeuropäischen Ländern wurden nicht nur erkämpfte Positionen verteidigt, sondern neue Forderungen gestellt, die weit über die augenblickliche Verbesserung der Lohn- oder Arbeitsplatzsituation hinausreichen. Diesen Kämpfen war und ist zunehmend die betont antikapitalistische Ausrichtung gemeinsam. Das war so, als die englische Arbeiterklasse gegen die politische Repressionsmaßnahme, wie sie der Erlaß des Antistreikgesetzes durch die konservative britische Regierung darstellt, ankämpfte. Das zeigte sich in den vielen Kämpfen der französischen Arbeiterklasse gegen diktatorische Maßnahmen des gaullistischen Regimes. Das widerspiegelte sich in den Kämpfen der italienischen Arbeiterklasse für politische Reformen in Stadt und Land. Nicht zuletzt richteten sich Demonstrationen und Streiks in der Bundesrepublik gegen die Versuche der aggressivsten Kreise des Großkapitals und ihrer politischen Wortführer in der CDU/CSU, eine Politik der Entspannung und der Sicherung des Friedens in Europa zu torpedieren.

Auch in den ausgesprochenen Lohnkämpfen wurden immer öfter Forderungen erhoben, die sich gegen die ökonomischen und politischen Grundlagen der kapitalistischen Ordnung richteten. Die Erkenntnis gewann an Boden, daß die Arbeiterklasse im Lohnkampf „gegen Wirkungen kämpft, nicht aber gegen die Ursache

dieser Wirkungen“.¹³ Gerade aber in den Lohnkämpfen der letzten Jahre lernten viele Arbeiter und Angestellte, daß es Sozialpartnerschaft nicht gibt. Die Lohnkämpfe der letzten Jahre waren eine gute Schule für neue Arbeiter- und Angestelltenschichten. In diesen Auseinandersetzungen, wo sich Arbeiter und Kapitalisten unmittelbar gegenüberstehen, zeigte sich immer wieder das wahre Gesicht des angeblichen Partners. Das wird auch in Zukunft in den kapitalistischen Ländern so sein. Denn gerade in der Lohnfrage spitzen sich die Klassenwidersprüche immer wieder am direktesten zu: die Höhe des Lohnes entscheidet nach wie vor wesentlich über die materielle Lebenslage der Arbeiterklasse; andererseits wird der Kapitalist immer wieder versuchen, durch direkte oder indirekte Lohnsenkung den Mehrwert, seinen Gewinn und Profit zu erhöhen. Da hier die Existenzbedingungen des Kapitals den Lebensbedingungen der Arbeiterklasse diametral entgegenstehen, kann es keine „scheidunglich-friedlichen“ Einigungen auf dem Boden der „Sozialpartnerschaft“ geben. Entscheidungen werden hier im Kampf herbeigeführt, im Kampf der beiden gegensätzlichen Klassen, im Klassenkampf.

Die Arbeiterklasse wächst

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten unseres Landes haben in den letzten Jahren vielfältige Erfahrungen mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gemacht. Dabei führte und führt die tägliche Einzelerfahrung nicht automatisch und direkt zu der umfassenden Erkenntnis, in einer kapitalistischen Klassengesellschaft zu leben. Der Gegensatz, der auch heute noch von den meisten Arbeitern spontan genannt wird, ist der zwischen „oben“ und „unten“, wobei die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten sich als „unten“ befindlich fühlen oder wissen. Zunehmend aber verbreitete sich gerade in den letzten Jahren der schärfer werdenden Klassenauseinandersetzungen die individuelle Erfahrung, daß dieses „Oben“ des Kapitals nicht über die Sprossen einer Leiter vom „Unten“ des Arbeiter-, Angestellten- oder Beamtendaseins zu erreichen sein würde. Die Illusion, vor allem bei Ange-

13 Karl Marx, Lohn, Preis und Profit, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 152; Marx/Engels, Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Bd. III, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1971, S. 127; Karl Marx, Lohnarbeit und Kapital . . . , a. a. O., S. 127.

stellten, man müsse nur kräftig, geschickt und ausdauernd genug sein, um in der „Leistungsgesellschaft“ nach oben zu kommen, zerplatzt in dem Maße, in dem sich für alle Lohnabhängigen, insbesondere für die Angestellten, zeigt, daß sie ebenso wie die Arbeiter nur fremdbestimmte Rädchen im Getriebe der kapitalistischen Wirtschaft sind und ihre früheren Sonderstellungen mehr und mehr abgebaut werden. Wieviel Hunderttausende Angestellte arbeiten heute mit einem nicht wesentlich höheren Verdienst als dem eines Facharbeiters? Wie viele arbeiten mit einem geringeren Verdienst? Wie viele Angestellte können mit einer größeren Sicherheit ihres Arbeitsplatzes rechnen als die Arbeiter? Der Anteil dieser „Privilegierten“ verringert sich immer mehr. Es mehren sich die Fälle, da kapitalistische Rationalisierung und Automatisierung zuerst und vor allem Angestellte treffen.

Wäre die in den Nachkriegsjahren verbreitete Behauptung, jeder Arbeiter und Angestellte trage den „Marschallstab des Unternehmers“ im Tornister, richtig gewesen, müßten wir heute ein Volk von Unternehmern sein. Da aber nichts an dieser Behauptung stimmte, da es eben nicht so war und ist, daß die Arbeiterklasse insgesamt durch Fleiß, Wissen und Können zur Kapitalistenklasse aufsteigen kann, leben heute in der Bundesrepublik nicht etwa weniger Arbeiter, Angestellte und Beamte als etwa vor zwanzig Jahren, sondern im Gegenteil mehr: der Anteil aller Arbeiter, Angestellten und Beamten an den westdeutschen Erwerbspersonen stieg von 1950 bis 1970 von 71,6 Prozent auf 81,8 Prozent.¹⁴

Daß vereinzelt auch Söhne von Arbeitern Direktoren oder Vorstandsmitglieder von Großunternehmen werden konnten, änderte nichts an der Tatsache, daß der entscheidende Kern des Monopolkapitals aus Angehörigen von Familien mit zum Teil bis zu hundertjähriger kapitalistischer Tradition gehört. Alle möglichen Gründe, nur nicht „sozialpartnerschaftliche“, bewogen die herrschende Klasse, eine „Blutauffrischung“ aus Arbeiterfamilien vorzunehmen. Auf die minimale Größenordnung wies das Studienbüro für Industriesoziologie in Baden-Baden hin, nachdem es die soziale Herkunft von rund 550 Vorstandsmitgliedern, Direktoren

14 Vgl. Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970, Theorie – Diskussion – Sozialstatistische Analyse, Teil I: Klassenstruktur und Klassentheorie, theoretische Grundlagen und Diskussion, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1973, S. 137 ff.

und Prokuristen großer westdeutscher Kapitalgesellschaften untersucht hatte. Von den Prokuristen kamen 10 Prozent, von den Vorstandsmitgliedern und Direktoren aber nur 4 Prozent aus Arbeiterfamilien. „Mit Sicherheit haben es auch heute noch diejenigen leichter, hohe und höchste Ränge in der Wirtschaft zu erklimmen, die von Geburt an der oberen oder mittleren Schicht der Gesellschaft angehören, und es ist ohne weiteres erkennbar, daß ihre soziale Herkunft um so ausschlaggebender ist, je höher die erstrebten Ränge sind“¹⁵, kommentierte der liberale Wirtschaftsbeobachter Hermann Marcus diese Zahlen.

Wer gehört zu welcher Klasse?

Wer Angehöriger der Kapitalistenklasse ist, das bestimmt sich nicht nach solchen äußeren Lebensumständen wie dem Besitz eines Hauses, eines Autos, guter Kleidung, usw. Es bestimmt sich auch nicht danach, ob „mit der Hand oder mit dem Kopf“ gearbeitet wird, ob ein „weißer Kragen“ während der Arbeit, oder ein „Blaumann“ getragen, ob Lohn oder Gehalt bezogen wird, ob man ein Kommando erteilen darf oder nicht. Das alles sind natürliche Unterscheidungsmerkmale, die nicht unerheblich sind, die sowohl verschiedene Arbeitergruppen kennzeichnen können als auch bestimmte Schichten der Gesellschaft, die zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse stehen. Das entscheidende Merkmal der Klassen ist ihr Verhältnis zu den Produktionsmitteln, und zwar das Eigentumsverhältnis: „Die einen, die Kapitalisten, besitzen die Produktionsmittel und leben auf Kosten der unbezahlten Arbeit der Arbeiter, die anderen, die Klasse der Lohnarbeiter, der Proletarier, besitzen keine Produktionsmittel und leben vom Verkauf ihrer Arbeitskraft auf dem Markt.“¹⁶

Eine präzise Definition des marxistischen Klassenbegriffes gab Lenin: „Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der ge-

15 Hermann Marcus, Wer verdient schon, was er verdient?, a. a. O., S. 38 f.

16 Lenin, Werke, Bd. 6, Berlin 1956, S. 256.

sellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit der anderen aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft.“¹⁷

Wie man sieht, hat diese Definition nichts „Dämonisches“ an sich, birgt sie nicht „geheime Befehle“ an irgendwelche „Aufrührer“ in sich, den Klassenkampf zu „schüren“. Sie nennt die objektiven Kriterien für die Beantwortung der Frage, was Klassen sind und wie sie sich voneinander unterscheiden. Jeder Arbeiter, Angestellte, Beamte, Angehörige der Intelligenz wird mit Hilfe dieser Klassendefinition unschwer ausmachen können, aus welchen Klassen die Gesellschaft der Bundesrepublik zusammengesetzt ist. Zusammen mit seinen eigenen Erfahrungen, mit wem er in den letzten Jahren gemeinsam gegen wen gekämpft hat, zeigt sie ihm, zu welcher Klasse er gehört. Sich darüber bewußt sein, Angehöriger der Arbeiterklasse zu sein, die in diametralem Gegensatz zur Kapitalistenklasse steht, ist der entscheidende Schritt zum Kampf für eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft zugunsten der Arbeiterklasse.

17 Lenin, Werke, Bd. 29, Berlin 1955, S. 410; Lenin, Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Bd. V, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1971, S. 164 f.

Wo stehen die Parteien und Organisationen?

Genau diese Entwicklung des Arbeiterbewußtseins fürchten die heutigen Herren dieser Gesellschaft, wie der Teufel das Weihwasser. Dem richtigen Arbeiterbewußtsein, in einer Klassengesellschaft zu leben, in welcher das Recht der einen Klasse gegen das Recht der anderen steht und Entscheidungen für oder gegen die Interessen der einen oder anderen Klasse nur im Klassenkampf gefällt werden, setzten und setzen die Kapitalisten und ihre politischen Fürsprecher die „Sozialpartnerschaft“ entgegen.

Der bayerische „Sozial“-Minister Pirkl erklärte 1972, als sich der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß anschickte, „von Bayern aus Heil über Deutschland zu bringen“, beschwörend, „das Ende der Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaftern“ bedeute auch „das Ende der sozialen Marktwirtschaft“. Das hieß doch mit anderen Worten, daß eben diese „Partnerschaft“ entscheidend zur Existenz der „sozialen Marktwirtschaft“, der so genannten kapitalistischen Wirtschaft beigetragen hatte. In seltener Offenheit sagte denn auch der Parteifreund von Franz Josef Strauß, „nur die wirkliche sachgerechte Anerkennung des Unternehmers als eines echten Partners und nicht seine Duldung als notwendiges Übel wird unsere Wirtschaft auf ihrem hohen Stand halten können und das für alle sozialen Fortschritte so dringend nötige Wachstum sichern“.¹

Setzte man für „hohen Stand der Wirtschaft“ den „hohen Stand der Profite“, so erhielt man im Klartext, was die CSU tatsächlich unter „Partnerschaft“ versteht, denn was das „Wachstum“ betrifft, so bewirkte es bis auf den heutigen Tag größere soziale Ungleichheit statt sozialen Fortschritt. Zitieren wir noch etwas weiter den bayerischen Minister, so haben wir wesentliche Programm-

1 Bayern-Kurier, München, vom 20. 7. 1972.

Punkte der „Sozialpartnerschafts“-Ideologie vor uns: „Nur die echte Partnerschaft der Verbände von Arbeitgebern und Arbeitnehmern . . . sichern dem einzelnen höchstmögliche Gerechtigkeit beim Lohn und bei den Arbeitsbedingungen“; „Sozialpartnerschaft und nicht Konfrontation ist Voraussetzung dafür, daß wir ebenso wie in der Vergangenheit unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und unsere Wettbewerbsfähigkeit nicht durch unnötige Streiks und Aussperrungen lähmen“; „nur der weitgehende Friede in unseren Betrieben hat es vermocht, unseren heutigen Stand materieller Freiheit und sozialer Sicherheit herbeizuführen“; „Sicherung und Pflege der Partnerschaft erfordern zuvörderst Sicherung und Achtung der verschiedenen Partner“. Und schließlich wieder die unübertreffliche Offenheit: „Deshalb muß ich gerade als Sozialminister fordern, daß auch dem Unternehmer eine gerechte Behandlung durch die Politik und durch die Gesellschaft widerfährt . . .“²

Der „Sozial“-Minister sprach dies vor dem bayerischen Unternehmerverband. Vor bayerischen Gewerkschaftern hätte er nicht behaupten können, sie hätten „die höchstmögliche Gerechtigkeit beim Lohn und bei den Arbeitsbedingungen“ erreicht; vor den Arbeitern hätte er nicht behaupten können, daß ihre Streiks für Teuerungszulagen „unnötig“ gewesen seien; wohl aber hätten die Arbeiter und ihre Organisationen bestätigen können, daß „der weitgehende Friede“ in den Betrieben über Jahre hinweg die Unternehmer in die Lage versetzte, „in Ruhe und Frieden“ Superprofite und Milliardenvermögen zu machen, während ihre „Partner“ bei einer Stagnation, ja sogar bei einem Rückgang ihrer Realinkommen landeten.

Um das Maß voll zu machen, ergänzte der Präsident des Bayerischen Arbeitgeberverbandes, Dr. Freiberg, auf derselben Tagung den bayerischen Sozialminister, der vor der „Ausweitung des Klassenkampfes“ durch „unnötige Streiks“ gewarnt hatte, mit der Erklärung, „wer die Abwehraussperrung der Arbeitgeber im Arbeitskampf als klassenkämpferisch und unsozial verteufelt, dem ist das rechte Verhältnis für ein funktionierendes System der sozialen Marktwirtschaft abzusprechen“.³

2 Ebenda.

3 Ebenda.

CSU will „Gerechtigkeit auch für Unternehmer“

„Soziale Marktwirtschaft“ ist das, was dem Unternehmer nützt. Nicht die Arbeiter und Angestellten leiden unter Ungerechtigkeit, sondern die Kapitalisten, weshalb der „Bayernkurier“, das Wochenblatt des Franz Josef Strauß, den Bericht über die bayrische „Arbeitgeber“tagung überschrieb: „Partnerschaft – Gerechtigkeit auch für Unternehmer.“

Ob die zwei jungen Frankfurter, die eine ironische Flugschrift zugunsten der Unternehmer veröffentlichten, dies nach der Lektüre des „Bayernkurier“ taten, war nicht feststellbar. Sicher aber war und ist heute mehr denn je: Das Jammern der Unternehmer ist nichts anderes als der Versuch, von ihrer einmalig guten Gewinnsituation abzulenken, von ihrer Macht- und Vermögensfülle, die noch nie größer war als heute. Aber ebenso sicher ist ein wachsendes Verständnis vor allem unter der jüngeren Arbeiterschaft für solche Texte, die in Betrieben von Hand zu Hand gehen und die Unternehmer-Propaganda der Lächerlichkeit preisgeben:

„Ich habe mich davon überzeugen lassen, daß es Aufgabe der Arbeitnehmer ist, die Lage der Unternehmer zu verbessern. Die Unternehmer sollen nicht länger von uns Arbeitnehmern ausgebeutet, unterdrückt und diskriminiert werden. Die Unternehmer sind lange genug Menschen zweiter Klasse gewesen. Ich bin mir darüber im klaren, daß ich meinen Arbeitgeber ungerecht behandelt habe, indem ich aus schnöder Gewinnsucht skrupellos die Maschinen und Geräte des Unternehmers benutze, ohne daß ich bisher bereit war, ihm dafür einen Lohn zu zahlen; indem ich den Unternehmer zwingen, in einer einsamen Villa außerhalb der Stadt zu leben, während ich die Vorzüge meiner preisgünstigen Sozialwohnung im Stadtinneren genieße; indem ich mich täglich bedenkenlos dem Rausch der Arbeit im Büro oder am Fließband hingebe, wo ich die Symphonie der Arbeit am schönsten im Gleichklang der Bewegungen erlebe. Davon habe ich meinen Arbeitgeber ausgeschlossen und ihn in die Abgeschiedenheit der Direktionsräume verbannt.

Ich werde künftig meine ganze Kraft für die soziale Gleichstellung des Unternehmers einsetzen.“⁴

4 Flugschrift, unterzeichnet von N. Jungwirth und G. Kromschröder, Frankfurt am Main 1973.

Die Position der „Arbeitgeber“

Im Jahre 1966, als sich die erste größere Wirtschaftskrise in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte anbahnte, Illusionen über ein störungsfreies Wachstum des Kapitalismus an Wirkung und so auch „sozialpartnerschaftliche“ Vorstellungen an Boden verloren, wurde auf einer Tagung der von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ins Leben gerufenen Walter-Raymond-Stiftung ein großangelegter Versuch unternommen, auf „wissenschaftlicher Grundlage“ entsprechende politisch-ideologische Schutzdämme zu errichten. Gemeinsam bemühten sich führende Vertreter aus dem Unternehmerlager, aus der CDU, der SPD, der FDP und aus rechten DGB-Kreisen der „Sozialpartnerschafts“ideologie eine neue Fundierung zu geben, indem historische und aktuelle Erfahrungen aufgearbeitet werden sollten.

Das Großkapital hatte zu diesem Zeitpunkt bereits sehr wohl erkannt, daß eine ganze Ära der westdeutschen Nachkriegsgeschichte zu Ende ging.

Man erwartete eine Zuspitzung der Klassenauseinandersetzungen. Man wollte sich darauf vorbereiten. Deshalb stand die Tagung unter dem Motto „Der Geist echter Zusammenarbeit ist ein gemeinsames Mittel der Gewerkschaften und der Arbeitgeber zur Überwindung des alles vernichtenden Klassenkampfgedankens.“ Dieses Motto war einem Brief entnommen, den der damalige Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Walter Raymond, an den damaligen Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Christian Fette, im Jahre 1951 geschrieben hatte.⁵ Offensichtlich widersprach der DGB-Vorsitzende diesen Worten nie, sonst wären sie nicht zum Motto dieser Tagung gewählt worden.

Die „Arbeitgeber“ sagten bei dieser Gelegenheit den anwesenden SPD- und DGB-Vertretern recht offene Worte, hielten ihnen ihre „Sünden der Vergangenheit“ vor, ohne daß diese dagegen aufstanden, so sehr waren sie inzwischen selber von der „Sozialpartnerschaft“ gefangen. Die „Arbeitgeber“: „Für die sozialistischen Gewerkschaften bestand (vor der Jahrhundertwende; F. S.) zwischen Kapital und Arbeit eine unüberbrückbare Kluft'. In Über-

5 Zitiert in: Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, Bd. 6, Köln und Opladen 1966, S. 5.

einstimmung mit der damaligen Sozialdemokratischen Partei war daher die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in eine sozialistische ihr Fernziel; der ‚Klassenkampf‘ war das Mittel, es zu erreichen.“⁶

Nur weil die Gewerkschaften damals so „klassenkämpferisch“ waren, mußten die Unternehmer sich organisieren, in „Arbeitgeberverbänden“: „Vielfach als Antistreikvereine gegründet, standen für sie abwehrende und schützende Funktionen im Vordergrund.“⁷

Daß die deutsche Arbeiterklasse in jener Zeit schärfster Ausbeutung ausgesetzt war und deshalb zu schärfsten Kampfmitteln greifen mußte, um die nackte Existenz ihrer Familien zu sichern, verschwiegen die „Arbeitgeber“. Wer abwehren und sich schützen mußte, das waren die Arbeiter. „Die Arbeiterlöhne lagen in den Jahren von 1887 bis 1893 etwa 15 Prozent unter dem amtlich errechneten Existenzminimum.“⁸ Selbst durch Streiks und Demonstrationen konnte die Arbeiterschaft ihre Lage nur insoweit verbessern, als ein Jahrzehnt später die Reallöhne „nur noch“ um 11 Prozent unter dem Existenzminimum lagen.

Die „Partnerschaft“ der Kapitalisten sah schon damals so aus wie heute. Sie drückten die Löhne und erhöhten die Preise. Im Jahre 1891 verteuerten sich Brot und Mehl derart, daß die Arbeiterklasse in großen außerparlamentarischen Aktionen „Für billiges Brot“ kämpfen mußte, mehr als 400 Versammlungen fanden mit dieser Forderung statt.

Im Jahre 1966 aber stellten die „Arbeitgeber“ die damalige Situation so dar, als seien ihre Organisationen zur „Verteidigung gegenüber den Streikbewegungen der Gewerkschaften durch Stärkung der Solidarität der Arbeitgeber“ gegründet worden.⁹

Und als nach der Jahrhundertwende dann eine zentrale Kampforganisation des Kapitals, die „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“, geschaffen wurde, verkündete sie in einer ihrer ersten programmatischen Erklärungen das, was seitdem in nur wenig gewandelter Form Kapitalisten und ihre Verbände bis zum heutigen Tage von sich gaben und geben, „als höchstes und vornehmstes

6 Ebenda, S. 16.

7 Ebenda, S. 17.

8 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, Berlin 1966, S. 433.

9 Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, a. a. O., S. 18.

Ziel, . . . ein friedliches Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern. Ist doch ein gedeihlicher Fortschritt der Industrie und eine gesunde Weiterentwicklung der allgemeinen Wohlfahrt nur unter den bedingenden Voraussetzungen friedlicher Zustände und guten Einvernehmens zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft möglich“.¹⁰

Zugeständnisse und Gewalt

Selbstredend betrachteten die Unternehmer damals so wenig wie heute die Ausbeutung der Arbeiterklasse als permanente Gewaltanwendung und Unterdrückung; das wurde als „gottgewollt“ und „naturegeben“ vorausgesetzt. Als ganz „in Ordnung“ befunden wurde natürlich auch die Anwendung der staatlichen Gewalt gegen die Arbeiterklasse in allen nur möglichen Formen bis hin zum Bismarckschen Sozialistengesetz, mit dem 1878 die Sozialdemokratische Partei verboten wurde und alle Klassenkämpfe unterdrückt werden sollten. Die Geschichte bewies, daß die Arbeiterklasse auf die Dauer nicht zu unterdrücken ist! Und es zeigte sich schon damals, wie geschickt die herrschende Klasse denn auch auf dem Klavier der sozialen Zugeständnisse spielte. Bismarcks „große Gesetzgebungswerke“, die gesetzliche Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung wurden erlassen, um die Ausbeutungsverhältnisse „erträglicher“ zu machen, um der Kapitalistenklasse eine möglichst ruhige innere Front zu sichern, die sie „zur Entfaltung und Behauptung gegenüber der internationalen Konkurrenz benötigte“.¹¹ Voller Genugtuung wiesen die Nachfolger der Kapitalisten aus der „Gründerzeit“ im Jahre 1966 darauf hin, daß durch die Kombination von Repression und Zugeständnissen gegenüber der Arbeiterklasse insgesamt eine „positive Bilanz“ gezogen werden konnte. Vor Ausbruch des ersten Weltkrieges, so wurde auf der Tagung der Walter-Raymond-Stiftung hervorgehoben, standen die deutschen Kapitalisten „im Welthandel an zweiter Stelle hinter England und als Industriemacht an zweiter Stelle hinter den Vereinigten Staaten“.¹²

10 Ebenda.

11 Ebenda, S. 19.

12 Ebenda, S. 20.

Die Arbeitsgemeinschaftspolitik

In zweifacher Hinsicht war der Weltkrieg dann das große Geschäft für das deutsche Kapital: auf der materiellen Seite erzielten sie nie dagewesene Rüstungsprofite, auf der politisch-ideologischen Seite wurden die Grundlagen für die spätere organisierte Form der „Sozialpartnerschaft“ gelegt, die die Rettung des kapitalistischen Systems vor der grundlegenden Veränderungen erstrebenden Arbeiterklasse bedeutete. Die sogenannte Zentralarbeitsgemeinschaft, die nach dem ersten Weltkrieg ins Leben gerufen wurde, „stellte die Krönung der weitgehenden Zusammenarbeit beider Seiten im Kriege dar“.¹³ Mit „beiden Seiten“ war die Zusammenarbeit von Kapitalisten und solchen „Arbeiterführern“ gemeint, die bei Ausbruch des ersten Weltkrieges des Kaisers Losung folgten: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“.

Während 1917 und 1918 die Arbeitermassen für die Beendigung des imperialistischen Raubkrieges auf die Straße gingen, während in den Munitionsfabriken die ersten Streiks ausbrachen, während Tausende Arbeiterfrauen gegen Hunger und Not demonstrierten, trafen sich insgeheim „führende Unternehmer und Gewerkschafter wie Hugo Stinnes, Ernst von Borsig, Karl-Friedrich von Siemens, Hans von Raumer, Carl Legien, Theodor Leipart und Adam Stegerwald“, um die Vereinbarung über die „Zentralarbeitsgemeinschaft“ vorzubereiten mit dem Ziel, „wirtschaftliche und soziale Probleme gemeinsam zu beraten und zu lösen“.¹⁴

Das Problem für die Kapitalistenklasse war, ihre Weiterexistenz nach dem Kriege zu sichern. Denn Millionen Arbeiter hatten erkannt, daß das Profitstreben, daß die internationale kapitalistische Konkurrenz, das Streben der Wirtschaftsgiganten nach neuen Absatzmärkten und Rohstoffquellen, nach Vormacht in Europa und nach Weltmacht überhaupt das fürchterliche Gemetzel ausgelöst hatte. Millionen Arbeiter wurden sich bewußt, daß sie — wie im Produktionsprozeß, so auch auf den Schlachtfeldern — nur das Menschenmaterial darstellten, mit dessen Hilfe das Kapital Mehrwert in unvorstellbaren Ausmaßen realisierte. Millionen Arbeiter erkannten, daß im Krieg das Klasseninteresse des Kapitals,

¹³ Ebenda.

¹⁴ Ebenda, S. 21.

Profit zu erzielen, dem Klasseninteresse der Arbeiterklasse buchstäblich mit tödlichen Folgen gegenüberstand. Wie in anderen Ländern, vor allem in Rußland, so wollten die deutschen Arbeiter 1918 endlich Schluß machen mit diesem verbrecherischen System.

Deshalb verhandelten die deutschen Kapitalisten mit den dazu bereiten „Arbeitervertretern“. Deshalb erklärten sie noch 50 Jahre später über die ins Leben gerufene „Zentralarbeitsgemeinschaft“: „Die staatspolitische Bedeutung dieser Gründung kann angesichts der damaligen Bedrohung durch politisch radikale Elemente kaum überschätzt werden. Das Feuer der bolschewistischen Revolution flammte bereits hier und da in den Industriezentren Deutschlands auf. In diesen Monaten nach Kriegsende hat die Zentralarbeitsgemeinschaft ihre geschichtliche Bewährungsprobe bestanden!“¹⁵

Der eigentliche Sinn und Zweck der „Sozialpartnerschaft“ oder „Arbeitsgemeinschaft“ zwischen Kapital und Arbeit war damit klar definiert: nicht nur in Friedenszeiten einen „gedeihlichen Fortschritt“ des Profits und in Kriegszeiten die maximale Erhöhung der Gewinne durch Rüstungsprofite zu sichern, sondern auch in revolutionären Zeiten ein Überleben des kapitalistischen Systems überhaupt zu gewährleisten.

Ein kurzer Weg zu Hitlers „Volksgemeinschaft“

Das war nicht nur 1918 so, sondern vor 1933 ebenso wie nach 1945. Aus der „Arbeitsgemeinschafts“-Politik des Kapitals im ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik, aus der angeblichen „Gemeinschaft von Kapital und Arbeit“ konnte Hitler mühelos die „Volksgemeinschaft“ als Gegenstück zur Klassengesellschaft machen.

Deshalb setzte das Großkapital auf Hitler. Deshalb schrieben Großindustrielle, Bankiers und Großgrundbesitzer im Jahre 1932 an den Reichspräsidenten von Hindenburg: „Wir erkennen in der nationalen Bewegung, die durch unser Volk geht, den verheißungsvollen Beginn einer Zeit, die durch Überwindung des Klassengegengesatzes die unerläßliche Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft erst schafft. Wir wissen, daß dieser Aufstieg noch viele Opfer erfordert. Wir glauben, daß diese Opfer

15 Ebenda.

nur dann willig gebracht werden können, wenn die größte Gruppe dieser nationalen Bewegung führend an der Regierung beteiligt wird.“¹⁶

Welche Opfer mußte die Arbeiterklasse bringen, weil mit Hitlers Machtübernahme die scheußlichste Form einer Gemeinsamkeitspolitik mit dem Kapital siegte? Welche Opfer wären der Arbeiterklasse, dem werktätigen Volk unseres Landes und Europas erspart geblieben, wenn statt Hitler die Arbeiterklasse im Klassenkampf gegen das Großkapital gesiegt hätte?

Die CDU propagierte Gemeineigentum

Nach der militärischen Zerschlagung des Faschismus erkannten wiederum Millionen Arbeiter und Angestellte im Kapital den eigentlichen Schuldigen an Krieg, Tod und Vernichtung. Nunmehr erinnerten sich wieder auch führende Sozialdemokraten, die vor Hitlers Machtübernahme jeden Gedanken an Klassenkampf vergessen hatten, an die gesellschaftlichen Ursachen von Krisen, Krieg und Not:

„Die Schuld an allem Unglück Deutschlands ist die Klassenpolitik des Großbesitzes gewesen, ist seine geistige Erscheinungsform des Nationalismus und Militarismus, ist sein politischer Ausdruck im Nazismus. Diesen Nazismus als letzte Konsequenz der Klassengegensätze klagen wir an.“¹⁷

Bis in die CDU hinein besann man sich auf die alte Erkenntnis der Arbeiterbewegung, die von Karl Marx und Friedrich Engels wissenschaftlich fundiert worden war, daß die Herrschaft des Kapitals überwunden werden muß, wenn die Menschheit eine friedliche Entwicklung nehmen soll. In den „Kölner Leitsätzen“ der CDU vom September 1945 hieß es unmißverständlich:

„Die Vorherrschaft des Großkapitals, der privaten Monopole und Konzerne wird gebrochen . . . Das Gemeineigentum darf soweit erweitert werden, wie das Allgemeinwohl es erfordert. Post und Eisenbahn, Kohlenbergbau und Energieerzeugung sind grund-

16 Eberhard Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht, Köln 1967, S. 70.

17 Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD vom 9.–11. Mai 1946 in Hannover.

sätzlich Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes. Das Bank- und Versicherungswesen unterliegt der staatlichen Kontrolle.“¹⁸

Noch zwei Jahre später wurde im Ahlener Programm der CDU formuliert: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.“¹⁹

Hätte damals einer der Herren der CDU oder SPD auch nur laut zu denken gewagt, mit den Kapitalisten wiederum eine Art von „Gemeinschaft“ oder „Partnerschaft“ einzugehen, der wäre von einer übergroßen Mehrheit unseres Volkes beschuldigt worden, sich mit Verbrechern gemein machen oder deren Partner werden zu wollen.

Dabei blieben die Forderungen nach grundlegender Veränderung der Besitz- und Machtverhältnisse, nach Beseitigung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln der Schlüsselindustrien nicht nur auf Programme und Resolutionen von Parteitag beschränkt. In mehreren Ländern, sowohl der Westzonen als auch der damaligen Ostzone, wurden diese Forderungen Verfassungsgrundsätze. So hieß es in der hessischen Verfassung vom 1. Dezember 1946:

„In Gemeineigentum (werden) überführt: der Bergbau (Kohle, Kali, Erz), die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen; vom Staat beaufsichtigt oder verwaltet (werden): die Großbanken und Versicherungsunternehmen.“

18 Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Hrsg. O. K. Flechtheim, Berlin 1963, Bd. 2, S. 32.

19 Programmatische Erklärung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone auf der Tagung vom 1.–3. Februar 1947 in Ahlen, zitiert in: Norbert Blüm, Reaktion oder Reform – Wohin geht die CDU?, Reinbek bei Hamburg 1972, S. 107.

Daß diese und ähnliche Verfassungsbestimmungen in den Ländern der späteren Bundesrepublik nie Verfassungswirklichkeit wurden, im Gegenteil, die alten Besitz- und Machtverhältnisse restauriert und ausgebaut wurden wie nie zuvor, trug wesentlich dazu bei, die Bundesrepublik zu dem vom Großkapital beherrschten Klassenstaat werden zu lassen.

Genau entgegengesetzt verlief die Entwicklung in der DDR: Dort wurde der Wille der Volksmehrheit respektiert, die — dort ebenso wie in Westdeutschland durch Volksentscheide beschlossenen — Verfassungsartikel in die Tat umgesetzt, der Privatbesitz an Produktionsmitteln systematisch aufgehoben und so die Ursache für die spätere Spaltung der Gesellschaft in sich feindlich gegenüberstehende Klassen beseitigt.

Die Klassenzusammenarbeit von „Arbeiterführern“

Natürlich muß man die Frage stellen, warum sowohl im und nach dem ersten Weltkrieg als auch wenige Jahre nach dem zweiten Weltkrieg führende Arbeitervertreter, warum die sozialdemokratische Parteiführung und viele mit ihr verbundene Gewerkschaftsfunktionäre immer wieder das Spiel des Kapitals mitspielten, warum es immer nur kurze Augenblicke gab, in welchen sie eine annähernd klare Position für die Interessen der Arbeiterklasse bezogen.

Gewiß spielten solche Leute eine Rolle wie Hans Böckler, der erste Vorsitzende des DGB nach 1945. Dieser Mann war bereits 1918 ein Verfechter der Zusammenarbeit zwischen Arbeit und Kapital, er war Sekretär der berüchtigten Zentralarbeitsgemeinschaft von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften. Er trug damals entscheidend dazu bei, die Arbeiterklasse politisch, ideologisch und organisatorisch zu entwaffnen, ihr „Sozialpartnerschaft“ vorzugaukeln, wo entschiedener Klassenkampf notwendig gewesen wäre, um die verderbliche Macht des Kapitals ein für allemal zu brechen. Konnte man von einem solchen „Gewerkschaftsführer“ 30 Jahre später anderes erwarten, als daß er zwar scharfe Worte reden, aber „Klassenzusammenarbeit“ mit dem Kapital praktizieren würde?

Doch die wesentliche Ursache lag nicht in der Unfähigkeit einzelner „Arbeiterführer“, die Geschichte und die gesellschaftlichen

Ereignisse, die sich während vieler Jahre vor ihren Augen abspielten, als Geschichte und Ereignisse des Klassenkampfes zu begreifen; Hans Böckler und andere waren nicht etwa begriffstutzig, handelten nicht etwa als „tunbe Toren“ zugunsten des Kapitals — ihre Handlungsweise war letzten Endes ökonomisch bestimmt. Ökonomisch insofern, als sie zu jener Schicht der Arbeiterklasse gehörten, die sich von der Mehrheit durch eine gewisse privilegierte Stellung abhoben, in die privilegierte Stellung durch eine besonders qualifizierte Art ihrer Tätigkeit, durch notwendig auszuführende Aufsichts- und Leitungsfunktionen, deswegen und vor allem aber durch die Gewährung von höheren Löhnen oder Gehältern aus den Extraprofiten des Kapitals gelangt waren. Wenn gar einer aus der Oberschicht der Arbeiterklasse, wie Böckler in jungen Jahren, in ein von der herrschenden Klasse gewünschtes und gefördertes Gremium einziehen und darin vermeintlich für das „Gemeinwohl“ wirken konnte; wenn andere in „öffentlich-rechtlichen“ Institutionen, wie Krankenkassen und Versicherungsanstalten, besser bezahlte Posten übernehmen; wenn eine zunehmende Zahl von Arbeitern und Angestellten gar in staatspolitische Funktionen rückte, die ihnen auf der Sprossenleiter der Hierarchie höhere Plätze verschafften als ihren ehemaligen Kollegen an der Werkbank, dann mußte bei vielen von ihnen der Eindruck entstehen, „etwas Besonderes“ zu sein, nicht mehr zu den Proleten zu gehören, keinen Klassenkampf mehr führen zu müssen, tatsächlich Partner der Herrschenden zu sein.

Der Opportunismus einer großen Gruppe von Arbeitern und Angestellten, von SPD- und Gewerkschaftsfunktionären war also „kein Zufall, keine Sünde, kein Fehltritt, kein Verrat einzelner Personen, sondern das soziale Produkt einer ganzen historischen Epoche“. ²⁰ Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion, mit ihrer Ausdehnung und Differenzierung mußten diese Obergruppen der Arbeiterklasse entstehen, und mit der Entwicklung des Kapitalismus zum Monopolkapitalismus und staatsmonopolistischen Kapitalismus erzielte das Kapital auch Extra- und Höchstprofite, um diese Oberschicht bezahlen zu können.

Diese ökonomischen Tatbestände bildeten und bilden die wich-

20 W. I. Lenin, Der Zusammenbruch der II. Internationale, in: Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S. 243.

tigste Grundlage für die Entstehung der „Arbeitsgemeinschafts“- und „Sozialpartnerschafts“-Theorie sowie für ein praktisches Verhalten, das den Klassenkampf negiert und nicht selten direkt und bewußt gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet wird.

Andererseits darf nicht übersehen werden, daß Teile der Arbeiteraristokratie in ihre privilegierte Stellung gelangten, weil die Arbeiterklasse einen erfolgreichen Kampf gegen das Kapital führte, weil sie die Kapitalisten zu Zugeständnissen zwingen konnte, weil das Kapital selbst in eine Lage geriet, sich der Mitarbeit und Mitwirkung von Arbeitern und Angestellten versichern zu müssen, um die eigene Herrschaft zu behaupten. Falsch wäre es sicher auch, alle Arbeiter, die zur Schicht dieser „Aristokratie“ gehören, automatisch in die Ecke der politischen Reaktion zu stellen. Nicht wenige Funktionäre der progressiven Arbeiterbewegung gingen aus der Oberschicht der Arbeiterklasse hervor und bewährten und bewähren sich als konsequente Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse.

Theorie und Praxis dieses Opportunismus erhielten schließlich ihre „theoretische“ Rechtfertigung durch den Reformismus und Revisionismus.

Wer im Kapitalismus eine gesicherte Position erreicht hatte, der konnte leicht zu der Auffassung kommen, friedliche Reformen führten eher, leichter und besser zu einem Ergebnis für die Arbeiter als der Klassenkampf. Von da bis zur Revision des Marxismus, der ja „veraltet“ sei, weil Marx unmöglich habe voraussehen können, daß ein Gewerkschaftsführer Minister in einem kapitalistischen Staat oder sogar Staatsoberhaupt werden könne oder Tausende ehemalige Arbeiter und Angestellte Stadträte, Bürgermeister und Landräte, war dann nur noch ein kurzer Weg.

Daß trotz aller Mitwirkung in der Sphäre der kapitalistischen Produktion wie im kapitalistischen Staat an der Lage der Arbeiterklasse sich prinzipiell nichts veränderte; daß die Arbeiterklasse heute über so wenig Besitz an Produktionsmitteln verfügt, wie vor 100 Jahren; daß die Arbeiterklasse heute sowenig wie vor hundert Jahren die Politik des Staates bestimmen kann; daß die Arbeiterklasse heute wie vor hundert Jahren für die Sicherung ihrer Existenzbedingungen, gegen ständige Preissteigerungen, für höhere Löhne und Gehälter kämpfen muß, das alles ficht die Oppor-

tunisten aller Schattierungen wenig an, was wiederum das Charakteristikum eines Opportunisten ist.

Nicht in den einen Topf des Opportunismus

Kein Marxist allerdings ist je auf die Idee gekommen, alle Angehörigen der Obergruppe der Arbeiterklasse in den einen Topf des Opportunismus zu werfen. Es war in der Vergangenheit so und ist heute unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus noch stärker so, daß auch diese Gruppen der Arbeiterklasse, ob Vorarbeiter, Meister, Abteilungsleiter, ob Angehörige von Stammbeschaften, die „ehrenhalber“ zu Angestellten ernannt worden sind, oder solche neuen Gruppen wie Angestellte, Beamte, Angehörige der Intelligenz, notwendig in Konflikt mit dem staatsmonopolistischen System geraten müssen. Das traf und trifft immer mehr auch auf die mehr als 100 000 Mitglieder der SPD zu, die in öffentlichen Ämtern, vor allem in den Kommunen, tätig sind. Alle Schritte, die sie tun wollen, um die notwendigen öffentlichen Aufgaben, z. B. des Wohnungsbaues, der Stadtentwicklung, des Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrswesens oder des Umweltschutzes, zu lösen, stoßen auf Schritt und Tritt an die Grenzen, die das staatsmonopolistische System immer enger zieht. So ist schon mancher aktive Kämpfer für die Interessen der Arbeiterklasse und gegen das Kapital aus der Oberklasse der Arbeiterklasse hervorgegangen, und man muß nicht prophezeien, um vorherzusagen, daß in naher Zukunft auch aus den neuen Schichten der Arbeiterklasse Kräfte erwachsen werden, die sich durch ihre persönlich privilegierte Lage gegenüber anderen Teilen der Arbeiterklasse nicht den Blick für die Notwendigkeit eines konsequent geführten Klassenkampfes trüben lassen.

SPD-Führer wollen den Schutz des Kapitals

Die Arbeiterklasse der Bundesrepublik mußte in den letzten Jahren mehrfach erfahren, wie wenig der Regierungswechsel von der CDU/CSU zur SPD/FDP einen Machtwechsel in der Bundesrepublik herbeiführte. Viele Illusionen wurden zerstört, die darauf gerichtet waren, nach einer Regierungsübernahme durch Sozialdemokraten ginge es dem Großkapital „ans Fell“, würde etwa eine Einkommensumverteilung zugunsten der Arbeiterklasse oder

eine Steuerverteilung zugunsten der Städte und Gemeinden, wo die Arbeiter und Angestellten leben, vorgenommen.

Warum konnte eine SPD-geführte Regierung die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen? Warum wurden keine tiefgreifenden Reformen zugunsten der werktätigen Bevölkerung in Angriff genommen? Warum wurde die Macht des Großkapitals in keiner Weise angetastet? Die Antwort lautet: weil die SPD selbst eine Verfechterin des kapitalistischen Systems ist, weil sie das Privateigentum an den Produktionsmitteln, das heißt die ökonomische und damit gleichbedeutend die politische Macht des Großkapitals seit dem Godesberger Programm des Jahres 1959 als unantastbar anerkannte.

Was auch immer an kritischer Analyse des gegenwärtigen kapitalistischen Systems in dieses Programm hineinformuliert wurde — z. B.: „Wo das Großunternehmen vorherrscht, gibt es keinen freien Wettbewerb. Wer nicht über gleiche Macht verfügt, hat nicht die gleiche Entfaltungsmöglichkeit, er ist mehr oder minder unfrei. Die schwächste Stellung in der Wirtschaft hat der Mensch als Verbraucher. Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht“²¹ —, der entscheidende Satz lautet dann nicht: „Deshalb wird das Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft“, sondern er lautete im SPD-Grundsatzprogramm: „Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert.“²²

Hätten es die führenden sozialdemokratischen Politiker bis zur Übernahme der Regierungsämter in Bonn nicht gewußt, dann hätten sie in den letzten Jahren genug Möglichkeit zu erfahren, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln den Aufbau einer gerechten Sozialordnung nicht nur hinderte, sondern das Gegenteil einer gerechten Sozialordnung noch verstärkte. Sie konnten in der Tat erfahren, wie wirtschaftliche Macht immer wieder zu politischer Macht wurde, wie die aggressivsten „führenden Männer der

21 Grundsatzprogramm der SPD, in: Programme der deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1963, S. 194 f.

22 Ebenda, S. 195.

Großwirtschaft“ selbst gegen Verfassung und Gesetze verstießen, um Abgeordnete, ja Minister zu kaufen, mit denen sie ihren Einfluß auf Staat und Politik zu verstärken suchten.

Aber erließ die sozialdemokratisch geführte Regierung auch nur eine Anordnung zur Verfolgung der großkapitalistischen Verfassungsbrecher? Brachte sie auch nur einen Gesetzentwurf im Parlament ein, demzufolge die Monopolherren wegen des durch die Verfassung verbotenen „Mißbrauchs wirtschaftlicher Freiheit“ hinter Zuchthausmauern gebracht werden könnten? Wurde auch nur ein Fall von Aufhebung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln bekannt, nachdem Großkapitalisten überführt waren, Monopolpreise gegen die Interessen der „Verbraucher“ diktiert, Rationalisierungen, Produktionseinstellungen oder -veränderungen und Betriebsschließungen auf Kosten der Arbeiterklasse durchgeführt zu haben?

Vergleicht man den Satz im Godesberger Programm der SPD über das Privateigentum an Produktionsmitteln mit der sozialdemokratischen Regierungswirklichkeit, so muß unbedingt der Eindruck entstehen, daß der erste Teil, der den Schutz und die Förderung des Privateigentums an Produktionsmitteln garantiert, Bestandteil des Regierungsprogramms wurde, während der einschränkende zweite Teil unter den Tisch der staatsmonopolistischen Realität in diesem Lande gekehrt wurde.

Wie zur Verteidigung auf Anklagen aus der Arbeiterschaft, warum die SPD die Macht nicht nutze, die sie seit ihrem Regierungsantritt besitze, hörte sich die Rede des Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers Willy Brandt an, die er 1972 anlässlich des 20. Todestages des Nachkriegsvorsitzenden der SPD, Kurt Schumacher, hielt:

„Die Frage der Sozialisierung ist für uns nicht mehr in erster Linie davon abhängig, ob man die Macht hat, private Produktionsmittel zu vergesellschaften. Sondern sie ist davon abhängig, wie weit privates Großeigentum und private Verfügungsgewalt über große Produktionsmittel den Grundwerten — Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität — im Wege stehen.“

Und da — Brandt in derselben Rede — „unsere marktwirtschaftliche, sozialgebundene Ordnung mit den Problemen des Hungers, des Mangels, der Arbeitslosigkeit gut fertig geworden (ist)“, braucht man natürlich keine Sozialisierung. Zudem: „Der allgemeine Le-

bensstandard ist beträchtlich gestiegen. Die soziale Gesetzgebung wurde wesentlich ausgebaut, und wir haben damit beginnen können, uns einigen der notwendigen gesellschaftspolitischen Reformen zuzuwenden.“²³ Privates Großeigentum und private Verfügungsgewalt über große Produktionsmittel, das wollte Brandt offensichtlich deutlich machen, standen dieser Entwicklung nicht im Wege, also wozu Sozialisierung?

In der offiziellen SPD-Politik ist kein Platz für Klassenkampf

Wer wie Brandt und die anderen sozialdemokratischen führenden Politiker die Rolle des Privateigentums an Produktionsmitteln „herunterspielt“ oder negiert, will natürlich von Klassenkampf nichts wissen, für den existieren keine Klassen mehr. Im Godesberger Programm wurde wörtlich formuliert: „Der einst das bloße Ausbeutungsobjekt der herrschenden Klasse war, nimmt jetzt seinen Platz ein als Staatsbürger mit anerkannten gleichen Rechten und gleichen Pflichten.“ Der Arbeiter war gemeint, der nicht mehr Pflichten und nicht weniger Rechte heute habe als der Kapitalist! Was einstmals auch Sozialdemokraten wußten, daß „die Besitzer der Produktionsmittel immer den längeren Atem haben“, und „sie denen, die keine Produktionsmittel hatten, immer an Macht und also auch an Freiheit ihrer Interessenbefriedigung voraus“ sind²⁴, das soll heute nicht mehr richtig sein.

Im Gegenteil: Den Arbeitern und Gewerkschaftern, die auch im Jahre 1973 ebenso wie in den vorangegangenen Jahren etwas für die eigene Interessenbefriedigung tun wollten und Forderungen nach verbesserten Einkommen und sicheren Arbeitsplätzen, nach stabiler Währung und einem Stopp der ständigen Preiserhöhungen stellten, las Willy Brandt in typisch kapitalistischem Jargon die Leviten, als er in seiner Regierungserklärung zu Beginn des Jahres 1973 sagte:

„Ich hoffe, die meisten werden es richtig verstehen, wenn ich hier gleich hinzufüge: Wer nur neue Forderungen stellt, ohne zu neuen Leistungen bereit zu sein, der wird der Lage, auch der eigenen Interessenlage, nicht gerecht; er kann nicht erwarten, ernstgenom-

23 Willy Brandt, Der Auftrag des demokratischen Sozialismus, Bonn-Bad Godesberg 1972, S. 88/85.

24 Willi Eichler, Grundwerte und Grundforderungen im Godesberger Grundsatzprogramm der SPD, Hrsg. Parteivorstand der SPD, 1962.

men zu werden. Wem es wirklich am Herzen liegt, daß die Gemeinschaftsaufgaben vorangebracht werden, und wer den soliden Fortschritt will, der muß im Zuwachs des persönlichen Verbrauchs auch einmal langsamer treten. Reformgerede, hinter dem sich nur Gehaltsforderungen tarnen, taugt wenig. Niemand soll glauben — und ich sage dies keineswegs nur an eine Adresse —, wir könnten mit selbstverständlicher Automatik mehr verdienen, wenn wir weniger leisten.“²⁵

In der Tat: Brandt sagte das an die Adresse aller Arbeiter und Angestellten, und das zu einem Zeitpunkt, da die „Leistung“ in den Betrieben nicht etwa abfiel, sondern die Produktivität weiter anwuchs. Und in der Tat verließen sich die Arbeiter auch nicht auf irgendeine „selbstverständliche Automatik des Mehrverdienens“, die es sowieso nicht gibt, sondern traten hunderttausendfach in spontane Streiks, um Teuerungszulagen, Lohn- und Gehaltsverbesserungen durchzusetzen.

Das typische Geschwätz eines Kanzlers der „Sozialpartnerschaft“ konnte die Arbeiterschaft sowenig von der Wahrnehmung ihrer Klasseninteressen abhalten, wie die früheren „Maßhalte“-Seelenmassagen eines CDU/CSU-Bundeskanzlers Erhard.

Nach fünf Jahren sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung bzw. -führung in Bonn zeigte sich der „alte“ Klassengegensatz in unveränderter Grundform. Das Privateigentum an Produktionsmitteln setzt heute wie gestern den Profit als Maßstab, Motiv und Zweck aller Maßnahmen in Ökonomie und Politik, in Wissenschaft und Technik, in allen anderen gesellschaftlichen Fragen. Der Klassenkampf ist das notwendige Resultat. Keine Regierung, keine Partei oder Organisation, die das Privateigentum an Produktionsmitteln als unantastbar erklären, werden je daran etwas ändern können.

Der untaugliche „Mittelweg“ der FDP

Und der „Mittelweg“ der FDP, auf dem „Vernunft Vorfahrt“ haben sollte? Früher schien es relativ einfach, diese „Vernunft“ real einzuschätzen, denn in Koalitionen mit der CDU/CSU betrieb die liberale Partei offen und ungeniert die Politik des großen Geldes.

25 Die Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt, in: Frankfurter Rundschau vom 19. 1. 1973.

Mit dem Eintritt in die von der SPD geführten Bundesregierung kreierte der neue Parteivorsitzende Walter Scheel eine „Gesellschafts- und Außenpolitik der Vernunft“. Die positiven Ergebnisse, die dank der Friedensinitiative der sozialistischen Staaten tatsächlich in der Außenpolitik erzielt wurden, sollten auch für die Innenpolitik nutzbar gemacht werden. Wenn „vernünftige“ Regelungen nach außen möglich seien, müsse dies auch für die inneren Beziehungen eines Staates gelten. „Wir könnten auch sagen: ‚alle Macht der Vernunft‘“, so Walter Scheel.²⁶ Wie die FDP immer wieder verkündete, sollte so die Gesellschaft der Bundesrepublik „„innenpolitisch krisenfest“ gemacht werden, indem der Kapitalismus „reformiert“, ein „effektiver und humaner Kapitalismus“ entwickelt werde.

In den „Freiburger Thesen“ der FDP aus dem Jahre 1971 wurde nicht negiert, daß „Freiheit und Recht nach unseren geschichtlichen Erfahrungen bedroht (sind) durch die Tendenz zur Akkumulation von Besitz und Geld, die die Reichen immer reicher werden läßt, und die Tendenz zur Konzentration des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln in wenigen Händen“. Daraus wurde jedoch nicht der Schluß gezogen, die Ursachen der „Akkumulation von Besitz und Geld“, eben das „private Eigentum an Produktionsmitteln“, zu beseitigen, sondern bei Beibehaltung des auf „private Initiative der Wirtschaftsbürger und privates Eigentum an den Produktionsmitteln gegründeten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems“ an den „kritischen Punkten des kapitalistischen Systems mit gezielten Maßnahmen“ anzusetzen, „die geeignet sind, die Leistungsfähigkeit dieses Wirtschaftssystems zu erhalten und zu steigern, wie seine Menschlichkeit zu gewährleisten und sicherzustellen“.

Die „gezielten Maßnahmen“, wie sie in den Freiburger Thesen verkündet wurden, erwiesen sich bei genauerem Zusehen jedoch als ein Aufguß alter „Sozialpartnerschafts“-Theorien. Zunächst noch davon ausgehend, daß dort, „wo die Verfügungsgewalt über Eigentum an Produktionsmitteln zu Herrschaft über Menschen führt, ihre demokratische Kontrolle durch Mitbestimmung geboten“ ist, wurde in Freiburg ein Mitbestimmungsmodell geboten, das die demokratische Kontrolle unmöglich macht. Die einzige liberale „Neuschöpfung“ bestand darin, den herkömmlichen zwei

26 Die Freiburger Thesen der Liberalen, Reinbek 1972, S. 7 ff.

„Sozialpartnerschafts“-Faktoren, Kapital und Arbeit, einen dritten Faktor — „Disposition“ — zuzuordnen. Rein „partnerschaftlich“ wurde es in der Begründung dieser „Drei-Faktoren-Theorie“, wonach „zur Gewährleistung des erforderlichen Interessenausgleiches eine funktionsgerechte gleichgewichtige Beteiligung von Anteilseignern (Faktor Kapital) einerseits und Unternehmensangehörigen (Faktoren Disposition und Arbeit) andererseits vorzugehen“ ist.²⁷

Ganz und gar „frühkapitalistisch“ aber wurde dann die Gretchenfrage nach der tatsächlichen Verfügungsgewalt dieser „drei Faktoren“ mit der Formulierung in den „Thesen“ von der „Sicherstellung des überwiegenden Unternehmensinteresses“ und durch die Kommentierung durch den nordrhein-westfälischen Wirtschaftsminister Riemer (FDP): „Die Kapitaleigner dürfen nicht überstimmt werden, alles andere verstößt gegen die Prinzipien der Marktwirtschaft“, beantwortet.²⁸

Selbst wenn der Gesellschaftstheoretiker der FDP, Professor Maihofer, mit seinem Mitbestimmungsmodell in Freiburg zum Zuge gekommen wäre, das in den Aufsichtsräten der Unternehmen vier Unternehmervertreter, zwei leitende Angestellte und vier „Arbeitnehmervertreter“ vorsah, wäre sicher gewesen, daß die Mehrheit für das Kapital gewährleistet geblieben wäre, weil der „Faktor Disposition“, die Gruppe der Spitzenmanager, nichts anderes ist, als eine der kapitalistischen Klasse „aggregierte Gruppe“²⁹ mit Verfügung über Lohnarbeit, Produktionsmittel und Finanzmassen, die bei Strafe ihres Ausscheidens aus dem Unternehmen nichts anderes tun kann, als den Kapitalinteressen bedingungslos zu folgen.

Die „Vernunft“ der FDP reichte also kaum zur Beschreibung des Zustandes der kapitalistischen Klassengesellschaft, geschweige denn zur Darlegung von Wegen, auf welchen die Arbeiterklasse „freie Fahrt“ hätte. Die „drei Faktoren“ der FDP werden niemals zusammenpassen, weil sie in Wirklichkeit die altbekannten zwei sind, Kapital und Arbeit, unüberbrückbar geschieden durch ihr gegensätzliches Verhältnis zu den Produktionsmitteln.

27 Ebenda, S. 64 ff., S. 97 ff.

28 Der Spiegel, Hamburg, Nr. 49/1971.

29 Vgl. Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950—1970, Teil I Klassenstruktur und Klassentheorie, a. a. O., S. 131.

Unterschiedliche Vorstellungen im DGB

Der Deutsche Gewerkschaftsbund veröffentlichte vor den Bundestagswahlen des Jahres 1972 „Prüfsteine“, um den Arbeitern und Angestellten die Möglichkeit zu geben, die Parteien und ihre Kandidaten zu messen. Ohne Wenn und Aber wurde darin gefordert: „Schlüsselindustrien und marktbeherrschende Unternehmen sind öffentlicher Kontrolle zu unterwerfen und in Gemeineigentum zu überführen.“³⁰

Im Abschnitt zur „Vermögensbildung“ wurde festgestellt:

„Nach dem Krieg ist in der Bundesrepublik ein gewaltiges Vermögen geschaffen worden. Die Arbeitnehmer haben dieses Vermögen mitgeschaffen, ohne jedoch daran entsprechend beteiligt zu werden. Von dem gesamten Produktionsvermögen befinden sich 74 Prozent in den Händen einer kleinen Gruppe von Besitzenden, die nur 1,7 Prozent der privaten Haushalte ausmachen. Diese massive Vermögenskonzentration in den Händen weniger ist das Ergebnis des Wirtschaftssystems und der geltenden Eigentumsordnung der Bundesrepublik. Vermögen wird hierzulande nach dem Motto verteilt: ‚Wer hat, dem wird gegeben‘.“

Auf fast allen Gewerkschaftskongressen nach 1945 wurden immer wieder Beschlüsse gefaßt, die grundlegende Veränderungen der Eigentumsverhältnisse forderten, um die Macht des Großkapitals zurückzudrängen und schließlich zu überwinden und damit die Wurzel allen gesellschaftlichen Übels zu beseitigen. Die Forderung nach Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum stand in den ersten Jahren nach Beendigung des zweiten Weltkrieges sogar im Vordergrund der gewerkschaftlichen Zielsetzung. Auf der ersten Gewerkschaftskonferenz der britischen Zone im Jahre 1946 wurde eine Entschließung angenommen, in welcher es hieß: „Die unheilvolle Rolle, welche die privaten Monopole der Wirtschaft in der Vergangenheit gespielt haben, verlangt in der zukünftigen Wirtschaft ihre Beseitigung . . .“³¹

Nachdem es in den 50er und 60er Jahren unter dem Eindruck des „Wirtschaftswunders“ und durch die Propaganda des militanten

30 Acht Prüfsteine des DGB, beschlossen vom Bundesvorstand und Bundesausschuß des DGB am 5./6. September 1972, in: Nachrichten-Sonderdruck, Februar 1973, Frankfurt am Main.

31 Ebenda.

Antikommunismus relativ ruhig geworden war um diese Forderung, wurde erstmals wieder 1972, auf dem 9. Bundeskongreß des DGB, ein eindeutiges und einstimmiges Bekenntnis zur Forderung nach Überführung von Schlüsselindustrien und anderer markt- und wirtschaftsbeherrschender Unternehmungen in Gemeineigentum abgelegt.³²

Die „Sozialpartner“ im DGB

Diese gewerkschaftlichen Forderungen und Beschlüsse bestätigten immer wieder die Hohlheit aller „sozialpartnerschaftlichen“ Vorstellungen. Es war kein Zufall, daß gerade in jenen Jahren, da die Forderungen nach Veränderung der Besitzverhältnisse zurücktraten, die „Sozialpartnerschafts“-Apostel vom Schlage eines Georg Leber das Feld beherrschten. Unübertroffen sind noch heute seine Weisheiten, die er in dieser Frage auf dem 6. Gewerkschaftstag der IG Bau, Steine, Erden im Jahre 1963 von sich gab. Will man authentische Textkenntnisse über den Gegenstand „Sozialpartnerschaft“, dann muß man die damalige Rede Lebers nachlesen, mit welcher er ein Zeitalter der Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit einzuleiten gedachte.

Leber damals: „Ohne die Einsicht, daß Freiheit ohne Verantwortung und Rücksicht auf den andern nicht beständig bleibt und daß Freiheit im Nehmen auch gleichzeitig das Anerkennen des anderen bedeutet, wird es auf die Dauer in unserem Lande und in der Freiheit der westlichen Welt schlecht bestellt sein.“

An die Adresse der Arbeiterklasse gerichtet, konnte das nur heißen, „Rücksicht“ auf den Kapitalisten nehmen, den anderen, den Kapitalisten „anerkennen“.

Und Leber präzierte: „Wenn wir von anderen erwarten, daß sie auf uns Rücksicht nehmen, sind wir auch verpflichtet, den Rahmen zu bedenken, in dem wir als Arbeitnehmer Ansprüche an das Sozialprodukt richten können.“

Bei den Kapitalisten sah Leber „nicht minder zahlreiche und nicht minder verantwortliche Männer, die den gleichen redlichen Willen

32 Vgl. Gewerkschaften und Nationalisierung in der BRD, Neudrucke zur sozialistischen Theorie und Gewerkschaftspraxis, Bd. 5, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1973.

haben und die in den letzten Jahren mit uns zusammen manches in eine solche andere Richtung verwirklicht haben“.

Nur daß den Bauarbeitern ebenso die Preise davonlaufen, wie allen anderen Arbeitern auch; daß sie nach wie vor ebenso um höhere Löhne kämpfen müssen wie andere Arbeiter auch; daß sie, wenn Dutzende „verantwortliche“ Bauunternehmer Pleite machen, ebenso ihren Arbeitsplatz verlieren, wie andere Arbeiter auch — das alles veränderte die Zusammenarbeit des Georg Leber mit dem Kapital natürlich nicht.

Um zur Leberschen „Sozialpartnerschaft“ zu kommen, forderte er: „Es muß auf beiden Seiten der Wille da sein, neue Formen zu finden und den alten Stil und das alte Verhältnis durch etwas Zeitgemäßeres zu ersetzen. Die erste Voraussetzung dazu ist die gegenseitige Anerkennung.“

Das „alte Verhältnis“ aber war nichts anderes als das Eigentumsverhältnis an den Produktionsmitteln und der „alte Stil“ nichts anderes als der daraus erwachsende „Herr-im-Hause-Standpunkt“ der Unternehmer. Zeitgemäß wäre schon 1963 gewesen, die alten privaten Besitzverhältnisse an den Produktionsmitteln abzuschaffen, um die Voraussetzungen für einen Stil der Selbstbestimmung der Arbeiter in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft zu realisieren. Mit Lebers „Anerkennung“ der Gegenseite aber wurde genau das anerkannt, was eigentlich abzuschaffen gewesen wäre.

Leber wiederholte immer wieder seinen Hauptgedanken der „Sozialpartnerschaft“: „Wir verlangen, das Den-anderen-Anerkennen und sein Da-Sein als einen elementaren und unseren gesellschaftlichen Vorstellungen entsprechenden Tatbestand aufzufassen mit dem Willen, mit ihm zusammen an der Gestaltung wichtiger und notwendiger gemeinsamer Aufgaben zu wirken.“

Keinen Schritt wollte Leber ohne die Kapitalisten machen, das war für ihn „elementar“!

Ja, noch mehr: „Es ist das Anerkennen, daß der andere im eigenen Ordnungsbild von der Gesellschaft auch seine Rolle hat und daß man selber von der Art, wie er sie einnimmt, in seiner eigenen Position und Freiheit mit beeinflußt wird.“³³

Mit solchen Formulierungen gelang Leber zweifellos eine ein-

33 Georg Leber, Tagungsbericht des 6. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Bau, Steine, Erden, a. a. O., 4. Tag.

drucksvolle Selbstcharakterisierung. Leber anerkannte nicht nur, daß die Kapitalisten in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung Kapitalisten sind, er gab zugleich zu, daß die Art, Kapitalist zu sein, ihm dermaßen imponierte, daß seine eigene Position davon beeinflusst wurde. In den zehn Jahren nach dieser Rede brachte Leber es denn auch bis zum Verteidigungsminister des kapitalistischen Systems der Bundesrepublik und zu einer „Lebensart“, die ihn nicht nur das Vielfache der Löhne seiner früheren Bauarbeiterkollegen verdienen läßt, sondern ihn im Düsen-Jet der Bundeswehr von einer internationalen Kapitalistengesellschaft zur anderen fliegen und ihn dort „Feine-Herren-Art“ nachahmen läßt.

Nach Leber ist „Sozialpartnerschaft“ weiterhin „ein verändertes Verhältnis, bei dem nicht der Versuch gemacht wird, sich gegenseitig hereinzulegen oder beim Verhandeln zu überlisten oder zu überspielen . . ., wenn unter allen Umständen in Anspruch genommen wird, was jeder Seite gerechterweise zusteht“.

Da in der kapitalistischen Ordnung dem Unternehmer „gerechterweise“ der Profit zusteht, dem Arbeiter und Angestellten ebenso „gerechterweise“ Lohn und Gehalt, bleibt also alles so, wie es ist, denn — so Leber weiter: „Es darf nicht der Versuch gemacht werden, an dem von der Sache her verschiedenartigen Positionen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber etwas ändern oder sie auf widernatürliche Weise einebnen zu wollen. Das bleiben Unternehmer, und wir sind Arbeitnehmer.“³⁴ Was und wo Leber geblieben ist, das weiß man inzwischen. Er ist alles, nur kein „Arbeitnehmer“. Er ist einer von jenen, die die Arbeiterklasse verlassen haben und mit Haut und Haaren heute das Geschäft des Großkapitals besorgen.

Leber und CDU-Sozialausschüsse Hand in Hand

Leute vom Schlage eines Georg Leber wirken natürlich nach wie vor in den Gewerkschaften, sie tragen die integrationistische Strömung im DGB, die die Gewerkschaften zu „Ordnungsfaktoren“ des kapitalistischen Systems, also zu einer systemerhaltenden Stütze des Kapitals machen will. Diese Kräfte sind es, die die Mitbestimmung dazu benutzen, die „Widersprüche im Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufzuheben“, „die noch vor-

³⁴ Ebenda.

handenen Klassenkampfgedanken... endgültig zur Wirkungslosigkeit zu verurteilen“³⁵, mit Hilfe der Mitbestimmung sogar die Produktivität des kapitalistischen Unternehmens zu steigern. Für diese Leute ist Mitbestimmung nichts anderes als „Sozialpartnerschaft“ nach der Vorstellung, „daß Arbeitnehmer und Kapitalgeber gemeinsam die Träger des Unternehmensinteresses sind“. Solche Gedanken wurden nicht etwa von Außenseitern geäußert, sondern vom damaligen Leiter der Abteilung für Gesellschaftspolitik(!) beim Bundesvorstand des DGB, Dr. Friedhelm Farthmann.³⁶

Mit dieser in führenden DGB-Kreisen vertretenen „Sozialpartnerschafts“ideologie stimmen die „Sozialausschüsse“ der CDU, die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft, voll überein: „Die Idee der Partnerschaft ist nach wie vor die Grundlage unserer Ordnung, Ausfluß der Partnerschaft ist die Mitbestimmung.“³⁷

Reformistisch — aber oft kampfbereit

Völlig falsch wäre es, wie das die Linksoportunisten in allen möglichen Grüppchen mit dem zugelegten Namen „kommunistisch“ tun, die gesamte Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik mit den Trägern der „Sozialpartnerschafts“-Ideologie gleichzusetzen. So erklärte der verstorbene Vorsitzende der größten Gewerkschaft im DGB, Otto Brenner, IG Metall: „Die Mitbestimmung hat nichts mit sogenannter Sozialpartnerschaft zu tun. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit kann und soll durch sie nicht aufgehoben werden.“³⁸ Konsequenter waren die Vertreter einer solchen — reformistischen — Strömung im DGB

35 Karl-Heinz Sohn, früherer Abteilungsleiter für Mitbestimmung im DGB, heute Vorstandsmitglied der Alfred Krupp von Böhlen und Halbach-Stiftung, zitiert in: Mitbestimmung als Kampfaufgabe, Köln 1971, S. 52.

36 Zitiert in: ebenda.

37 Ein Beitrag der Sozialausschüsse der CDU zur Diskussion des Parteiprogramms der CDU, beschlossen auf der 12. Bundestagung am 9. Juli 1967 in Offenburg, „Offenburger Erklärung“, zitiert in: Norbert Blüm, Reaktion oder Reform . . ., a. a. O., S. 125.

38 Otto Brenner, Durch Mitbestimmung zur sozialen Demokratie, Protokoll des 7. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland vom 3.—8. September 1962, hrsg. von der IG Metall, Frankfurt am Main o. J., S. 246.

allerdings nicht, wenn sie meinten, es komme lediglich darauf an, daß „die Demokratie vor den Betriebstoren nicht haltmacht“, die politische Demokratie also durch die wirtschaftliche Demokratie ergänzt werden müsse.

Der Widerspruch in ihrer Haltung resultiert aus dem Fehler, zwischen Kapital und Staat zu trennen, statt den Staat als das Instrument der herrschenden monopolkapitalistischen Klasse zu erkennen, der er in allen seinen Aktionen dient. Im gegenwärtigen staatsmonopolistischen System der Bundesrepublik zu meinen, durch Ausdehnung der staatlichen Investitionstätigkeit „Produktionsmittel der einseitigen Verfügungsgewalt einer vorwiegend gewinnorientierten Privatwirtschaft“ entziehen zu können und an ihre Stelle die „Nutzorientierung demokratischer Instanzen und das soziale Interesse“ treten zu lassen³⁹, ist ein verhängnisvoller Trugschluß. „So werden die grundlegenden Machtverhältnisse, die aus dem monopolkapitalistischen Eigentum an den Produktionsmitteln resultieren, verkannt. Es wird nicht verstanden, daß die politischen Verhältnisse selbst nur spezifischer Ausdruck der wirtschaftlichen, der Produktionsverhältnisse sind, so daß die politische Macht letztlich stets die Macht der wirtschaftlich mächtigsten Klasse ist. Die reale Dialektik des Klassenkampfes, die Schranken, die die innere Logik des kapitalistischen Reproduktionsprozesses der Erweiterung demokratischer Rechte und Praxis setzen, bleibt unbegriffen.“⁴⁰

Dennoch: In den Klassenkämpfen der letzten Jahre bezogen viele Anhänger der reformistischen Richtung im DGB gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Gewerkschaftern eher Positionen der Arbeiterklasse und initiierten und unterstützten vor allem in den Betriebsräten und Vertrauensleutekörpern Aktionen gegen das Großkapital.

Viele Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben und in den Vorständen ließen sich dabei von solchen Erfahrungen leiten, die der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, Karl Hauenschild, auf dem 9. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Chemie im Jahre 1972 darlegte:

„Die Geschichte der Arbeiterbewegung beweist an Hunderten

39 Otto Brenner, in: Die Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg, Nr. 5/1971, S. 321 ff.

40 Mitbestimmung als Kampfaufgabe, a. a. O., S. 60.

Beispielen, daß die ‚Kapitalisten‘ diese Leistungen an die Gesellschaft noch niemals freiwillig und aus eigener Einsicht erbracht haben und auch in Zukunft nicht erbringen werden. Ich muß nur daran erinnern, daß auch die Abschaffung des Drei-Klassen-Wahlrechts und die Erringung des allgemeinen, freien, gleichen und geheimen Wahlrechts ja wohl gegen den Widerstand der Kapitalisten von der Arbeiterbewegung selbst errungen wurden und daß dabei niemand geholfen hat, sondern das das Werk der Arbeiterbewegung ganz allein war. Das heißt, die Unternehmer müssen zu allem, was man an Veränderung will, gezwungen werden, wie sie bisher zu fast jedem Eingeständnis in den gesellschaftlichen Fortschritt und wie sie sogar zu fast jeder Lohnerhöhung gezwungen werden mußten.“⁴¹

Obwohl Hauenschild hier von reformistischem Standpunkt umschrieb, daß nur im Klassenkampf Erfolge für die Arbeiterschaft erzielt werden können, wies er sich doch auch unverkennbar als Befürworter der Sozialpartnerschaft aus, als er in der gleichen Rede erklärte:

„Nicht die Beseitigung des Kapitals scheint mir das realistische Ziel zu sein, sondern seine demokratische Kontrolle und seine soziale und gesellschaftliche Indienstnahme. Das heißt, nicht unser Wirtschaftssystem zu überwinden, sondern es zu reformieren, scheint mir die Aufgabe des nächsten Jahrzehnts zu sein. Dabei sollten allerdings die notorischen Gegner jeder gesellschaftlichen Veränderung, wie sie im Unternehmerlager anzutreffen sind, wissen, daß ein System, das sich nicht verändern läßt, auf die Dauer auch nicht die Kraft hat, sich zu erhalten. Das heißt mit anderen Worten: Was sich nicht biegen läßt, das läuft Gefahr, eines Tages gebrochen zu werden.“⁴²

Konflikte? „Ja — aber steuern“

Gefahr für das kapitalistische System begannen die Verteidiger dieses Systems spätestens seit den September-Streiks des Jahres 1969 zu sehen, als erstmals weithin sichtbar wurde, daß auch die Arbeiterklasse der Bundesrepublik nicht mehr fortwährend passiv

41 Karl Hauenschild, Referat auf dem 9. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Chemie, Papier, Keramik 1972, Tagesprotokoll, 4. Verhandlungstag, S. 24.

42 Ebenda, S. 26.

ihr Schicksal erdulden würde. Mit der zunehmenden Verschärfung des kapitalistischen Grundwiderspruches unter den Bedingungen einer aktiver werdenden Arbeiterschaft und eines Erstarkens der sozialistischen Welt begannen auch sozialdemokratische Politiker, die bislang den Kapitalismus überwunden glaubten und das Wort „kapitalistisch“ schon gar nicht mehr in den Mund genommen hatten, Überlegungen darüber anzustellen, wie dem offenen Ausbruch des Klassenkampfes entgegengewirkt werden könnte.

Im Jahre 1966 gab der damalige Präsident der „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“, Balke, auf der erwähnten Tagung der Walter-Raymond-Stiftung das Stichwort aus, indem er allzu eifrige „Sozialpartnerschafts“-Apostel davor warnte, aus dem von sozialdemokratischer und Gewerkschaftsseite „konstatierten Wandel“ — man denke nur an Lebers Behauptung vom „grundlegenden Wandel“ der Stellung des Arbeiters — den Schluß zu ziehen, es bestünden keine „grundsätzlichen Gegensätze“ mehr. „Das hat unverkennbar die nachteilige Folge einer Verschleierung, dabei ist doch zur fruchtbaren Auseinandersetzung über die Gegensätze nichts angebracht als eine Klarheit der Standpunkte, die von beiden Seiten eingenommen werden.“⁴³

Balke drückte aus, daß das Großkapital keinen Zweifel aufkommen lassen wollte, wer der Herr im Hause ist, dabei nüchtern sehr wohl Konflikte einkalkulierend, von denen es allerdings gelte, sie „fruchtbar“ für die Stabilisierung des Systems zu machen.

Bei anderer Gelegenheit präziserte der „Spitzen-Arbeitgeber“: „Wir brauchen auch künftig eine Ordnung, die die Anpassung an unvorhergesehene, nicht programmierte Ereignisse ermöglicht, die Raum läßt, um Gegensätze und unterschiedliche Wertvorstellungen auszubalancieren, und die ein möglichst freies Spiel der Kräfte im wirtschaftlichen wie auch im gesellschaftlichen Bereich ermöglicht.“⁴⁴

In vollendeter Interpretation der Überlegungen der herrschenden Klasse fügte der frühere Münchener Oberbürgermeister und in-

43 Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, Bd. 6, a. a. O., S. 154.

44 Siegfried Balke, Konsequenzen des technischen Fortschritts und des sozialen Wandels, in: Contact, Köln, 2/1970.

zwischen ebenfalls zu Bonner Ministerehren gekommene SPD-Politiker Vogel hinzu:

„Gegenwärtig erzeugt unser System an einigen Stellen sozialen Sprengstoff. Wenn wir den nicht steuern, werden andere mit diesem Sprengstoff nicht nur die schädlichen Stellen unserer Ordnung, sondern die gesamte Ordnung in die Luft sprengen.“⁴⁵

... und Konflikte lokalisieren

Mit der zunehmenden Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse und der Jugend entwickelten auch andere Schichten und Gruppen Initiativen, um diesem oder jenem Übelstand des kapitalistischen Systems abzuhelpfen. In vielen Städten beispielsweise bildeten sich Bürgerinitiativen mit der Bezeichnung „Roter Punkt“, die gegen kommunale Tarif- und Preiserhöhungen kämpften; Hausfraueninitiativen bildeten sich, um durch einen Boykott von Fleischwaren Preissenkungen herbeizuföhren; immer neue Bürgerinitiativen bildeten sich zur Lösung von Umweltschutzproblemen, gegen Luft- und Wasserverschmutzung, Lärmbelästigung usw. Eine dieser Bürgerinitiativen, die in Frankfurt am Main gegen die Zerstörung eines ganzen Stadtteils durch Bodenspekulanten ankämpfte, wurde bundesweit bekannt, als man ihr das Bundesverdienstkreuz verlieh.

Die Bürgerinitiativen kämpfen auf vielen „Konfliktfeldern“ des staatsmonopolistischen Systems. Voller Hingabe engagieren sich Menschen der verschiedensten Klassen, Schichten und Berufe, um im lokalen Rahmen oder im Detail Probleme zu lösen, die der staatsmonopolistische Kapitalismus massenhaft hervorbringt. Diesen „Raum“, so meinte der „Arbeitgeberchef“, gelte es zu nutzen und hier, so Vogel (SPD), müsse man „steuern“.

Manchem Teilnehmer an Bürgerinitiativen wurde in der Zwischenzeit klar, daß eine endgültige Lösung seines Problems nicht möglich sein wird, wenn man die Wurzel nicht angeht, die immer wieder und in allen Fragen im Privateigentum an Produktionsmitteln zu suchen ist, das in allen seinen Auswirkungen den Lebensinteressen der arbeitenden Menschen entgegensteht.

Vielen Menschen, die in Bürgerinitiativen erstmals „Zivilcourage“ zeigten, die erstmals gegen „die da oben“ ankämpften und erst-

⁴⁵ Die Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg, Nr. 6/1971, S. 393.

mals in Gemeinschaft mit anderen versuchten, eigene Interessen zu formulieren und durchzusetzen, konnten inzwischen die Erfahrung sammeln, daß man den Klassenkampf mit der Arbeiterklasse führen muß. Viele von ihnen durchschauten inzwischen jene Herrschaften des Monopolkapitals und Verfechter einer „Konflikttheorie“, die zwar nicht abstreiten, daß es Konflikte gibt, aber gleichzeitig alles tun, um diese Konflikte nur in gesellschaftlichen Nebenbereichen, in örtlich und zeitlich begrenztem Rahmen, und nicht auf dem entscheidenden Feld, dem der kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse, wirksam werden zu lassen.

Im Grunde ist diese Methode eine Spielart der „Sozialpartnerschaft“, die lediglich davon ausgeht, daß es unter Partnern auch einmal Streit geben kann, daß man doch aber so vernünftig sein müsse, den Streit zu schlichten, bevor die Partnerschaft in die Brüche geht.

„Sozialpartnerschaft“ in Kurzfassung

Auf der „Arbeitgeber“-Tagung der Walter-Raymond-Stiftung gab ausgerechnet Professor Franz Deus, früher Studienleiter der Hans-Böckler-Schule, Bundesschule des DGB, eine Zusammenfassung aller bürgerlichen Vorstellungen über die „Sozialpartnerschaft“, die, so sagte der Professor 1966 zu den anwesenden Vertretern des Großkapitals, „der Kardinalpunkt des uns Gemeinsamen zu sein scheint.

1. Partnerschaft setzt Freiheitlichkeit des einzelnen und der gesellschaftlichen Gruppen voraus.
2. Partnerschaft umfaßt Toleranz und Offenheit gegenüber dem anderen.
3. Man spricht von Partnerschaft in der Familie, von betrieblicher Partnerschaft, von Sozialpartnern, Geschäfts- und Vertragspartnerschaft, von atlantischer Partnerschaft und von Partnerschaft in der freien Welt.“
4. Da sei, nach einer wiedergegebenen Version des früheren Leiters der Abteilung Mitbestimmung beim DGB-Bundesvorstand und heutigen Krupp-Stiftungs-Vorstandsmitgliedes, Sohn, „Partnerschaft als Versuch einer sozialetischen Ordnung des legitimen sozialen Gegensatzes“.

5. Nach einer weiteren Definition verstehe man „unter Partnerschaft die ständige Bereitschaft zur Kooperation mit den Mitmenschen“.

6. Partnerschaft sei „die friedliche vertragliche Form der Zusammenarbeit von Unternehmensleitung und Mitarbeitern mit dem ausdrücklichen Ziel der Ausschaltung betriebsfremder Personen und Institutionen“.

7. Schließlich verstehe man unter Partnerschaft die „gleichberechtigte Teilhabe der Arbeitnehmer an allen Entscheidungen in den Unternehmen und in der Wirtschaft.“⁴⁶

Diese Sätze wurden 1966 formuliert. Inzwischen wurde die Arbeiterklasse unseres Landes um viele Erfahrungen reicher. Dazu zählte bei vielen sicher auch, daß in der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit nicht mit den Maßstäben von Ehepartnern gemessen werden kann. Die heimtückische Aussperrung Hunderttausender Metallarbeiter durch die Monopolherren der Metallindustrie war sicher das Gegenteil von „Toleranz und Offenheit“. Die „Freiheitlichkeit aller gesellschaftlichen Gruppen“ drückte sich in der Freiheit der Unternehmer aus, Streikbrecher in die Betriebe zu holen, und in der Bestrafung der Gewerkschaftsorganisationen, die das verhindern wollten. Die „ständige Bereitschaft zur Kooperation“ meinte eher das seit 1972 in Kraft befindliche novellierte Betriebsverfassungsgesetz mit seiner „sozialpartnerschaftlichen“ Vorschrift: „Arbeitgeber und Betriebsrat arbeiten unter Beachtung der geltenden Tarifverträge vertrauensvoll und im Zusammenwirken mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebes zusammen“, als die tatsächliche Realität der ständigen Angriffe des Großkapitals auf die Arbeiterklasse und ihre Organisationen.⁴⁷

46 Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, a. a. O., S. 98.

47 Den vollen Wortlaut des novellierten Betriebsverfassungsgesetzes mit einem ausführlichen Kommentar, der vor allem auf die reaktionäre Grundaussage des Gesetzes, die „Sozialpartnerschaft“, hinweist, veröffentlichte Gerd Siebert in der Nachrichten-Verlags-Gesellschaft, Frankfurt am Main 1972.

Nur eine Partei des Klassenkampfes

Von allen Parteien in der Bundesrepublik bezieht allein die Deutsche Kommunistische Partei eindeutig und konsequent die Positionen der Arbeiterklasse. Die DKP verabschiedete auf ihrem Düsseldorfer Parteitag im Jahre 1971 ihre „Thesen“, in welchen es heißt:

„Die Ursache für die soziale Unsicherheit und Ausbeutung, für die Verschärfung der bestehenden und die Entwicklung neuer Widersprüche liegt im kapitalistischen System. In dieser Gesellschaft ist die ökonomische und politische Macht in den Händen des Großkapitals konzentriert. Nicht der arbeitende Mensch, sondern der Profit des Großkapitals ist der Maßstab aller Dinge. Wer diese gesellschaftlichen Mißstände beseitigen will, muß gegen ihre Ursachen kämpfen.“⁴⁸ Die DKP erklärte ihre Bereitschaft zur vollen Unterstützung des gewerkschaftlichen Kampfes für die Mitbestimmung, unterstrich jedoch ausdrücklich:

„Mitbestimmung darf kein Mittel illusionärer Sozialpartnerschaft oder Klassenharmonie sein. Denn zwischen den Arbeitern und Kapitalisten kann es keine Partnerschaft geben. Dazu ist der Gegensatz zwischen den Profitinteressen der Kapitalisten und dem Interesse der Arbeiter an sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit viel zu tief. Zwischen Arbeitern und Kapitalisten gibt es keine Partnerschaft, sondern Klassenkampf. Das war so und wird so bleiben, solange der Kapitalismus existiert.“⁴⁹

Die DKP brachte diese Thesen nicht nur zu Papier, sie bewies in den Klassenkämpfen der letzten Jahre, daß sie dazu auch in der Tat steht. Während man vom Parteivorstand der SPD kein einziges zustimmendes Wort zu den jüngsten Kampffaktionen der Belegschaften für Teuerungszulagen und höhere Löhne und Gehälter vernahm, sondern im Gegenteil eine Verurteilung solcher Unterorganisationen, die eine Solidarisierung mit den spontanen Streiks vieler Belegschaften forderten, war die DKP immer und zu jeder Stunde an der Seite der kämpfenden Arbeiter zu finden. In vielen Fällen übernahmen es die kommunistischen Betriebszeitungen, die Belegschaften über die tatsächliche Gewinnsitua-

48 Thesen des Düsseldorfer Parteitages der DKP, Hrsg. Parteivorstand der DKP, Düsseldorf, These 1, S. 7.

49 Vorschläge der DKP für demokratische Mitbestimmung, Hrsg. Parteivorstand der DKP, Düsseldorf o. J., S. 6.

tion in Betrieben, über unterschiedliche Entlohnungen in gleichartigen Unternehmen, über Geheimpläne der Unternehmer bei Betriebsstillegungen oder Entlassungen sowie natürlich auch über die Erfolge kämpfender Kollegen in anderen Landesteilen zu informieren.

Die Tatsache, daß die Klassenkämpfe in den letzten Jahren energischer und zielgerichteter gegen das Großkapital geführt wurden, ist nicht zuletzt dem Beitrag zuzuschreiben, den die DKP seit ihrer Konstituierung zur Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterschaft leistete. Sie gab vor allem Aufklärung darüber, daß „der Krebschaden der Wirtschaftsordnung dieses Landes darin besteht, daß eine Handvoll Konzernherren die entscheidenden Produktions- und Kreditmittel beherrschen. Die Vergesellschaftung der Produktion, die Arbeitsteilung, die gegenseitige Abhängigkeit und Verflechtung sind ständig weiter vorangeschritten, während die Aneignung der Ergebnisse dieser Produktion nach wie vor privat, heute vor allem durch das Monopolkapital oder in seinem Interesse geschieht. Es ist erforderlich, daß die Aneignung mit dem Charakter der Produktion in Übereinstimmung gebracht wird. Die vergesellschaftete Produktion erfordert auch das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln. Sie erfordert die gesellschaftliche Leitung der Produktionsprozesse und die gesellschaftliche Verteilung der Produktionsergebnisse.“⁵⁰

Von „links“ gegen die Arbeiterklasse

Politik und Aktionen von Gruppen, die sich den Namen „kommunistisch“ zulegt oder gar als „KPD“ auftreten, haben mit Klassenkampf nichts zu tun. In großen Worten reden und schreiben die linksopportunistischen Gruppen in jedem zweiten Satz von „Klassenkampf“, selbst stehen sie aber außerhalb der Arbeiterklasse, fast alle ihre Wortführer kommen aus klein- oder großbürgerlichen Familien. Ihre sogenannten antiautoritären oder anarchistischen Kampfmethoden brachten in der Vergangenheit als Ergebnis immer das Gegenteil von dem hervor, was der Arbeiterklasse nutzt: Vorwände für den Klassenstaat, seine Unterdrückungsfunktionen auszubauen. Die „Erstürmung von Rathäusern“, das Einwerfen der Fensterscheiben von Bankgebäuden, die

50 Vermögensbildung — eine Illusion, Hrsg. Parteivorstand der DKP, Düsseldorf o. J., S. 4.

„Sprengung“ von Parlamentssitzungen oder gar der Versuch, Gottesdienste in Kirchen „umzufunktionieren“, brachten die herrschende Klasse nicht auch nur eine Sekunde in Verlegenheit, drängte ihre Macht nicht auch nur um einen Millimeter zurück. Sie erlaubten ihr aber, immer wieder neue Verleumdungskampagnen gegen den Sozialismus und Kommunismus, überhaupt gegen alle progressiven Strömungen in der Gesellschaft zu starten. Sie ermöglichten ihr, neue Einbrüche in das Bewußtsein vieler Arbeiter und Angestellten zu erzielen, sie verhärteten antisozialistische und antikommunistische Vorurteile, sie brachten oftmals Solidarisierungseffekte in Teilen der Arbeiterschaft mit den Kapitalisten und ihrem Staatsapparat hervor.

Während die Führer dieser „linken“ Gruppen so eindeutig das Geschäft des Großkapitals betreiben, glauben viele ihrer Anhänger, Klassenkampf sei „machbar“, wenn man nur den festen Willen dazu habe. Leugneten sie noch vor einigen Jahren, daß der Kampf um ökonomische Forderungen Klassenkampf sei, so glauben sie heute, durch Entsendung von Schülern und Studenten in Fabriken und Büros dort nach sorgfältig ausgearbeiteten Plänen eben den bislang verpönten ökonomischen Klassenkampf „wie auf dem Reißbrett“ führen zu können. Daß solche Versuche bislang scheiterten und auch in Zukunft scheitern müssen, öffnete manchem Anhänger linksopportunistischer Gruppen die Augen und wird anderen zu der Erkenntnis verhelfen, daß man den Klassenkampf mit den Arbeitern, in den Arbeiterorganisationen und in der marxistischen Arbeiterpartei, der DKP, führen muß, wenn man langfristig erfolgreich sein will.

Der entscheidende Fehler mancher gutgläubiger Anhänger dieser arbeiterfeindlichen Gruppierungen resultiert aus einer mechanistischen Auffassung vom Klassenkampf und einer statischen, nur bestimmte Ausschnitte der gegenwärtigen Situation der gegebenen Klassengesellschaft hervorhebenden Betrachtungsweise.

Sie sehen beispielsweise die Gewerkschaften der Bundesrepublik „nicht mehr“ als Kampforganisationen der Arbeiterklasse. Sie meinen: „Die Politik der Gewerkschaftsführung ist die Politik der Zusammenarbeit, des Kompromisses mit dem Kapital, es ist die Politik des Abwürgens des Klassenkampfes.“⁵¹

51 Statut der „Gewerkschaftsopposition“ (GO), vgl. Marxistische Blätter, Nr. 3, Mai/Juni 1973, S. 89 ff.

Sie vermögen nicht, eine umfassende und zugleich differenzierte Klassenanalyse vorzunehmen; sie negieren total, daß Millionen Arbeiter und Angestellte in den vergangenen Jahren als Gewerkschafter in und mit den Gewerkschaften Klassenkampffaktionen durchführten, oft gegen den Willen bestimmter Gewerkschaftsführer, die der Regierung in Bonn „nicht weh“ tun wollten, aber oft auch mit der Unterstützung von Gewerkschaftsfunktionären in den Betrieben, in Orts-, Bezirks- und auch in Hauptvorständen.

Ihre Schlußfolgerung, gegen die „Arbeiterzertreter“ und „Kapitalistenknechte“ in den Gewerkschaftsvorständen einen eigenen „Apparat“ in Form der „Gewerkschaftsopposition“ aufzuziehen, ist ein verhängnisvoller und gefährlicher Irrweg, der letzten Endes auf die Spaltung der Einheitsgewerkschaften hinausläuft. Es wäre dann damit das erreicht, was in den vergangenen 25 Jahren die Reaktionäre aller Schattierungen von rechts immer wieder vergeblich versuchten.

Wer gegen „Sozialpartnerschaft“ in Theorie und Praxis ankämpfen will, muß sich vor Leuten hüten, die revolutionäre Phrasen „dreschen“, die Verwirrung in die Arbeiterklasse tragen und so die Entfaltung des Klassenkampfes gegen das Großkapital behindern.

Neue Bedürfnisse — neue Kampffelder

Wie wird es weitergehen in unserem Lande? Werden die Werte, die Millionen Arbeiter, Angestellte, Wissenschaftler, Techniker, alle werktätigen Menschen schaffen, weiter in die Taschen des Großkapitals, der Beherrscher der Industriekonzerne und Großbanken, der Flick, Abs und Thyssen fließen?

Sollen die Risiken der kapitalistischen Profitwirtschaft, Verluste von Arbeitsplätzen durch Rationalisierung, durch Konkurse und Bankrott, Wirtschafts- und Währungskrisen fortwährend von den Arbeitern und Angestellten, den kleinen Beamten und Rentnern, den Bauern, den Handwerkern, den anderen werktätigen Schichten getragen werden?

Soll der Lebensstandard, den sich die arbeitenden Menschen mühsam errungen und erkämpft haben, fortwährend durch Preissteigerungen und Mietwucher bedroht oder zunichte gemacht werden?

Millionen Arbeiter und Angestellte nahmen in den vergangenen Jahren den Kampf gegen das Großkapital auf. Die Reihen der Arbeiterklasse wurden stärker. Nicht nur in der Bundesrepublik, in allen Ländern des entwickelten Kapitalismus stellt sie die Mehrheit der Bevölkerung. Und diese Mehrheit vergrößert sich in raschem Tempo durch den Übergang immer neuer Gruppen aus den Mittelschichten in die Arbeiterklasse.

Ebenso viele Millionen aber erkennen noch nicht oder fühlen nur sehr verschwommen, daß sie Mitglieder der Arbeiterklasse sind; vor allem die neuen Gruppen der Arbeiterklasse, die aus der Intelligenz, dem früheren „Mittelstand“, der Bauernschaft, sind noch durch viele Fäden mit der herrschenden Klasse verbunden, hegen die Illusion, irgendwann durch „besonderes Können“ oder „besondere Leistung“ sich aus der „Masse“ herausarbeiten zu können.

Die herrschende monopolkapitalistische Klasse unternimmt alles, diese Illusion weiter zu fördern. Sie entwickelt ganze Gesellschaftstheorien von der „Leistungsgesellschaft“, in der jeder aufsteigen kann, der etwas leistet. Sie dienen dem einzigen Ziel, der Arbeiterklasse einzureden, sie bedürfe nicht des gemeinsamen Kampfes, sondern nur der individuellen Anstrengung, um die eigene Lage zu verbessern.

Aber nicht nur aus der Propaganda der Kapitalisten entsteht immer wieder neu „Sozialpartnerschafts“-Ideologie, sondern, wie vor allem in den Nachkriegsjahren, durch materielle Verbesserungen der Lebenslage der Arbeiterklasse, durch die Befriedigung mancher Bedürfnisse, die das Kapital leisten kann, ohne „sich weh zu tun“, ohne auf Gewinn und Profit verzichten zu müssen.

Franz Josef Strauß, Vorsitzender der CSU und einer der aggressivsten Verfechter des staatsmonopolistischen Systems, schrieb:

„In den hochindustrialisierten Ländern sind die ‚Massen‘ kein potentiell Instrument der Weltrevolution nach dem Rezept von Marx und Lenin mehr. Sie müssen nicht mehr um annehmbare Lebensbedingungen, um gleiche Rechte oder um Freiheit kämpfen, denn sie haben einen guten Lebensstandard erreicht, der immer höhere Ansprüche befriedigen wird.“⁵²

52 Franz Josef Strauß, Herausforderung und Antwort, Ein Programm für Europa, Stuttgart 1968, S. 48.

Abgesehen davon, daß diese forschenden Behauptungen im Jahre 1968 aufgestellt wurden, also bevor Zehntausende Arbeiter der Bundesrepublik in spontanen Streiks „für annehmbare Lebensbedingungen“ kämpfen und Hunderttausende Metall- und Chemiearbeiter ihnen in den bisherigen 70er Jahren folgen mußten, damit ihre Realeinkommen sich nicht verringerten, sind in der Arbeiterklasse und den anderen werktätigen Schichten neue Bedürfnisse entstanden, die das Kapital nicht befriedigen kann, selbst wenn es wollte, um damit seine Herrschaft zu stabilisieren und zu sichern.

Unter den Bedingungen der heutigen Arbeitsintensivität, der Nervenanspannung, der totalen Arbeitskraftverausgabung, der höheren geistigen Anforderungen, der immer größer werdenden Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsplatz sind solche natürlichen Bedürfnisse, wie hochwertige Nahrung, schnelle Fortbeweglichkeit durch Benutzung eines eigenen Wagens, die Verwendung vieler technischer Konsumgüter in Haus und Haushalt, die Anschaffung von Büchern, bessere Bildung usw., längst kein Luxus mehr, sondern unabdingbar zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendig. Der Arbeiter, Angestellte, kleine Beamte, die Techniker und Wissenschaftler — sie alle müssen heute mehr „investieren“, um ihre Arbeitskraft erhalten zu können, als jemals zuvor. Im Vergleich dazu erzielt der Wert ihrer Ware Arbeitskraft einen immer geringeren Preis, selbst bei nominalen Lohn- und Gehaltserhöhungen.

Betrachtet man die individuellen Bedürfnisse der Arbeiterklasse im Zusammenhang mit den notwendigen gesellschaftlichen Konsumtionsbedürfnissen, so wird die Diskrepanz noch sichtbarer. Die wissenschaftlich-technische Revolution verändert den Charakter der Arbeit immer mehr. Die Notwendigkeit, häufiger den Arbeitsplatz zu wechseln, verstärkt sich ebenso wie die nach Erhöhung der Qualifikation oder der Entwicklung vielseitiger Fertigkeiten. Um diesen entsprechen zu können, bedarf es eines ausgebauten Bildungs- und Berufsbildungswesens. Und nicht nur das: Wer in einem immer komplizierter werdenden Produktionsprozeß höhere Verantwortung übernehmen und weittragende Entscheidungen treffen soll, läßt sich nicht mehr „wie den letzten Dreck“ behandeln, der fordert demokratische Mitbestimmung, Achtung der Persönlichkeit, die volle Entwicklung aller schöpferischer Fähigkeiten.

Aber gerade in diesen Fragen zeigt sich das kapitalistische System unfähig, befriedigende Lösungen anzubieten. Deshalb nimmt die Bildungsmisere kein Ende, deshalb der katastrophale Zustand des Gesundheitswesens, deshalb der vergebliche Versuch, die Entwicklung des Verkehrs „in den Griff“ zu bekommen, deshalb Wohnungsnot und Bodenspekulation, deshalb immer größer werdende Umweltgefährdung und deshalb auch der zunehmende Autoritätszerfall der kapitalistischen Hierarchie.

Immer mehr Menschen erkennen, daß gerade diese Probleme nicht mehr über den individuellen Konsum gelöst werden können. Und die fortgeschrittensten Arbeiter wissen, daß das kapitalistische System hier keine Antworten mehr geben kann, weil nicht das Wohl der Menschen, schon gar nicht das der Arbeiterklasse das Ziel kapitalistischer Produktion und Herrschaft ist, sondern die Erzielung von Profit und die Sicherung der dazu notwendigen Macht.

Der Staat ist kein Partner der Arbeiterklasse

Viele Unternehmer weisen die Schuld für diese Zustände weit von sich. Sie tun so, als seien sie ebenso Leidtragende wie die Arbeiterklasse, indem sie auf die „Versäumnisse“ des Staates verweisen. Vor allem ihre politischen Propagandisten von der CDU/CSU tun, seitdem sie nicht mehr in den Regierungssesseln sitzen, als ginge es lediglich darum, daß „der Staat“ die eingegangenen Steuergelder „sparsamer“ verwaltet und „gerechter“ verteilt.

In der Tat konzentriert sich heute ein großer Teil des National Einkommens in den Händen des Staates. Wäre er wenigstens der „Sozialpartner“ der Arbeiterklasse, dann müßten aus dem Steuersäckel, das zum großen Teil mit vorenthaltenen Lohnbestandteilen angefüllt ist, der Lohnsteuer und anderer indirekter Steuern, die zum größten Teil von der Masse des Volkes, der Arbeiterschaft, aufgebracht werden, dann müßten daraus auch die sogenannten Gemeinschaftsaufgaben finanziert und so die Lebenslage der Arbeiterklasse verbessert werden.

Gerade das aber geschieht nicht. Gerade das zeigt, daß der Staat, auch der sozialdemokratisch geführte, nicht „Partner“ der Arbeiterklasse ist. Er ist Bestandteil des staatsmonopolistischen Systems. Alle politischen Maßnahmen werden zugunsten des Kapi-

tals getroffen, ob auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik, der Militärpolitik, der Gesundheits-, der Bildungs- oder Verkehrspolitik.

Jeder Arbeiter weiß, wie groß die Differenz zwischen seinem Brutto- und Nettolohn ist, jeder weiß, daß dieser Unterschied immer größer wird, weil die Abzüge immer größer werden. Zählt man die direkten und die indirekten Steuern mit den Sozialabgaben zusammen, so ergibt sich, daß fast die Hälfte der Bruttolöhne und -gehälter in die Kassen des Staates fließen.

„Der Finanzwissenschaftler Gerhard Zeitel hat ausgerechnet, daß unter Berücksichtigung aller direkten und indirekten Steuern und Abgaben ein verheirateter Arbeitnehmer mit einem jährlichen Bruttoverdienst von 7200 Mark im Jahre 1954 rund 41 Prozent seines Einkommens an öffentliche Kassen abführen mußte, während ein Unternehmer, der einen Millionengewinn zu versteuern hatte, insgesamt nur eine um etwa 10 Prozent höhere Abgabe zu leisten hatte — wobei die vielen legalen Möglichkeiten der Steuerersparnis noch unberücksichtigt sind.“⁵³

Das war so während der CDU/CSU-Regierungszeit in Bonn, und das hat sich bis heute nicht verändert. Kein einziges Steuergesetz, deren es zahlreiche gibt und die allesamt dazu beitrugen, daß in der Bundesrepublik die Reichen immer reicher wurden, ist von der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung etwa zugunsten der Arbeiter und Angestellten abgeändert worden. Es wirken heute genau die gleichen Umverteilungsgesetze und -mechanismen, wie sie einst von CDU/CSU-Ministern zugunsten des Großkapitals installiert wurden. Und da es in der SPD/FDP-Bundesregierung wie in den vorangegangenen CDU/CSU-Regierungen niemand gibt, der das Privateigentum an Produktionsmitteln auch nur antasten will, bleiben auch das Eigentumsrecht und die Eigentumsgesetze der Bundesrepublik unangetastet. Wie gegenüber dem „Einzelkapitalisten“ oder den großen Konzernen und Monopolen kann die Arbeiterklasse auch gegenüber dem Staat, der mit dem Kapital tausendfach ökonomisch, politisch und personell verflochten ist, nur dann erfolgreich ihre Interessen durchsetzen, wenn sie dafür auch den politischen Kampf führt.

53 Michael Jungblut, Die Reichen und die Superreichen in Deutschland, Hamburg 1971, S. 197.

Klassenkampf bis zum Sieg der Arbeiterklasse

Der Kampf, der heute um „das liebe Geld“ geführt werden muß, ist nicht mehr nur ökonomischer, sondern zugleich auch politischer Kampf. Im staatsmonopolistischen Kapitalismus führt jeder Lohnkampf zur direkten oder indirekten Konfrontation mit dem Staat und seinen Instanzen in Wirtschaft, Finanzen, Justiz und Polizei. Und umgekehrt: Der Kampf beispielsweise für die Reform der Finanzbeziehungen und die Neuverteilung der Steuerquellen, der parlamentarisch und außerparlamentarisch mit dem Ziel einer grundsätzlichen Veränderung der Wirtschafts- und Finanzpolitik geführt werden muß, führt zur Konfrontation mit dem Kapital.

Auf einen sozialdemokratisch geführten Staat als „Sozialpartner“ zu hoffen, würde „bestenfalls“ bedeuten, daß man sich das, was man gegen den Einzelkapitalisten oder die Konzerne und Monopole an der ökonomischen Front erkämpft, vom Staat — auf der politischen Seite also — wieder aus der Tasche ziehen läßt.

In den Klassenkämpfen der kommenden Zeit geht es deshalb darum, diese enge Verflechtung von Staat und Monopolen ständig im Auge zu behalten, die eigenen Forderungen nicht mehr nur auf die Befriedigung momentaner Bedürfnisse zu richten, sondern sie mit politischen Forderungen zu verbinden, deren Verwirklichung Dauerlösungen zugunsten der Arbeiterklasse gewährleisten.

Als die Belegschaft von Honeywell in Dörnigheim bei Frankfurt am Main im Frühsommer 1973 die Bundesstraße 40 besetzte, um ihrer Forderung nach Teuerungszulagen in der Öffentlichkeit Nachdruck zu verleihen, führte sie auch Schilder mit politischen und gesellschaftsverändernden Forderungen mit, wie „Stoppt die Preise“ und „Enteignet die Preistreiber“.

Für die Befreiung der Menschheit

Wenn die Frage gestellt wird, wie es weitergehen soll, dann kann die Antwort nur lauten: Die Angriffe des Großkapitals und des mit ihm verbundenen Staates auf die Lebenslage der Arbeiterklasse können nur abgewehrt werden, wenn die Arbeiterklasse nicht stillhält und auf irgendwelche „Wunder von oben“ wartet, sondern sich zur Wehr setzt, wie sie das in den letzten Jahren immer häufiger getan hat. Die Arbeiterklasse kann in die Offensive kommen, wenn sie als „Klasse an sich“ zur „Klasse für sich“ wird, das heißt, wenn immer mehr Arbeiter, Angestellte, kleine Beamte, Wissenschaftler, wenn alle Schichten und Gruppen der Arbeiterklasse den Fortgeschrittensten folgen, den Klassenkampf aufnehmen und sich bewußt werden, daß sie alle der Klasse der Kapitalisten gegenüberstehen; daß es zwischen den beiden Grundklassen der heutigen Gesellschaft der Bundesrepublik keinerlei Gemeinsamkeit geben kann; daß jede Form von „Sozialpartnerschafts“praxis oder -theorie den eigenen Interessen schadet; daß der konsequente Klassenkampf auf wirtschaftlichem, politischem und geistig-kulturellem Gebiet mit dem Ziel geführt werden muß, die entscheidende Klasse, die zahlenmäßig größte, die organisatorisch stärkste, die alle Werte schaffende, die Arbeiterklasse zur politischen Macht in diesem Lande werden zu lassen.

Der Klassenkampf der Kapitalisten zielt darauf ab, ihre eigene Privilegienherrschaft, die Herrschaft, die auf Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen beruht, zu sichern. Mit der Abschaffung dieser Herrschaft befreit die Arbeiterklasse nicht nur sich selbst, sie schafft die Voraussetzungen für die sozialistische Gesellschaftsordnung, für die Abschaffung der Klassen und des Klassenkampfes überhaupt.

Aus der Taschenbuchreihe „Marxismus aktuell“

G. Bessau u. a.

Inflation heute

Mak 51, 112 Seiten, 2. Auflage, DM 4,—.

Steigende Preise auch bei wirtschaftlicher Flaute, sinkender Geldwert und Auszehrung der Sparguthaben — mit diesen Fragen und ihren Ursachen beschäftigt sich dieses nicht für irgendwelche Experten, sondern für die betroffenen arbeitenden Menschen verständlich geschriebene Taschenbuch. Es zeigt die Nutznießer der Inflation ebenso wie Möglichkeiten, die Entwicklung aufzuhalten.

Hellmuth Kolbe u. a.

Sicherheit des Arbeitsplatzes ?

Wissenschaftlich-technische Revolution, Wirtschaftswachstum, Freisetzung. Mak 57, 83 Seiten, DM 4,—.

Mit der Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes wird in der letzten Zeit öfter versucht, die Arbeiter von verschiedenen Forderungen abzuhalten. Dem kann man nur mit Klarheit über die wirklichen Ursachen der wachsenden Unsicherheit der Arbeitsplätze begegnen, die — nach der Schlußfolgerung der Autoren nach ihrer Untersuchung — in der allein auf Profit orientierten Wirtschaftsordnung wurzelt.

Jürgen Kuczynski

Das magische Viereck

Zur Wirtschaftssituation und -politik der BRD. Mak 34, 98 Seiten, DM 4,—.

W. N. Schenajew

Die Krise der „sozialen Marktwirtschaft“ Theorie und Wirklichkeit

Mak 66, 99 Seiten, DM 5,—.

Trotz aller Mängel, so wird es von den herrschenden Kreisen propagiert, sei die angeblich hierzulande bestehende „soziale Marktwirtschaft“ die beste bestehende Wirtschaftsordnung, die es unbedingt zu erhalten gelte. Diese Propaganda stellt der sowjetische Wirtschaftswissenschaftler der bundesdeutschen Realität gegenüber und erläutert Inhalt und Zweck dieser „Theorie“.

Fritz Seibert

Profit kontra Lebensqualität

Mak 60, 128 Seiten, DM 5,—.

In diesem Buch werden aus den verschiedenen Lebensbereichen die Tatbestände zusammengetragen, die die Natur, die Arbeitskraft und Gesundheit der arbeitenden Menschen bedrohen, die die Lebensverhältnisse unmenschlich machen. Aus diesen Tatsachen heraus weist der Autor den Unsinn nach, daß „wir alle“ schuld wären. Er zeigt, wer die Nutznießer dieses verantwortungslosen Raubbaus sind. Er formuliert die These, daß Lebensqualität eine Kampfaufgabe werden muß und kein Schlagwort bleiben darf, das die Ursachen zudeckt.



Verlag Marxistische Blätter

6 Frankfurt am Main 50, Hedderheimer Landstraße 78a,
Telefon 06 11 / 57 10 51

Marxistische Taschenbücher Reihe „Marxismus aktuell“

Handbuch für Arbeiter und Angestellte
Schäfer, Lohn, Preis, Profit — heute
Schuster, Mitbestimmung — Macht-
verhältnisse — Klassenkampf
Frei, Die anarchistische Utopie
Steinhaus, Sprigath (Hrg.), Indochina
Seibert, Das Milliarden Ding —
Mietwucher und Bodenspekulation
Schmid, Militär-Industrie-Komplex
Weber, Imperialismus in der Anpassung
Der staatsmonopolistische Kapitalis-
mus — Einführung
Neumann, „Sicher ins Jahr 2000?“
Seibert, Profit kontra Lebensqualität
Kolbe, Sicherheit des Arbeitsplatzes?
Glücksberg, SPD und Gesellschafts-
system
Pickelhaus, Großbritannien
Koppel, Klassenkämpfe in Italien heute
Gerns/Steigerwald, Probleme der Stra-
tegie des antimonopolistischen Kampfes
Bessau u. a., Inflation heute
P. Fedossejew u. a., Wissenschaft in
der Sowjetunion
Freiheit für Chile! Reden und Aufsätze
von Luis Corvalán 1967—1973
Schanajew, Die Krise der „sozialen
Marktwirtschaft“

Marxistische Taschenbücher Reihe „Sozialistische Klassiker“

Marx, Engels, Manifest der Kommuni-
stischen Partei
Marx, Lohnarbeit und Kapital, Lohn,
Preis und Profit
Engels, Die Entwicklung des Sozialis-
mus von der Utopie zur Wissenschaft
Lenin, Über die Gewerkschaften
Schleifstein (Hrg.), Kleines Lenin-
Wörterbuch
Lenin, Liebknecht, Militarismus —
Antimilitarismus
Luxemburg, Ausgewählte politische
Schriften in drei Bänden
Liebknecht, Reden und Aufsätze in
zwei Bänden

Marxistische Paperbacks

Domdey, Schmidt (Hrg.), Europäische
Sicherheit und internationale Wirt-
schaftsbeziehungen
Wünsche u. a., Die Staaten Afrikas
und Asiens — Innere Entwicklung
Außenpolitik
Hollitscher (Hrg.), Engels' „Anti-
Dühring“ mit Kommentar
Böhnisch, Futurologie
Domdey, Kühne, Währungs- und
Boccarda, Der staatsmonopolistische
Kapitalismus

Gewerkschaften und Nationalisierung
in der BRD
Sève, Marxismus und Theorie der
Persönlichkeit
Schwarz, Existentialismus
Arbeiterbewegung und Fraueneman-
zipation
Stiehler, Freiheit und Gesellschaft
W. G. Georgijew u. a., Kritik der theo-
retischen Auffassungen Mao Tse-tungs
Institut für Marxistische Studien und
Forschungen (Hrg.), Klassen- und
Sozialstruktur der BRD 1950—1970
Tage mit Ho Chi Minh
Einführung in die Politische Ökonomie
des Kapitalismus

Marxistische Paperbacks, Reihe „Kritik der bürgerlichen Ideologie“

Jopke, Ideologischer Klassenkampf
Girnus, Lukacs' „Ästhetik“
Klaus, Kybernetik
Steigerwald, Marxismus — Religion —
Gegenwart
Albrecht u. a., Streitbarer Materialismus
und gegenwärtige Naturwissenschaft
Flierl, Industriegesellschaftstheorie
im Städtebau
Kuczynski, Das Gleichgewicht der Null

Bücher

Die Kommunistische Internationale —
Kurzer historischer Abriss
Geschichte der KPdSU in einem Band
M. M. Rosenthal u. a., Lenin als
Philosoph
Oisermann, Probleme der Philosophie
und der Philosophiegeschichte
Sagladin, Kommunistische Welt-
bewegung
D. G. Tomaschewski, Die Internationa-
len Beziehungen der Gegenwart
P. N. Fedossejew, Marxismus im
20. Jahrhundert
Reimann, Entscheidungen 1945 bis 1956
Afanassjew, Grundkurs des wissen-
schaftlichen Kommunismus
Anikin, Ökonomen aus drei
Jahrhunderten



**Verlag
Marxistische
Blätter**

6 Frankfurt am Main 50
Heddernheimer Landstr. 78a
Telefon 06 11 / 57 10 51

Die vorliegende Arbeit geht von den Klassenauseinandersetzungen in den Jahren 1971, 1972 und 1973 aus, zeigt den Ablauf und vermittelt Erfahrungen und Lehren der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe dieser Jahre.

Die gesellschaftliche Praxis der BRD hat der „Sozialpartnerschaftsideologie“, einer angeblich gemeinsamen Interessenlage von Kapital und Arbeit, einen schweren Schlag versetzt. Das zeigt auch ein Rückblick auf die Klassenkampfgeschichte der Bundesrepublik. Mit Hilfe der marxistischen wissenschaftlichen Theorie wird die „Sozialpartnerschaftsideologie“ auf Ziel und Zweck untersucht und entlarvt. Die Haltung der Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbände wird im Hinblick auf diese Fragestellung in einem Hauptabschnitt analysiert. Der Autor setzt sich mit aktuellen „Partnerschafts“-Argumenten auseinander und zeigt, wie die Arbeiterklasse für die Durchsetzung ihrer Interessen kämpfen muß.

Der Autor ist bereits durch einige Veröffentlichungen im Verlag Marxistische Blätter zu aktuellen Fragen des Klassenkampfes in der BRD, u. a. über die Septemberstreiks und zur Mitbestimmung, bekannt geworden.